

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: 'Arbeiterstimme', Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: 2. / Fernsprechkommunikation 14103 / Postfach Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Expeditoren: Dresden-Alt. / Fernsprechkommunikation 14103 / Postfach Dresden Nr. 17259 / Druckerei: 'Arbeiterstimme' Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Freitag, den 12. November 1926 Nummer 253

Stille Große Koalition perfekt

Schimpfliche Verschacherung der Erwerbslosen durch die SPD - Marx und Weis liegen sich in den Armen

SPD-Arbeiter Sachsens, rechnet am Sonntag mit den Verrätern ab: Wählt nur Kommunisten!

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.)

Wochen nachmittags fanden Verhandlungen zwischen den Reichstagsmitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses und den sozialdemokratischen Vertretern statt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen. Danach soll die 'Reisenfürsorge' der Regierung, die in der letzten Sitzung im Falle gebracht wurde, durch Annahme des kommunistischen Antrages, alle Beschränkungen der Erwerbslosenfürsorge aufzuheben, doch mit unwesentlichen Änderungen zur Ausführung gelangen. Die SPD verzichtet demnach auf die Durchführung der Beschlüsse, die zugunsten der Erwerbslosen angenommen wurden und von der Marx-Hindenburg-Regierung rückgängig gemacht werden.

In den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen der Reichstagsmitglieder mit den Sozialdemokraten wurde ebenfalls eine dahingehende Vereinbarung erzielt, daß schon vor entscheidenden Beschlüssen die sozialdemokratischen Vertreter zu den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien hinzugezogen werden sollen. Dies wird als eine Art 'Vergleichsgemeinschaft' von Fall zu Fall bezeichnet, wahrscheinlich, um das gebräuchliche Wort der stillen Koalition zu vermeiden. Praktisch heißt die gezeichnete Vereinbarung ja auch einen weitgehenden Zusammenbruch der SPD bereitzustellen hat, direkt als aktive Regierungspartei - nur noch ohne die einen Minister im Kabinett - zu fungieren. In dieser glatten Preisgabe der Erwerbslosen und ihrer Forderungen schreibt der 'Korwario' heute treffend die Begründung:

So kommt darauf an, die Regierung vor dem Abgleiten nach rechts zu bewahren. Würden wir uns eine Führung mehr verlangen, so wäre sie ganz naturgemäß genötigt, Anknüpfung an die Sozialdemokraten zu suchen, was bei der Einwirkung dieser Partei natürlich nichts anderes bedeuten würde als Aufnahme in das Kabinett. Gemäß theoretischer Forderungen würde es auch noch einen anderen Ausweg geben, wie die Frage der Mitgliedschaft des Reichstages. Wir hätten die rein parteipolitisch nicht zu fürchten, aber die Frage tut sich auf, ob das heute gewählte Parlament dann wesentlich anders und günstigeres bieten würde, gar nicht zu reden davon, ob der Reichspräsident sich zu solch einem Schritt entschließen könnte.

Der 'Korwario' meint dann, von Arbeitergemeinschaft oder stiller Koalition zu sprechen, sei falsch und die Verpflichtungen der Sozialdemokratie gehen nicht weiter, als bis zu Verhandlungen, um einen ausgleichenden Schritt herbeizuführen. Heber die Stillen Koalition der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichtet der 'Korwario':

Der Wille der Fraktion ist dahin zusammenzufassen, daß sie ihre Taktik so einrichtet, daß der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zu verhindern ist.

Um der SPD Gelegenheit zu geben, ihre Haltung mit Konsequenzen zu bewahren, erlaubt man sich über ganz unwesentliche Verhandlungen in der Reisenfürsorge. Es sollen auch die schon seit 1. April 1926 ausgeführten, sowie die von der Erwerbslosenfürsorge als bedingungslos anerkannten Erwerbslosen das Recht haben, sich bei der Reisenfürsorge zu melden. Natürlich wird dann auch ein 'Sonderparagraf' aufgenommen werden, nach welchem Arbeiter ausführender Industrien länger als vorgelesen unterhalten werden, wenn sonst eine 'unbillige Härte' einträte würde.

Der Reichstag nahm gestern den Beschlüssen über die Reisenfürsorge bereits an. Bezeichnend ist, daß dieses Gesetz den Sozialdemokraten im allergrößten Maße bis zum 31. März, also kaum mehr als 4 Monate lang, einige Beihilfen gewährt.

Die Regierung und die SPD planen in der heutigen Reichstagsitzung die Vorlage zur Reisenfürsorge in erster Lesung durchzuführen, dann soll die Vorlage in der Sozialpolitischen Kommission gehen und am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung erledigt werden.

Die Kommunisten werden den Kampf für die Erwerbslosenfürsorge trotz des abermaligen Heberlaufs der SPD mit größter Zähigkeit fortführen.

Die sozialdemokratische Führerschaft hat also gewagt, den Schritt zu vollziehen, den die sozialdemokratische Arbeiterchaft in ganz Deutschland und vor allem die linken tschechischen SPD-Arbeiter überhört noch geteilt für unmöglich hielten. Den Kurs den die Weis und Scheibemann einschlugen, als sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder und der parlamentarischen Kampfschlachten des Sozialpolitischen Ausschusses gegen das Proletariat ohne alle Zugewinnnisse an ihre Verbündeten, ohne alle Rücksichtnahme, offen und brutal - diese Kurs fand in dem schimpflichen Verrat an den Erwerbslosen im Interesse der Koalitionspolitik ihre Krönung.

Ein Scheitern der Empörung wird durch die Maßnahmen der Erwerbslosen gehen, deren Forderungen schon angenommen sind und jetzt doch durch den Verrat der Sozialdemokraten wieder unter den Tisch fallen sollen. Ein Scheitern der Empörung muß die Antwort auch bei allen übrigen Schichten der Werktätigen sein.

Abrechnung mit der Partei des Verrats, Abrechnung mit der Partei des Schändens, Sammlung unter der roten Fahne des Kommunismus; das muß die Lösung für jeden sozialdemokratischen Arbeiter in ganz Deutschland sein!

Die Wahl am Sonntag gibt den sächsischen Arbeitern die erste Gelegenheit, Gericht zu halten über das schimpfliche Verhalten der SPD-Führerschaft!

Keine Stimme der Partei, die die Erwerbslosen schamlos verkauft!

Keine Stimme der Partei, die die Volksgemeinschaft mit den Hindenburg und Marx, den Geßler und Kälz!

Alle Stimmen den Kommunisten!

Die Regierung muß zurücktreten

Die Forderung eines SPD-Abtritts
Die sozialdemokratische 'Volkstimme', Frankfurt a. Main, schreibt am 8. November im Anknüpfung an die letzten Vorgänge im Reichstag:
„Die Reichsregierung ist ... nicht nur über eine Tagesordnungsfrage gestürzt. Sie ist wiederholt in sachlichen Fragen in der Minderheit geblieben. Ihr Rücktritt ist ein Gebot des parlamentarischen Systems. Wenn dagegen gelagt wird, die Durchführung des sozialdemokratischen Antrages oder der Rücktritt der Regierung

würde die Erwerbslosen schädigen, da dadurch die Auszahlung jeder höheren Unterstützung verzögert würde, so ist das nicht mehr als eine Ausrede (Diese Ausrede ist die einzige Begründung, die die SPD-Presse für die Ablehnung des Arbeitslosenentwurfes gegen Brauns angeben kann. Die Red.), um einer klaren Alternative auszuweichen. Tatsächlich liegt aber auch zu einer Verzögerung keine Notwendigkeit vor, denn der sozialdemokratische Antrag ist angenommen und muß sofort durchgeführt werden. Die Regierung hätte zurückzutreten. Wenn sie bleibt, muß sie jedenfalls den Erfolg des Reichstages verantworten.

Noch ein anderer Einwand sei gleich widerlegt, der Einwand, daß eine Regierungsrücktritt im Augenblick zu nicht führen würde. Möglich, aber entweder hat man das parlamentarische System, oder man hat es nicht. Wie haben es angeht, so ist es möglich, daß man sich auch danach richtet. Eine Regierung, die in der Minderheit geblieben ist, ist demnach zurückzutreten.

Dieses Blatt hat so eine dankte Lösung, daß die parlamentarische Demokratie nicht als Schwindel ist. Der Arbeiter und Richter werden die Arbeiter schützen, daß wir in Deutschland nichts anderes haben als die

neuste Diktatur des Großkapitals, angeleitet durch die Regierung Marx.

Das bürgerliche Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie haben aber davon, daß auf den Willen des westlichen Volkes geachtet wird, und die Befehle des Großkapitals ausgeführt werden.
Die sächsischen 'linken' SPD-Führer wegen samt ihrer Partei nicht, gegen die schändliche Politik der SPD im Reichstag, gegen die Verschacherung der Erwerbslosen für Ministerliche sich aufzuheben. Die Arbeiter und Erwerbslosen Sachsens werden ihnen deshalb am Sonntag die verdiente Antwort auf diese Schandpolitik mit dem Verrätern im Parteivorstand und deren Führern um die Große Koalition geben.

Die Gemeindearbeiter vor dem Streik!

Gemeindearbeiter! Wählt Kommunisten ins Rathaus!

Die höchsten Gemeindearbeiter führen vor einem schweren Kampf. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, jenseits Gebiets, in denen die reaktionären Bürgermeister und ihre Vertreter im Interesse der kapitalistischen Gemeindefürsorge, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter herabzusetzen und niedrig zu halten, planen einen neuen Kampf gegen die sächsischen Gemeindearbeiter. Es ist der Streik dieser reaktionären Gesellschaft, nicht hinter dem Versteck der industriellen Ausbeuter zurückzuführen. Was die Gemeindefürsorge unter bester Ausnutzung ihrer Vormachtstellung mit Hilfe der amtlichen Schutzinstanzen und durch die feige Haltung der rechtsintendierten Gewerkschaftsführer durchzuführen in der Lage waren, soll nunmehr bei den Gemeindearbeitern erzwungen werden. Die letzte Lohnregelung der Gemeindearbeiter erfolgte im Juni 1925.

reaktionären Verhaltens des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden führt sich der Kampf zu. Mit dem Hinweis darauf, daß es den Erwerbslosen noch schlechter geht, begründet man die Ablehnung der Lohnaufhöhung für die anstrengender Arbeit tätigen Gemeindearbeiter. Mit diesem Verhalten gibt der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden den Privatindustriellen die Hoffnung und den Hinweis, daß wichtigen Geschäftspunkten in Zukunft die Lohnpolitik von den Privatindustriellen betrieben werden soll.

Der Arbeitende soll nicht mehr haben als die Erwerbslosen. Das ist das Programm dieser reaktionären Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden.

Sollen die Arbeiter nicht dulden, daß in den Gemeinden nicht ebensolche oder eine viel größere schamlose Lohnpolitik getrieben wird, als es jetzt von den reaktionären Privatindustriellen getrieben ist, so muß der Lohnkampf der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu einem Kampf der Gesamtarbeiterschaft werden. Gelingt es den Gemeinden, die Löhne und Gehälter der Gemeindearbeiter niedrig zu halten und herabzusetzen, dann wird den Privatindustriellen ein Vorbild gegeben, auf das sie sich zu jeder Zeit berufen mit dem Hinweis, daß ja auch die Gemeinden keine Lohnaufbesserungen vornehmen. Darin liegt die Bedeutung für die übrigen Arbeiterchaft. Die Gemeindearbeiter aber werden aus dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes den Schluß ziehen, noch lieber als bislang für den reaktionären Zusammenbruch zu wirken, die gewerkschaftlichen Waffen in Anwendung zu bringen, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen können.

Jetzt, da in Sachsen die Gemeindefürsorge von der Regierung, sollen die Gemeindearbeiter daran denken, daß es die Kommunisten gewesen sind, die in der vorherigen Linie des Kampfes für die Interessen der Gemeindearbeiter gestanden haben. Sie sind es gewesen, die in allen Gemeinden durch Anträge verlangen haben, den Kampf aus dem reaktionären Arbeitgeberverband. SPD und Bürgerliche haben das in den allermeisten Fällen gemeinsam abgelehnt.

Das freche Verhalten des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden ist nicht zuletzt auch dadurch möglich, daß dieser Arbeitgeberverband keine Unterstützung durch die SPD erhielt. Die Gemeindearbeiter sollen daraus ihre Schlüsse ziehen. Nur durch eine feste kommunistische Koalition wird es möglich sein, in den Gemeinden durch Anträge zu verlangen ihre Interessen zu verteidigen. Für die Gemeindearbeiter gilt es, am kommenden Sonntag, den Wahltag des Arbeitgeberverbandes zu beantworten und ihren Vorkurs am wirkungsvollen Nachdruck zu verleihe durch die Wähler kommunistischer Stimmzettel. Deshalb, Gemeindearbeiter, alle Stimmen den Kommunisten!

Seit dieser Zeit ist keinerlei Lohnaufbesserung für die Gemeindearbeiter in Kraft getreten, obwohl schon zur damaligen Zeit die verhältnismäßig hohen im Vergleich zur Belastung der Lebensverhältnisse. Inzwischen sind Mietpreise, Erbschaften und Steigerungen der Lebensmittelpreise in erheblichem Ausmaß eingetreten. Während es in anderen Industriezweigen unter dem Druck der Arbeiter möglich war, wenn auch nur teilweise Lohnaufbesserungen zu erzielen, wurden die Löhne der Gemeindearbeiter bis zum heutigen Tage auf der gleichen Höhe gehalten. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden lehnte die berechtigten Forderungen der Gemeindearbeiter brutale ab. Er fand dabei die Unterstützung der amtlichen Lohnregulierungsinstanzen. Durch Schiedsgerichtsverfahren wurden die bisher geltenden Löhne verlängert und auch jetzt wieder entschied sich die Bezirkschiedsstelle,

daß die jetzigen Löhne bis zum 31. März 1927 bestehen sollen.

Auch der Zentralausschuß lehnte jede Verbesserung der geltenden Hungerlöhne ab und entschied sich zu einer Tarifverlängerung bis zum 31. Januar 1927. Das ist eine unerschütterliche Prostitution der sächsischen Gemeindearbeiter, daß ihre Gehälter am Ende ist. Das ist wieder ein Beweis dafür, daß auch der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden weiß, daß die Arbeiter im Stand zu fallen aber, wenn es darum geht, die Arbeiter im Stand zu halten, so noch tiefer abzuhängen, ebenso brutal, genau in reaktionärer Weise gegen die Arbeiter vorgeht, wie es Privatindustrielle tun. Das gegen die Arbeiter und den Charakter der kapitalistischen Gemeindefürsorge, deren autoritative hohe Verwaltungsbeamte in diesem reaktionären Arbeitgeberverband des Herrschaftspunktes kapitalistischer Unternehmern zum Ausdruck bringen. Infolge des

Die Maulkorb-Geschäftsordnung

Die Obstruktion der KPD — Der Umfall der Sozialdemokraten

Der Kampf um die Geschäftsordnung der Stadtverordneten in Dresden

Die heftigen Kämpfe, die im Frühjahr d. J. in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten um die neue Geschäftsordnung ausgefochten wurden...

Am zu einem elenden Kompromiß, bei dem letzten Endes abnormale die Reaktion einen Triumph für sich buchen konnte...

Heute Freitag

7.30 Uhr im Volkshof Leuben

pricht

Stadtverordneter Genosse Werner

über:

Die Tätigkeit im Dresdner Stadiparlament

Einwohner von Leubegau, Leuben und Dohren! Erscheint vollständig!

Schulinder werden von der Reaktion mißbraucht

Von einem Schweißerei-Beschäftigten wird uns geschrieben: „In den Dresdner Volkshäusern wird bei den Eltern Nachfrage gehalten, ob die Kinder einsehbar sind...“

Stimmt geschlossen am 14. November für die Liste 4 der Kommunisten!

Eine schwarz-weiß-rote Spielart der Freitaler SPD

Als Anfang August dieses Jahres in Freital der Militärverein sein Jubiläum feierte, verlangten diese monarchistischen Herrschaften von der Stadtverwaltung...

Die Freitaler SPD-Arbeiter, die von solchen Dingen in der Freitaler Volkszeitung nichts lesen werden...

Neues aus aller Welt

Widweib im mexikanischen Senat. In der Vorhalle des mexikanischen Senats erschah ein Senator einen Parlamentarier...

Der Sandsteiner mit dem Babylkopf. Von der Strafkammer in Seidenberg wurde ein Wohnungsgesetz...

Ein 12jähriger Mörder. Während eines Streites wurde in dem Orte Schlagenau ein 16jähriger Sohn eines Landwirtes...

Wettswimmen Gertrud Oberle-Rieschke. Gertrud Oberle beschäftigt mit ihrer Tätigkeit in den Vereinigten Staaten ein Wettswimmen zu veranstalten...

Schweres Strohabhängigkeit bei Emmerich. Wie die Morgenblätter aus Emmerich melden, wurde auf der Eisenbahnlinie Emmerich-Zülpfen...

Goldfunde in Italien. Ein italienischer Geologe hat in der Nähe von Turin gold- und silberführende Gesteinsader entdeckt...

Gedanken eines Rationalisierten

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Industriewelt heult — die Arbeiter pagen ihr düstiges Frühlild aus. Schon 16 Monate arbeitet der Betrieb nur 2-3 Tage pro Woche...

protestierten. Der Betrieb war zu 70 Prozent auf Kriegsproduktion umgestellt. Denn kam der Oktober 1918. Jeden Morgen lagen auf den Bahnen ganze Stöße Munition...

Es hätte erwartet werden können, daß in diesem wichtigen und entscheidenden Falle die KPD mit ihrer Opposition nicht allein hand lernend...

Geschafft rote Gemeinde- und Stadtparlamente!

SLUB Wir führen Wissen.

Eine Bierzimmerwohnung gefällig?

Der Hilfgelagte Konsumvereinsbau, oder wie Herr Heilbut in einer neuen Bierzimmerwohnung kam!

Eine Antwort an die „Freitaler Volkszeitung“

Der Sozialismus und Kommunismus ist immer noch ein fremdes Wort für die meisten Menschen. In den letzten Tagen vor der Gemeindevahl leistet die „Freitaler Volkszeitung“ auf diesem Gebiet geradezu Unglaubliches. Ihre Artikel sind in der Artung der Propaganda gegen die Kommunisten durch die niedrigste Kampfweise der Lüge und Verleumdung weitgemacht worden. Die Schwindelereien, die Herr Heilbut als Redakteur der „Freitaler Volkszeitung“ seinen Lesern vorzulesen sich erlaubt, sind so toll, doch selbst alle sozialdemokratischen Arbeiter Widerpruch erheben. So erklärte vor einigen Tagen ein SPD-Geselle, der länger als 30 Jahre in sozialdemokratischem Parteidienst in der Tasche trägt, daß er sich nicht für die „Dresdener Volkszeitung“ bediene, um nicht mehr gezwungen zu sein, den „Heilbutischen Quatsch“ zu lesen. So haben selbst sozialdemokratische Arbeiter den Inhalt dieser „Freitaler“ Zeitung ein. Doch Herr Heilbut scheint derzeit von Kommunisten besessen zu sein, daß er schon nicht mehr anders formt. Jedes Mittel scheint ihm recht, um den Kommunisten einen ausschweifenden. In den letzten Tagen vor dem Wahlkampf operiert Herr Heilbut mit derartigen Unwahrheiten, daß es uns doch notwendig erscheint, nimmere wenigstens auf die allerschärfsten Schwindelereien eine Antwort zu erteilen. Unter der Überschrift:

„Alle Maurer stehen still, wenn der Kommunist es will!“

belegt Herr Heilbut am vergangenen Sonntagabend noch einmal das alte Märchen, die Kommunisten hätten durch ihr Verhalten den Konsumvereinsbau stillgelegt und damit die Grundbedürfnisse von 15 Maurern verunmöglicht und den Neubau von acht Wohnungen verhindert. Wir sind der festen Überzeugung, daß dieser aufgewärmte Schwindel seinen Hund mehr hinter dem Ofen vorlocken wird, halten es jedoch für angebracht, die Dreifaltigkeit dieser Lüge zu beantworten mit der Darstellung des wirklichen Sachverhalts.

Was hat es mit der Stilllegung des Konsumvereinsneubaus auf sich?

Bekanntlich erstreckt der Konsumverein „Vorwärts“ an der Ecke Untere Dresden Straße, Ecke Niederpefsterwäher Straße ein neues Gebäude. Zu diesem Zwecke mußten die zwei dort befindlichen alten Häuser, in denen sich u. a. auch die Konsumvereinsverkaufsstelle befand, abgebrochen werden. Am 25. April ist die abgebrochenen Wohnungen zu schaffen, wurde an das Konsumvereinsgebäude an der Niederpefsterwäher Straße ein Seitenflügel angebaut. Dort hinein zogen die Mieter der jetzt abgebrochenen Häuser. Herr Heilbut, der im Konsumvereinsgebäude an der Niederpefsterwäher Straße eine Vorzimmerwohnung innehat, verlangte vom Wohnungsausschuß eine Bierzimmerwohnung. Als Begründung hierfür wurde angegeben, daß in seine Wohnung die provisorische Verkaufsstelle des Konsumvereins verlegt werden sollte.

Diese Begründung entspricht nicht den Tatsachen.

Wenn der Konsumverein hätte bereits mit dem Bau einer Verkaufsstelle an der Ecke Untere Dresden Straße begonnen. Der Wohnungsausschuß lehnte deshalb das Gehuch Heilbutts ab, zumal Heilbut auch in die Wohnungsausschuß nicht eintragen war, und zum anderen stellte sich der Wohnungsausschuß auf den Standpunkt, daß der Konsumverein genügend Wohnungen erbauen mußte und auch erstellen hat, um die Mieter der zu räumenden Wohnungen aufzunehmen.

Tatsächlich war auch für Herrn Heilbut im Seitenflügel eine Wohnung bereitgestellt. Diese lehnte Herr Heilbut ab.

Die Wohnung wurde darauf von einem Mieter von der Leihfrist bezogen. In Wirklichkeit war es nur die Absicht des Herrn Heilbut, eine neue, schöne und geräumige Wohnung zu erhalten, um höchsten in einem städtischen Grundstück.

Herr Heilbut pagte es schon lange nicht, daß seine Wohnung an einer so verkehrsreichen Straße lag, hatten seine übrigen Parteilkenne, erinnert sei an Herrn Went, an Herrn Bödel und verschiedene andere, ihre Wohnungen in günstiger Lage erhalten, so wollte Herr Heilbut nicht zurückstehen.

Da der Wohnungsausschuß die erste Begründung ablehnte, mußte ein neuer Schwindel gefunden werden. Das fiel Herrn Heilbut nicht schwer. Und so wurde in einem erneuten Bericht an den Wohnungsausschuß erklärt, die Zuweisung einer Bierzimmerwohnung an Herrn Heilbut sei deswegen notwendig, weil durch die alte Wohnung ein Durchgang gebrochen werden müsse, und die übrigen Räume mühten zu einer Frühstücksstube für die Bauarbeiter eingerichtet werden.

Das lehnte selbstverständlich der Wohnungsausschuß mit Zustimmung der Mietervertreter ab, weil er es nicht verantworten konnte, daß eine große Wohnung zu solchen Zwecken vermietet

würde. In Wirklichkeit lag dazu auch keine Notwendigkeit vor. Daraufhin kam der Konsumvereinsbau durch irgendwelche Ursachen auf acht Tage zum Stillstand. Schuld war daran nicht etwa der Wohnungsauflösung der Herrn Heilbut die Wohnung absetzte, sondern die Ursachen waren andere. Die beiden Kommunisten, die auf dem Bau beschäftigt waren, wurden nicht wieder eingestellt, im übrigen waren die Bauarbeiter hinreichend mit Arbeit beschäftigt bei den alten Grundstücken beschäftigt. Doch Herr Heilbut wollte unter allen Umständen zu einer Wohnung kommen. Da nahm der in seiner Wehrheit sozialdemokratisch zusammengesetzte Rat Herrn Heilbutts Wünsche auf, in der Künftigen den Rat zu unterstützen.

Es wurde ihm durch den Rat eine Bierzimmerwohnung Was wurde man aber erleben? Herr Heilbut lehnte diese geräumige Bierzimmerwohnung ab. Was war seine Begründung? Er erklärte,

die Wohnung sei nicht gut vorgerichtet und die Lage gegenüber der Glasfabrik gefalle ihm nicht.

Damit ist erweisen, daß es Herrn Heilbut nicht darauf ankam, nur eine Wohnung zu erhalten, um dem Konsumverein Verkaufsstellen zu schaffen, sondern seine Absicht war, eine schöne Wohnung in besserer Lage zu erhalten. Herr Heilbut bewies auch damit, daß er es besser versteht, Kommunisten zu machen, als den Kampf gegen einen Hausbesitzer aufzunehmen, der seine Wohnungen nicht vorrichtet. Und dieser traurige Held wagt es, in der „Freitaler Volkszeitung“ in so wüster Weise gegen die Kommunisten zu hetzen, wenn die SPD-Gesellen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Wohnungsvorteilung nicht bevorzugt an einen sozialdemokratischen Parteimitglied gegeben kann. Aber der Rat der Stadt hielt es für notwendig, Herrn Heilbut die Wünsche zu erfüllen.

In dem von der Stadt vor kurzem angekauften Grundstück der früheren Delzaffnerie wurden aus den Mitteln der Mietzinssteuer Wohnungen ausgebaut. Danach erhielt Herr Heilbut als erster eine große, auf herrliche Kosten gut vorgerichtete Bierzimmerwohnung.

Dort hat Herr Heilbut seine Ruhe und kann ungehindert seine glühende Hebe gegen die Kommunisten fraktieren.

Das ist der Sachverhalt, wie er sich in Wirklichkeit abgespielt hat. Um das Märchen zu verurteilen, mußten die Kommunisten herhalten. Deswegen die Hebe vom stillgelegten Konsumvereinsbau. Herr Heilbut hat das eine Ziel erreicht. Er hat seine Bierzimmerwohnung für die Profeten und die Böher gut, die Herrn Heilbut nicht mehr konnten. Die anderen können sich mit Herrn Knieeling herumslagen. Herr Heilbut braucht das nicht. In Anerkennung seiner vorzüglichen Kommunistenhebe hat er sich diese Wohnung, die ihm der Rat bereitwilligst zugestanden hat, wirklich „verdient“. Die Freitaler Arbeiter aber mögen jetzt entscheiden. Wir sind überzeugt, daß all die bewagiglichen Märchen der „Freitaler Volkszeitung“ sie nicht davon überzeugen werden, daß die Tätigkeit der Kommunisten nicht im Interesse der Wohnungsverhältnisse und der breiten Schichten der Arbeiter gelegen hat. Selbst wenn Herrn Heilbut bei der Ergatterung einer schönen Bierzimmerwohnung einige Schwierigkeiten bereitet worden sind. Das zweite Ziel des Herrn Heilbut, mit diesem Schwindel eine Logromstimmung gegen die Kommunisten zu schaffen, dürfte nicht gelingen.

Wohlfahrtspflege in Freital

Die Wohlfahrtspflege der Stadt Freital ist maßgebend! Wer wollte das wohl bezweifeln? Das kann nur einer aus Besessenen tun, der absolut nicht begreifen will, daß es doch mit der Wohlfahrtspflege besonders gut sein muß, zumal das Verzeichnis für Wohlfahrtspflege nach einem Sozialdemokraten geleitet wird. Sogar eine eigene Wohlfahrtsabteilung gibt es in Freital, dort steht es schwarz auf weiß, daß in Freital die Wohlfahrtspflege „demokratisch“ und nun alles schön und gut ist. Nur die Frage, wie das die Kommunisten sind, können wir, an der Möglichkeit der Worte zu zweifeln. Das sind die ewig Inanspruchnahmen, denen es selbst der Bürgermeister Klimpel, der doch eine „Autorität“ für sozialdemokratische Gemeindepolitik ist, nicht recht machen kann. Herr Klimpel leitet die Wohlfahrtspflege nach den Grundätzen der „Gerechtigkeit“. Die Wohlfahrtspflege muß „individuell“ gehandhabt werden, und darüber, was bei der Handhabung der Wohlfahrtspflege „Gerechtigkeit“ ist, informiert folgender Vorgang, der sich in einer Sitzung des gemeinsamen Bescheidenausschusses des Wohlfahrtsauschusses abspielte:

Selbmann's Haferkakao

Pfund Grenadierstraße 60 Pl. und Filialen

pen, der zur Menge spricht. Dies ist der ehrenwerte Augustus Winkelwitz, der konservative Kandidat. An der anderen Seite der Straße sehen wir ein anderes Antio und einen anderen gutgeachteten Herrn mit Monofel und Leberzieher mit diesem Pelzfragen und Stulpen, der zur Menge spricht. Dies ist Mr. Antreiber, der liberale Kandidat. Die Menge schäbig gekleideter Gesellen, die um die Autos herumsteht, die Hute schwenkt und hoch ruft, sind Arbeiter. Beide Kandidaten erzählen dieselbe alte Geschichte: sie verlangen von den Arbeitern, daß sie sie ins Parlament schicken sollen und versprechen das Blaue vom Himmel, um für die unteren Schichten die Lage besser zu machen.

Zu diesem Bild spielte Bert die Melodie eines volkstümlichen Liedes. Die Kinder sangen entzückt mit, klatschten in die Hände und stampften den Takt mit den Füßen:

„Wir waren beide schon früher da, Manchesmal, so manchesmal, Wie waren beide schon früher da, So manches liebe Mal.“

Als der Gesang zu Ende war, drehte Bert ein anderes Bild hervor.

Dies haben wir ein anderes Bild. Die Kandidaten sind noch da wie im letzten Bild. Witten auf der Landstraße liegt aber ein Mann am Boden, der mit Blut bedeckt ist. Ein Haus Liberaler und Tory-Arbeiter steht ihm, springt auf ihm herum und tritt mit den genagelten Schuhen ihm ins Gesicht. Der Burche am Boden ist ein Sozialist. Wie mißhandeln ihn, weil er gelang hat, der einmalige Unterschied zwischen Winkelwitz und Antreiber sei der, daß sie sich beide gleichen.

Während der Zuschauer noch in Bewunderung des Bildes versunken waren, spielte Bert eine andere Melodie, und die Kinder sangen dazu die Worte:

„Wo hast du denn das schöne Blaue Auge her ...?“

So drehte Bert die Kurbel immer weiter, und eine lange Reihe von Bildern rollte über die Bühne zum Entzücken der Kinder, die Beifall klatschten und sangen, wie es der Gesang forderte. Doch den begeisterten Ausbruch rief das Schlußbild hervor, das ein Porträt des Königs war. Sobald die

Konsequenz.

Am Schluß jeder Filmvorführung erscheint das Bild des Königs mit der Nationalflagge, und die Kapelle spielt die Nationalhymne.

Auf der Südbahn in Freital, wo eine alte Rentnerin in Folge ihres Alters nur ihre Augenlicht hat gelitten, so daß sie keine Arbeit mehr verrichten kann. Von ihrer geringen Rente muß sie selbst für Kleidung, Wohnung und Heizung sorgen. Bekümmert die alte Mutter nicht um ihrer Tochter, die selbst Mutter und Schwester zweier Kinder ist, um wie tags ihr Essen, dann wäre es für sie bis zum Verhungern nicht mehr weit. Ihre Tochter, eine Frau K., ist in der Glasfabrik von Reitz beschäftigt und verdient dort bei schwerer Arbeit den horrenden Lohn von 20 Mark pro Woche. Eine Tochter ist im Konsumverein beschäftigt und erhält dort monatlich 40 Mark (vierzig Mark!), die natürlich nicht ausreichen, um auch nur Kleidung, Wäsche und Schuhwerk zu beschaffen. Ein Sohn der Frau K. arbeitet im gleichen Betrieb wie die Mutter und erhält wöchentlich für seine Arbeitskraft etwa 20 bis 25 Mark. Von diesem riesigen Einkommen leben nun die drei Menschen und gewöhnen ihrer alten Mutter und Großmutter ein warmes Mittagbrot...

Das ist für die Freitaler Wohlfahrtspflege vom Standpunkt der „Gerechtigkeit“ aus Veranlassung, der alten Mutter 5. von ihrer Rente 15,00 Mark pro Monat in Abzug zu bringen. Als Begründung für diese Art „individuelle“ Wohlfahrtspflege erklärte die Stadtverordnete Frau Träger im Bescheidenausschuß, daß die Tochter, wenn sie ihre Mutter nicht hätte, sich eine Putzfrau halten müßte und deshalb die Führung der Unterhaltung „gerechtfertigt“ sei. Wie die Frau Träger sich das vorstellte und wie eine Arbeiterin mit 20 Mark Wochenlohn, von dem sie den gesamten Lebensunterhalt für sich und ihre Tochter bestreiten muß und von dem sie noch ihre Mutter mit unterstützen, eine Aufwartung bezahlen soll — das verweigert Frau Träger, und so wurde trotz aller Verläufe der kommunistischen Vertreter, der Rentnerin ihre volle Unterstützung zu erhalten, gegen die Stimmen der Kommunisten und des Betretters der Kriegerhinterbliebenen beschlossen, die Unterstützung um den obengenannten Betrag zu kürzen.

Das ist die Freitaler Wohlfahrtspflege, auf die Herr Klimpel nicht wenig stolz ist, in der Praxis. Für eine solche Art „Gerechtigkeit“ haben die Kommunisten allerdings kein Verständnis. Deswegen werden sie auch im neuen Stadtparlament rückfälliger die Interessen der Rentner der Armen vertreten und ihre Forderungen aufs tatkräftigste unterstützen. Das aber ist eine Frage der Gegenseitigkeit. Wer von den Arbeits- und Kriegswaisen, wer von den Opfern der Arbeit und der Inflation eine wirkliche Vertretung seiner Interessen im Stadtparlament haben will, unterstütze die Kommunisten und gebe für sie die Stimme ab.

Zum Streik der Jollerer

Seit dem 25. Oktober befinden sich in Dresden die Jollerer im Lohnkampf. Der Tariflohn betrug vor Ausbruch des Kampfes 1,10 Mark pro Stunde. Der Arbeitgeberverband hatte mit dem Gewerksbund einen Tarifvertrag abgeschlossen, wonach ab 1. August der Tariflohn um 2 Prozent = 8 Pf. reduziert werden sollte. Neben diesem Lohnabzug sollten noch weitere Verschlechterungen in der Ferienfrage und den übrigen zeitlichen Abmachungen eintreten. Die Gruppe der Freien Vereinigung der Jollerer lehnte diese Vereinbarung ab. Der Gewerksbund hat diese Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband, die auf Grund eines Schiedsspruches zustande kam, unterzeichnet, obwohl die Kollisionspflicht im ganzen Reich, mit Ausnahme Berlins, den Schiedsspruch ablehnte. Die Freie Vereinigung hatte, bevor sie zur Abwehr der Verschlechterungen in den Streik trat, sich mit dem Sektionsleiter der Jollerer des Gewerksbundes in Verbindung gesetzt, und es wurde ihnen von dort aus befreit sowohl als auch mündlich die strikte Zustimmung gegeben, daß der Gewerksbund, im Falle des Kampfes, Anweisungen geben würde, seine Streikbrüchigkeit zu verrichten. Trotz alledem wird von den Mitgliedern des Gewerksbundes bei den betreffenden Firmen Streikbrüchigkeit verrichtet. Obwohl die Freie Vereinigung der Jollerer mit allen Kräften bemüht gewesen ist, die Differenzen zwischen dem Gewerksbund und der Freien Vereinigung zu beseitigen und die gemeinsame Kampfkraft der Jollerer in diesem Streik herzustellen, scheiterte das an dem Verhalten der Bureaucraten vom Gewerksbund. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, wie ernst es die Arbeiter mit der Wahrung der Interessen der Arbeiter meinen, und wie viel ihnen daran gelegen ist, die Front der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet zu schließen. Der Gewerksbund hat schäblich überhaupt kein Interesse daran, eine Wiedervereinbarung mit der Freien Vereinigung herbeizuführen, weil er fürchtet, damit ihm lästige Kritiker zu erhalten, die nicht gewillt sind, jede Verschlechterung ihrer Lebens-, Lohn- und Arbeitsbedingungen kampflos hinzunehmen. Die Freie Vereinigung wird sich trotz alledem nicht abhalten lassen, den von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Den Klassenbewußten Arbeitern aber sei zugeraufen: **Trotz Solidarität! Verzichtet keine Streik-Brüchigkeit!**

Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen

Von Robert Tresselt.

(57. Fortsetzung)

Die Gabeln und Löffel sind aus solidem Gold, und die Schüsseln aus Silber. Die Blumen, die auf den Tischen stehen und von der Decke herabhängen, kosten 2000 Pfund Sterling, und für dieses eine Fest mußte der Mann 30 000 Pfund Sterling zahlen.

Noch ein paar Kurbedrohungen, und wir sehen ein Abendessen beim Oberbürgermeister im Mansion House. All die dicken Männer an den Tischen da sind liberale und konservative Mitglieder des Parlaments.

Nun kommt ein ganz großartiges Bild: Bierfüßige Teilkonkretoren. Hier sehen Sie Frau Winkelwitzs Zwergwunde, die auf Stühlen um ihren Speisertisch herumhocken. Sie haben weiße Servietten um den Hals gebunden und essen wie Menschen von silbernen Tellern. Richtiggehende Arbeiter im Smoking bedienen sie. Frau Winkelwitz liebt ihre schönen Kleidungsstücke, und sie dürfen nur die beste Nahrung bekommen. Sie kriegen Cambratsen, Rumpsteak, Hammelfleisch, Reisgubding und Banillesauce.

„Hier sehen wir noch eine Arbeitslosendemonstration“, fuhr Bert fort und drehte ein anderes Bild hervor. „200 000 kräftige Männer erhalten keine Erlaubnis zum Arbeiten.“

Jetzt sehen wir in das Innere eines industriellen „Heims“. Stände und verküppelte Kinder arbeiten für ihren Lebensunterhalt.

Unter nächstes Bild heißt: „Billige Arbeit“. Wir sehen eine Schar Jungen zwischen 12 und 18 Jahren, denen Arbeitslosenauszahlung zugewandt werden. Nun können sie arbeiten gehen und ihren arbeitslosen Vätern helfen, die Mittel für ihre Wohnkosten zu zahlen.

Wir drehen die Kurbel nochmals und bringen eines unserer besten Bilder zum Vorschein. Dieses entzückende Bild nennt sich: „Ein Engel der Barmherzigkeit“. Und zeigt die rechtsste Mrs. Winkelwitz am Tisch in einem köstlichen Winkel ihres Restaurants, wie sie einen kleinen Scheck ausschreibt zur Unterstützung der Armen in Winkelstadt.

Ähnliche nächste Szene heißt: „Die rivalisierenden Kandidaten“ oder „Ein Bild von den Wahlen“. Auf der linken bemerken Sie in einem Auto einen aufgewanderten Herrn mit Monofel und Leberzieher mit diesem Pelzfragen und Stul-

Kinder es nur sehen, dröhen sie in ein Hoch aus und langen, ohne auf die Kapelle zu warten, die Nationalhymne. Stürmischer Applaus für Bert beschloß die Panoramavorführung, der andere Speise folgten, wie z. B. „Blinde Kuh“, und eine Krönung, bei der Philpot in einem furchtbaren Gemetzel besiegt wurde.

Als sie von alledem müde waren, mußte jedes Kind etwas auflösen oder ein Lied singen, das speziell für diese Gelegenheiten einstudiert war. Nur die kleine Rosa Remmann, die erst drei Jahre alt war, war nicht darauf vorbereitet, doch wollte auch sie es den anderen gleich tun und das einzige Gedicht auflösen, das sie konnte. Sie kniete auf dem Kamintepich nieder, faltete die Hände, schloß fest die Augen und wiederholte den Vers, den sie jede Nacht vorm Schlafengehen auf sagte:

Ich bin klein,

Rein Herz ist rein.

Soll niemand drin wohnen

Als Jesus allein.

Dann stand sie auf und lächelte alle der Reihe nach, und Philpot ging hinter aus Fenster und sah hinaus, hustete und schraubte sich die Nase. Offenbar war ihm eine Ruß in die falsche Nase geraten.

Die meisten waren mittlerweile völlig erschöpft, und nach einem kleinen Zwischenbruch die ganze Gesellschaft auf Bert übernahm es, für Eisse und Chorlie zu sorgen, und Philpot war ganz bereit, Kelly und Tommy Remmann nach Hause zu bringen und Koch zu tragen, die so müde war, daß sie auf seiner Schulter einstürzte, bevor sie noch aus dem Haus waren.

Während sie die Treppe hinuntergingen, hatte Frankie noch eine eilige Besprechung mit seiner Mutter, mit dem Ergebnis, daß er ihnen eine Einladung für die nächste Weihnacht nachschenkte konnte.

26. Kapitel.

Der Veteran.

Der alte Zack Linden versuchte überall, Arbeit zu bekommen, irgendeine Arbeit, aber niemand brauchte ihn, und, um die Sache noch schlimmer zu machen, wurden seine Augen, die schon seit langem sehr schlecht waren, vollends schlimm. Endlich fand er eine Stellung bei einer großen Lebensmittelfirma. Er hatte eine Klammerei durch die Straßen zu tragen. Der bisherige Träger, ein alter Soldat, hatte am Tage vorher seine Papiere erhalten, weil er sich bei der Arbeit betrunken hatte. Die Klammerei war kein gewöhnliches Doppelreit, sondern eine Art Karren ohne Boden und Dedel. Es war ein mit Leinwand überspannter Holzrahmen, der mit Margarineangeboten bedeckt war.

(Fortsetzung folgt)

8. Stimmbezirk:

Königsstr., Carolinstr., Colchiner Str. 1-31, Georgstr., ...

10. Stimmbezirk:

Königsstr. 32 bis Ende, ...

11. Stimmbezirk:

Adolf-Damaskus-Str., ...

12. Stimmbezirk:

Am Burgwartsberg, ...

13. Stimmbezirk:

Am Berg, ...

14. Stimmbezirk:

Genssenschaftstr., ...

15. Stimmbezirk:

Umfasst alle Grundstücke der ehemaligen Gemeinde ...

16. Stimmbezirk:

Umfasst alle Grundstücke der ehemaligen Gemeinde ...

17. Stimmbezirk:

Am Schloßgarten, ...

18. Stimmbezirk:

Am Seilerhuppen, ...

Nr. 1

Sozialdemokratische Partei

- 1. Bent, Karl, Buchhändler, ...

Nr. 2

Kommunistische Partei

- 1. Koch, Kurt, Eisenbahner, ...

Nr. 3

Grund- und Hausbesitzer

- 1. Anebel, Paul, Baumeister, ...

- 18. Köhner, Oskar, Kaufmann, ...

Nr. 4

Bürgerliche Mitte

- 1. Entz, Friedrich, Stadtrat, ...

Nr. 5

Mitte Sozialdemokratische Partei Sachsen

- 1. Köffel, Ernst, Direktor, ...

Nr. 6

Wirtschaftsverband

- 1. Palm, Emil, Metzgermeister, ...

Nr. 7

Bürgerliche Vereinigung

- 1. Dr. jur. Alois, ...

Gemäß § 19 Abs. 2 der neuen Gemeindevahlordnung ...

Auf Grund von § 87 Abs. 1 in Verbindung mit § 89 Abs. 1 ...

Freitag, am 8. November 1926.

Der Gemeindevahlleiter, Stadtrat Scheibner.

Table with 7 rows and 2 columns showing party names and their respective number of votes (e.g., Sozialdemokratische Partei: 10, Kommunistische Partei: 20).

Ottendorf-Okrlik

Gemeindevorstandswahl

Gemäß § 30 der Gemeindevahlordnung wird für die am 14. November d. J. stattfindende Wahl ...

1. Wahlvorschlag Ledrich

- 1. Max Ledrich, Zimmerpolier, ...

2. Wahlvorschlag König

- 1. Max König, Deutlich, ...

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.

3. Wahlbezirk Witzsch
(Kommunaltische Partei)

1. Arthur Witzsch, Kaufmann, Mühlstr. 25
2. Emil Birnstengel, Schmied, Radeburger Str. 106 B
3. Arno Kuntzsch, Glasarbeiter, Radeburger Str. 25 A
4. Fritz Laube, Tischler, Mühlstr. 37 D
5. Helene Kuntzsch, Hausfrau, Radeburger Str. 25 B
6. Felix Rostfänger, Glasarbeiter, Königsbrüder Str. 14 J
7. Gustav Höfner, Hornenmacher, Radeburger Str. 4
8. Karl Hennemann, Glasarbeiter, Radeburger Str. 100
9. Hans Kiehl, Glasarbeiter, Königsbrüder Str. 14 J
10. Paul Stoffit, Glasarbeiter, Dresdenstr. 90 A
11. Max Liebner, Tischler, Radeburger Str. 108 B
12. Paul Grünberg, Glasarbeiter, Königsbrüder Str. 17 D
13. Willy Schumann, Glasarbeiter, Dresdenstr. 90 A
14. Oswin Richter, Glasarbeiter, Radeburger Str. 113 B
15. Erik Hennemann, Glasarbeiter, Radeburger Str. 106
16. Hans Liebner, Hausfrau, Radeburger Str. 108 B
17. Hermann Thieme, Fabrikarbeiter, Radeburger Str. 100 B
18. Josef Hennemann, Arbeiter, Bergstr. 4
19. Alfred Heintz, Bauarbeiter, Mühlstr. 21 C

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und werden am Montag im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgeteilt.

Der Wähler hat durch ein auf den Stimmzettel zu legendes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich zu machen, welchem Wahlvorschlages er seine Stimme geben will, und läßt sein Wahlrecht durch Abgabe des Stimmzettels in einem amtlich gestempelten Umschlag aus. Abwesende können sich weder vertreten lassen noch kommt an der Wahl teilzunehmen. Die Wahlvorschlages 1 und 3 sind miteinander verbunden.

Ottendorf-Ostritz, am 8. November 1926.
Der Gemeindevorstand.

Brand-Erbisdorf

Das Ortsgebiet über Rubelehn und Hinterlebenenverpachtung für die Arbeiter der Stadt Brand-Erbisdorf vom 27. September 1926 ist von der Verpachtungsbefugnis genehmigt worden. Es liegt zur Einsichtnahme an Katschells aus.
Brand-Erbisdorf, am 11. November 1926.
Der Stadtrat.

Stadtvorstandswahl:
Wahl von Stadtvorstandswahl.
Die Wahl von Stadtvorstandswahl findet Sonntag, den 14. November 1926, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt.

Die Stadt Witzsch 3. Wahlbezirk. Es gehören zum 1. Wahlbezirk: Hausgrundstücke Oststr. Nr. 1-38, 110-160 und 191-201 B des Ortsteiles Brand.
Wahlraum: Schule im Ortsteil Brand.
Zum 2. Wahlbezirk: Hausgrundstücke Oststr. Nr. 40-109 und 132 bis 199 des Ortsteiles Brand und 36-72, 81 B-82 C, 110 bis 116, 166-183, 187 und 199 des Ortsteiles Erbsdorf.
Wahlraum: Schule im Ortsteil Erbsdorf.
Zum 3. Wahlbezirk: Hausgrundstücke Oststr. Nr. 1-35, 78-91, 93-109 B, 117-149 und 153-184 des Ortsteiles Erbsdorf.
Wahlraum: Schule im Ortsteil Erbsdorf.
Der Wahlausgang hat folgende Wahlvorschlages festgesetzt:

- Nr. 1. Kennwort: Sozialdemokratische Partei.**
1. Schulze, Paul, Glasarbeiter, Bebelstr. Nr. 164 B
 2. Griemlich, Karl, Schulmeister, Radeburger Str. Nr. 113
 3. Langfischer, Franz, Glasarbeiter, Bräunerstr. Nr. 130
 4. Leubner, Martha, Hausfrau, Radeburger Str. Nr. 61 C
 5. Meier, Oscar, Glasarbeiter, Wiesenstr. Nr. 80
 6. Schöfel, Robert, Glasarbeiter, Wiesenstr. Nr. 80
 7. Heide, Paul, Klempner, Hauptstr. Nr. 92 C
 8. Rimbach, Karl, Schmied, Karl-Marx-Str. Nr. 15 D
 9. Krellner, Fritz, Arbeiter, S. Michaelis-Str. Nr. 141
 10. Scheunert, Ernst, Nebelpolierer, Dorfstr. Nr. 7 C
 11. Köhler, Otto, Hausfrau, Bräunerstr. Nr. 120 B
 12. Zimmermann, Albert, Schmied, Hauptstr. Nr. 102 D
 13. Seidel, Kurt, Glasarbeiter, Radeburger Str. Nr. 18 M
 14. Thielmann, Richard, Stahlbauer, Radeburger Str. Nr. 20 F
 15. Wiche, Paul, Glaser, Radeburger Str. Nr. 29
 16. Lange, Ernst, Maurer, Dorfstr. Nr. 63
 17. Korb, Willy, Oberleitender, Hauptstr. Nr. 91
 18. Schaffenbauer, Florens, Gemeindevorstand, Hiedlung Frelberger Str.
 19. Rostfänger, Martha, Hausfrau, Hauptstr. Nr. 178
 20. Mandel, Ernst, Glasarbeiter, Dorfstr. Nr. 10 F.

- Nr. 2. Kennwort: Liste der Kommunisten.**
1. Dabel, Ernst, Schalkhausmann, Radeburger Str. Nr. 95/96
 2. Schill, Franz, Glasarbeiter, Bräunerstr. Nr. 120
 3. Langfischer, Franz, Glasarbeiter, Bräunerstr. Nr. 130
 4. Köhler, Otto, Hausfrau, Bebelstr. Nr. 151
 5. Krellmann, Helene, Hausfrau, Wiesenstr. Nr. 178
 6. Köhler, Otto, Hausfrau, Radeburger Str. Nr. 18 B
 7. Wendlandt, Gustav, Glasarbeiter, Wiesenstr. Nr. 178
 8. Hüßig, Edmund, Schlosser, Bebelstr. Nr. 100

9. Grumpelt, Karl, Glasarbeiter, Fabrikstr. Nr. 12 B
10. Walle, Karl, Glasarbeiter, Radeburger Str. Nr. 18 A
11. Pfeiffer, Franz, Glasarbeiter, Radeburger Str. Nr. 8
12. Zittel, Florens, Glasarbeiter, Karl-Marx-Str. Nr. 107
13. Walle, Heinrich, Glasarbeiter, Radeburger Str. Nr. 18 A
14. Gröbmann, Hedwig, Hausfrau, Radeburger Str. Nr. 18 A
15. Seidel, Kurt, Glasarbeiter, Radeburger Str. Nr. 18 M
16. Grelner, Richard, Glasarbeiter, Jäger Str. Nr. 181
17. Heintz, Alfred, Glasarbeiter, Wiesenstr. Nr. 180 B
18. Köhler, Otto, Hausfrau, Jäger Str. Nr. 29 B
19. Zittel, Max, Maurer, Vereinigt-Feld Nr. 148
20. Hüßig, Albert, Glasarbeiter, Radeburger Str. Nr. 18 Z.

- Nr. 3. Kennwort: Einheitsliste der Bürgerlichen.**
1. Hoffmann, Ernst, Schmiedemeister, S. Michaelis-Str. Nr. 64 C
 2. Marcus, Wilhelm, Gewerkschaftsleiter, Nr. 57 Wb. B
 3. Wächter, Arno, Kaufmann, Bebelstr. Nr. 137
 4. Bögel, Paul, Buchdrucker, Gerhardstr. Nr. 87
 5. Schröder, Alfred, Erdgerichtsbesitzer, Hauptstr. Nr. 1
 6. Schier, Kurt, Drogerie, Markt Nr. 4
 7. Fischer, Arthur, Hausmeister, Markt Nr. 13
 8. Hille, Hans, Ingenieur, Dorfstr. Nr. 24 C
 9. Kirchof, Florens, Gefängnis-Inspektor i. R., Wittenbergstr. Nr. 15
 10. Dehms, Benn, Schuhmachermüller, Dorfstr. Nr. 79
 11. Höppler, Albert, Schuhmachermüller, Bebelstr. Nr. 137
 12. Gummich, Albert, Malermeister, Goethestr. Nr. 47
 13. Kluge, Emil, Tischler, Bebelstr. Nr. 159
 14. Siegmund, Otto, Gastwirt, Schulstr. Nr. 44
 15. Schröder, Robert, Wirtschaftsbesitzer, Dorfstr. Nr. 19
 16. Schilling, Max, Hausbesitzer, Goethestr. Nr. 47

Die Wahlvorschlages Nr. 1 und 2 sind miteinander verbunden.
Der Wähler kennzeichnet auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Wahlvorschlages er seine Stimme geben will, und legt den Stimmzettel in den ihm ausgetheilten Umschlag.
Wahlberechtigte können noch am dritten Tage vor dem Wahltag gekümmert werden.
Brand-Erbisdorf, am 8. November 1926.
Der Gemeindevorstand.
Dabel.

Tymians Täglich
Das Thalia- 8 Uhr
einziges Theater
wirkliches Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntag: gültig!

Biere
Kurt Noack
Dobraschauer Platz

Gute Facharbeiter
kann nur eine gute Lehrstelle schaffen. Wer dazu helfen will, melde Lehrstellen bei der Abteilung Berufsberatung des Öffentlichen Arbeitsnachweises Preisl, Lange Straße 19
Fernruf Nr. 695.

Arbeits-Bekleidung!
Maurer, Zimmerer, Formner, Schlosser usw. billigst
Textil-Haus
Lilientasse 13.1
- auch Teilzahlung -
Wiederverkauf, beste Einkaufsquelle

Grammophone auf Teilzahlung
Grammophonplatten von 50 Pf. an
Versand auch nach auswärts bei
Musik-Mod. Birna
Pottstr. 3

Von Herrschaften wenig gelbt. Herr- u. Damen-Garderobe sowie Schuhe, Maßanzüge von 10 M. an, Maßschuhe von 3 M. an, Maßwesten von 0,75 M. an, Wintermäntel von 10 M. an
nur bei der billigsten Quelle
Am See 11, am Postplatz

MIFA
das anerkannte Qualitäts-Fahrrad empfiehlt
WILLY HETZER, Stephanienstr. 46
alle Qualitäten und Stärken
Einrad-Linoleum, Granit-Linoleum, Druck-Linoleum, Tisch-Linoleum, Linoleum-Läufer
Linoleum-Treppiche
Linoleum-Wände, Linoleum-Pappe, Behälter-Tücher
Ewald Kluge, Pirna
Lange Straße 17

Bergrestaurant PIRNA
Jeden Samstag und Sonntag
Großer öffentlicher Ball
Hierzu laden ergeben ein Best u. Frau
Empfehle immer frische Fleisch- und Wurstwaren
Bernhard Hempel, Pirna
Schuhgasse
Filialen: Heidemau, Teichelstraße und Dresden-Neustadt, Marktallee

Heinrich Fr. Hofmann
Kolonialwaren- und Lebensmittelgeschäft
(Hauptvertrieb der G. D. & R. U.)
Schäferstr. 47 Fernruf. 28000
Empfehlen prima
Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch
sowie alle Wurstwaren
Fleischermelster Patzig und Frau Copitz
Sprechapparate
Schallplatten, Grammo
Eigene Fabrikation
Erstausland preiswert
Teilzahlung Garantie
Max Zimmermann Söhne
Dipl.-Ingenieur, Platz, Ecke Max-Innenstr.

Carl Eschke
Schuhstraße 14
Beste Fabrikate in Herren-Hüten und Mützen
Große Auswahl
Haltbare, dauerhafte Filzschuhe und Pantoffel

Carolabad Pirna
Jeden Freitag und Sonntag
Große Ballschau
Es laden ergeben ein P. Tagessoll u. Frau

Schnell und sachgemäß
beliefert der Öffentliche Arbeitsnachweis Ihre Aufträge bei rechtzeitiger Angabe Ihrer besonderen Wünsche auf Arbeitskräfte aller Art.
Anruf: Freitag Nr. 695
Geschäftsstelle Lange Straße 19 - Geschäftszeit 8-4 Uhr.

Central-Theater Bautzen
Ab Freitag bis mit Montag, Nur 4 Tage!
Verlängerung ausgeschlossen
Der Trödler von Amsterdam
Nach einer Idee von Alfred Schirokauer, unter Benützung von Motiven aus dem Schauspiel „Nebenmänner“ von Georg Kaiser. Der Roman eines Vaters, der seine Tochter und die Gegenwart vergeblich vergangenem liebe
Dazu die beiden utomischen dänischen Typen
Pat und Patachon auf der Weltjagd
Lustspiel in 6 Akten mit Pat und Patachon in der Hauptrolle
Regie: Lou Lauritzen
Beginn: Wechseltags um 7,7 u. 9 Uhr
Sonntags um 5,7 und 9 Uhr
Vorverkaufkarten aufgelegt!

Palast-Theater Bautzen
Ab Freitag bis mit Montag
2 Schlager in einem Programm
Das Mädchel aus dem Tanzlokal
6 Akte aus dem Leben und dem Schicksal einer Tänzerin
In den Hauptrollen: Mae Bush und Owen Moore
Außerdem noch das große Lustspiel
„Mut, Monty — es wird schon schlief gehen“
Lustspiel in 6 Akten mit Monty Banks in der Hauptrolle
Beginn: Wechseltags um 7,7 Uhr, Sonntags um 1 Uhr

Der Rutsch nach unten
In nach unten rutschen. Da hatte der Herr in seiner Zeit nicht auf die glatte Wirtshaus auf, u. u. u. Durch nach der Welt!
„Schnell hinaus“
Helfe ich bei den, nichtige Dreie. Wenn Sie die, he brauchen, drücken Sie an
Schuh-Oestreich
Woll zu Jahren als Schuhmacher mit seinen Weibern bekennt
1. Geschäft: Köhnstr. 5, am Wittenbergplatz 17
2. Geschäft: Köhnstr. 5, am Wittenbergplatz 17
3. Geschäft: Braunstr. 10, am Wittenbergplatz 17
100, wenige Schuhe von Mannern 4 Schuhmacher

Sie kaufen Spielwaren
aller Art nur im Spezialgeschäft vorteilhaft.
Puppenwagen — Schaukelpferde
Modellschiffe — Selbstfahrer
sowie alle Spielwaren können angezählt werden.
O. Walther, Pirna, Schönschloßstr.

Bettfedern-Dampf-Reinigung
übernimmt unter Garantie für sauberste und schnellste Reinigung
Dampf-Wäsch-Anstalt Max Schöthe
Fernsprecher 13324
Schäferstr. 49
St. Wittenberg

Achtung!
Carolabad-Tunnel
Beste Einkaufsstelle für Arbeiter u. Sportler
Es laden ergeben ein
Otto Kohl und Frau.
Herren- u. Damenkonfektion
Brettsachen — Windjacken
Hemdenbarch, u. Normalwäsche
Bett- und Tischwäsche, Schuhe
und anderes mehr
Kauft man preiswert und gut bei
Karl Seile
Konfektionsgeschäft & Modewaren
Freiberger Str. 235
Teilzahlung gestattet

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
 Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
 Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abgabepreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlags- „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14 191 / Volkshaus Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Edelstrichung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. 1211 Dresden Nr. 17 259 / Druckanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 8-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Freitag, den 12. November 1926 Nummer 253



Arbeiterstimme

LISTE
 2

12 28
 Nr. 107
 Nr. 108
 Nr. 109
 Nr. 110
 Nr. 111
 Nr. 112
 Nr. 113
 Nr. 114
 Nr. 115
 Nr. 116
 Nr. 117
 Nr. 118
 Nr. 119
 Nr. 120
 Nr. 121
 Nr. 122
 Nr. 123
 Nr. 124
 Nr. 125
 Nr. 126
 Nr. 127
 Nr. 128
 Nr. 129
 Nr. 130
 Nr. 131
 Nr. 132
 Nr. 133
 Nr. 134
 Nr. 135
 Nr. 136
 Nr. 137
 Nr. 138
 Nr. 139
 Nr. 140
 Nr. 141
 Nr. 142
 Nr. 143
 Nr. 144
 Nr. 145
 Nr. 146
 Nr. 147
 Nr. 148
 Nr. 149
 Nr. 150
 Nr. 151
 Nr. 152
 Nr. 153
 Nr. 154
 Nr. 155
 Nr. 156
 Nr. 157
 Nr. 158
 Nr. 159
 Nr. 160
 Nr. 161
 Nr. 162
 Nr. 163
 Nr. 164
 Nr. 165
 Nr. 166
 Nr. 167
 Nr. 168
 Nr. 169
 Nr. 170
 Nr. 171
 Nr. 172
 Nr. 173
 Nr. 174
 Nr. 175
 Nr. 176
 Nr. 177
 Nr. 178
 Nr. 179
 Nr. 180
 Nr. 181
 Nr. 182
 Nr. 183
 Nr. 184
 Nr. 185
 Nr. 186
 Nr. 187
 Nr. 188
 Nr. 189
 Nr. 190
 Nr. 191
 Nr. 192
 Nr. 193
 Nr. 194
 Nr. 195
 Nr. 196
 Nr. 197
 Nr. 198
 Nr. 199
 Nr. 200

Für ein rotes Freital

Wertvolle Artikel! Am kommenden Sonntag soll ihr wiederum zur Wahl gehen und darüber entscheiden, welche Politik im neuen Stadtparlament in den nächsten 3 Jahren betrieben werden soll. Die Wahlen zum Stadtparlament sind nicht weniger wichtig, als die Landtagswahlen. Bedeutendes steht auf dem Spiele. Deshalb: Bleibe feiner zu Hause! Jeder gebe zur Wahl!

Die letzten Jahre haben der wertvollen Bevölkerung, den Arbeitern, Angestellten und Beamten gezeigt, wie der Staat und das Reich die Gemeinden ausplünderten und an den Rand des Bankrotts führten. Immer größere Lasten wurden den Gemeinden aufgebürdet. Mächtiglos und brutal haben das Reich und auch die Reichliche Regierung unter der „glorreichen“ Heiß-Koalition die Gemeinden um ihre Steueranteile betrogen. Die Gemeindefinanzen wurden zu den Ausführgangorganen der Damespolitik gemacht und ihnen jede Freiheit und Selbständigkeit geraubt. Ergänzt sei nur an die Verschlechterung der Gemeindeordnung im Juni 1925, an der in hervorragendem Maße auch der Reichstag beteiligt war, der am kommenden Sonntag um die Stimmen der Freitaler Arbeiter buhlt. Auch der sozialdemokratische Bürgermeister Kimpel, der verantwortliche Führer der Freitaler Gemeindepolitik bedeckte diesen Streich vollständig, obwohl er sich noch heute zu den Linken zählt. Mit der Verschlechterung des Mieterschutzes vom Juli 1926, dem auch die SPD zustimmte, und mit der Annahme der Gemeindefinanzsäge zur Grund- und Gewerbesteuer im Sächsischen Landtag gegen die Stimmen der Kommunisten und der linken SPD wurden neue Lasten den Arbeitern, neue Fesseln den Gemeinden aufgelastet. Staat und Reich haben mit ihrem unerhörten Steuerdruck den Gemeinden die finanzielle Grundlage genommen und heikeln die Millionenbeträge der Steuern, um den Machtapparat der bürgerlichen Gesellschaft, um das Herrschaftsinstrument dieser schwarz-rot-goldenen Damespolitik auszubauen und zu härten, um ihn im geplanten Moment zur Niederdrückung der hungernden Arbeiter und der durch die räuberische Steuerpolitik ruinieren und ins Proletariat herabstürzenden Mittelschichten zu benutzen.

Den Gemeinden jedoch werden alle Möglichkeiten genommen, ihre elementaren Aufgaben in der Erwerbslosen- und Wohnungslage und auf allen anderen sozialen und kulturellen Gebieten durchzuführen. Im besonderen Maße werden davon die Arbeiterwohngebiete Freital in erster Linie getroffen. Die Wirtschaftssituationen, die Erwerbslosigkeit, die in außerordentlich hohem Maße auch in Freital zu verzeichnen ist, die Wohnungsnot, mit der Freital an der Spitze aller sächsischen Mittelstädte markiert, das Elend der Arbeiter, Krüppel- und Kleinrentner helfen auch in Freital Fragen auf die Tagesordnung, die im Rahmen des bürgerlichen Staates unlösbar sind und wo jeder Versuch, ernsthaft an ihre Lösung heranzutreten, auf die Schranken der Demokratie und den Widerstand der Reichs- und Landesparlamente stößt. Die Gemeinden werden so zum Spielball, hinter dem sich der Staat und die herrschende bürgerliche Gesellschaft verborgen, wenn die Arbeiter um ihre Lebensinteressen kämpfen. Das gilt es, für die Kommunisten den Arbeitern anzuleiten. Die Grenzen, die den Gemeinden durch die Gesetze des bürgerlichen Staates gezogen werden, die Kompetenzen der Gemeinden können für uns nicht die Richtschnur unserer Politik sein. Auch in den Fragen der Gemeindepolitik werden die Kommunisten den Arbeitern klar und deutlich zeigen, den Weg des Kampfes zum Kommunismus.

Die Interessen der wertvollen Massen lassen sich auch in der Gemeindepolitik nicht mit den Notwendigkeiten der Hausbesitzerspolitik und ihrer Gemeinden in Einklang bringen und jede Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, wie das ja auch in Freital in den letzten drei Jahren von den Sozialdemokraten von Böttel-Wentig-Went bis zum Ende gelassen ist, muß sich stets zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken.

Was rat die SPD in Freital?

Die Freitaler Sozialdemokraten und ihre Führer werden dem Berat im Sächsischen Landtag. Sie billigen die Verschlechterung der Gemeindeordnung durch ihren Führer Böttel, der es dann vorzog, selbst aus dieser

Fraktion auszutreten. Die sozialdemokratische Fraktion war es, die die veränderte Gemeindeordnung in Freital in der stärksten Weise durchführte. Sie verhinderte die Ausschaltung des Bürgertums bei der Belegung des Reichlichen Kollegiums und verhalf dem bürgerlichen Reichlichen Kollegium vorzuziehen. Die Kommunisten der linken SPD in Freital sind so weit, daß sie dem Reichlichen Böttel in Anerkennung seiner Verdienste eine soziale Base schenken. Damit ist die „Mitschuld“ der Freitaler SPD genügend gekennzeichnet. Die SPD verhinderte die Ausschaltung des reaktionären bürgerlichen Stadtrates Schönbner. Noch heute begleitet er das Amt des

Hermann



Der Sparkommissar der bürgerlich-sozialdemokratischen Stadtdirektionsmehrheit! Näheres siehe unter: Neues aus Freital!

Deputierten für Wohnungsgemeinschaften, Arbeitslosen und Polizei. Die SPD-Fraktion duldet, daß der Stadtrat Baumgarten in der 12. Woche lang keine Sitzungen des Wohnungsausschusses einberief, die SPD-Wohnungsausschussmitglieder durch Vollzug aus dem Sitzungssaal schafften ließ, als sie diese Geschäftsbesorgung als „Schweineerei“ bezeichneten. Ja, die SPD-Fraktion war es, die während der Krankheit des Oberbürgermeisters den Stadtrat Baumgarten zum dritten stellvertretenden Bürgermeister wählte. Diese Schiebung gelang nicht, infolge der ablehnenden Haltung der Kommunisten. Was ist in Freital mit der von der „Freitaler Volkszeitung“ so gerühmten „Wohlfahrts- und Pflege“? Was Freital anderen Städten voraus ist, ist eine eigene „Wohlfahrtszeitung“, für die sich die Unterhaltungs-empfehlung bedanken. Sonst ist es in Freital nicht besser, eher noch schlechter als in anderen Städten, trotz seines sozialdemokratischen Wohlfahrtsbeirates. Selbst der bürgerliche Stadtdirektor Hartmann konnte feststellen, daß von 1926 Sozialrentnern in Freital nur 700 und 300 Kleinrentnern mit 150 Unterhaltungsstellen. Darauf braucht Herr Kimpel seine SPD-Fraktion, trotz der demokratischen Wohlfahrtsplanung nicht stolz zu sein. Diese Zahlen waren jedoch am Anfang dieses Jahres richtig. Nach der Kürzung und Einziehung von Unterhaltungsstellen dürfte sich das Verhältnis noch wesentlich verschlechtert haben. Was auf dem Gebiet des Wohnungsbau zu sagen ist, findet der Leser an anderer Stelle in ausführlicher Weise. Auch hier zeigen sich die Folgen der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, dem in weitgehender Nähe Rechnung getragen wurde. Bei der Beratung des Haushaltsplanes wurden auf Vorschlag des bürgerlichen Sparkommissars Hermann alle sozialen Ausgaben, insbesondere für Schule, unangehörlich beschritten. Alle Anträge der Kommunisten auf Unterstützung der Erwerbslosen wurden abgelehnt. In gemeinsamer Front standen auch hier SPD und Bürgerliche. Zwar nahm die SPD den Antrag der Kommunisten auf Kapitalanleihe an, sabotierte aber bei jeder Gelegenheit. Während der gewaltigen Kämpfe der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Bergarbeiter lehnten SPD und Bürgerliche gemeinsam jede Unterstützung des Kampfes ab. Bei allen Forderungen der Kommunisten für die Verringerung der Rote der Arbeitslosen freilich die Sozialdemokraten und Bürgerlichen.

Wo bleibt die Deckung?

Geld war jedoch vorhanden, um Bauen zu können, feststehende Brunnenanlagen, die mehr als 10 000 Mark kosten und über die den Stadtdirektoren noch heute keine Abrechnung gelegt wurde. Geld war niemals vorhanden, wenn die Arbeiterparteiorganisationen finanzielle Unterstützung forderten. Trotzdem konnte die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit nicht verhindern, daß allein in diesem Jahre der Haushaltsplan eine halbe Million ungedeckten Fehlbetrag und die Gesamtschulden Freitals in die Millionen gehen. Wenn es nicht noch schlechter ist, dann ist es der Geldbruderei während der Inflation zu verdanken, die aber, wie bekannt, nicht der Erlösa der SPD gewesen ist.

Widerstandswillig für die Politik in Freital sind die bürgerlichen Parteien, deren reaktionäre Ziele und Bestrebungen von den Kommunisten in den meisten Fällen allein abgewehrt werden mußten, während die SPD in allen Fragen zu Konzeptionen bereit war und die Wünsche der Hausbesitzer erfüllte. SPD und Bürgerliche sind in den letzten drei Jahren der Gemeindepolitik in Freital das gewesen, was die Regierungskoalition von Brügel bis Hehl in Baden tag ist.

Die große Masse der Freitaler Arbeiter, Angestellten und Beamten, die tagtäglich durch die Lüge der „Freitaler Volkszeitung“ gegen die Kommunisten und durch das bürgerliche Tagesblatt „Glück auf“ irreführt wird, sollten an diesen Tatsachen erkennen, daß sie weder von den Sozialdemokraten unter der Führung Brügels, noch von Herrn Böttel und den bürgerlichen Parteien irgendwelche Verbesserung ihrer Lage zu erwarten haben. Wer ernsthaft für die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung kämpfen will, muß am kommenden Sonntag der kommunistischen Stimme seine Stimme geben.

Der „Sozialismus“ am Ebertplatz

Am Schwanz aufgezäumt

Die Raustischerei. — Das Sozialisierungsexperiment der Freitaler SPD. — Die besten Holzarbeiter des Manneschen Grundes. — Das falsche Metermaß des Stadtdirektors Holm

Die Sozialisierung marschieren! — Wer wollte das bezweifeln? Schwarz auf weiß war es zu lesen — damals — als die SPD die Novemberrevolution liquidierte, und als sie, um mit dem bürgerlichen Geheimrat Professor Dr. Saenger zu reden, „mit einer Schamlosigkeit ohne Gleichen alle wesentlichen Machtpositionen der bürgerlichen Gesellschaft unerbittlich, vor jedem radikalen Zugriff schon zurückzudecken, sich durch die Verdrängung von Sozialisten schleichend vor die Bourgeoisie stellte und in Kleinbürgertümlicher Angst vor jeder großzügigen Reform in Wahrung und Wertschutz zurückredete.“ Seit jener Zeit, da man eine Position der Arbeiter nach der anderen preisgab, sedet man nicht mehr von „Sozialisten“. Man spricht heute höchstens noch dem Beispiel der reformistischen Gewerkschaftsführer von der „Rationalisierung“ der Wirtschaft, die man dem Arbeiter ebenso als „notwendig“ aufzuschwächen vertritt, wie die „Freitaler Volkszeitung“ vom 23. Juli d. J. die Gründung des internationalen Eigentums als die „Vorbereitung des Sozialismus“ anpreist. Nachdem man nicht gewagt hatte, die Sozialisierung dort zu beginnen, wo es notwendig war, bei den Schlüsselindustrien, des Bergbaus, der Elektrizitätsindustrie und Schwerindustrie, nachdem die SPD den Schutz des kleinen Privateigentums in der Verfassung garantierte, verdrängte man die kleinen Betriebsräte ihre Sozialisierungsanstrengungen in Mineralwasserindustrie. Anstatt bei der Großindustrie, längt man beim Krant an. Man zäumt das Pferd beim Schwanz auf und bildet sich dabei noch ein, ein Stück Sozialismus vernünftig zu haben.

So auch in Freital. Die Pläne des kommunalpolitischen Gentes der höchsten SPD, des Bürgermeisters Kimpel, gingen über das Erreichbare hinaus. Nach der Raustischerei sollte die Gemeindeführung in die Hände der Arbeiter übergeben werden. Die Pläne unterließ, ist heute schwer zu sagen. Die Gründe sollten verschiedenartige sein. Einmal — so wird uns mitgeteilt — soll der Parteifreund, der als leitender Schubmacher für diesen Betrieb vorgehen war, nach Hinrichtung mit Strafenlehren beschäftigt sein, so daß für ihn vorläufige Lösung ist, und zum anderen soll die Furcht, das Geschäft könnte Pleite machen, von der Durchführung dieses Gedankens zurückgehalten haben. Wahrscheinlich ist nunmehr in absehbarer Zeit damit zu rechnen, denn die Wirtschaftslage ist schlecht, und — in schlechten Zeiten ist nach der Meinung der SPD, mit dem Sozialismus nichts zu machen. Da müssen erst wieder mal fette Jahre kommen.

So bleibt es bei der Raustischerei. Der Sozialismus ist eben nicht von heute auf morgen zu verwirklichen. Auf die Raustischerei aber kann man wirklich stolz sein. Sie liegt direkt am Ebertplatz. Da soll nun nach einer langen Eiertüte mit dem Sozialismus nichts zu tun; der versteht eben von solchen Sachen nichts.

An der Spitze der Raustischerei steht ein alter, in Kleinarbeit erzogener Sozialdemokrat — heißt „Raustischmeister“.

Wenn's auch des Gehalt nicht macht — so tut's doch der Titel, ob er aber davon satt und froh wird, konnte von uns nicht festgestellt werden. Dann aber die übrigen Kräfte! „So sind die besten Arbeiter des Manneschen Grundes.“

In Qualitätsarbeiter, so sprach Herr Bürgermeister Kimpel bei seiner diesjährigen Entsch. als von bürgerlicher Seite die Raustischerei bewundert wurde. Wir wollen das Urteil des Herrn Bürgermeisters nicht anzweifeln, jamaal sich unter den Raustischern zwei Stadtdirektoren, Herr Holm und Herr Schumann, und der Bruder des Stadtdirektors Bent befinden. Alles gute, „alte Sozialdemokraten“.

Unter diesen Umständen ist es natürlich kein Wunder, wenn auch die Raustischerei ein „werbender“ Betrieb wird. Die persönlichen Voraussetzungen sind, wie oben gezeigt, vorhanden. Haben sich die Einnahmen und Ausgaben der Raustischerei in den vergangenen Jahren ausgeglichen, so sollte sich in diesem Jahre zum ersten Male der Segen des letzten Betriebes bemerkbar machen. Bei der Beratung des diesjährigen Haushaltsplanes, als es darum ging, das Defizit im Haushaltsplan zu verkleinern, machte man aus der Not eine Tugend. Die reaktionären Bürgerlichen, allen voran die Herren Hermann und Kimpel, die als Vertreter der Privatwirtschaft aus Sorge um die Profite ihrer Mandatgeber gegen jeden gemeinwirtschaftlichen Betrieb Sturm lanten, verzogen kategorisch, daß nun endlich die Raustischerei ihre Rentabilität erweise. Auf ihr Drängen hin schlug Herr Kimpel vor, die Einnahmen der

Raustischerei zur Erzielung eines Uberschusses um 2000 Mark zu steigern. So wurde auch mit Mehrheit beschlossen. Freital hat nun seinen „werbenden Betrieb“. Die Bürgerlichen aber haben ihr Ziel, nach dem die Raustischerei nach kaufmännischen Grundsätzen zu wirtschaften hat, erreicht. Auf diese Weise werden sich die Privatunternehmer vor der Raustischerei nicht mehr zu fürchten brauchen; denn ein städtischer Betrieb, bei dem die bürgerlichen Profittäger die Gewinnrate vorziehen, wird für die Privatunternehmer nie ein gefährlicher Konkurrent.

Während der Beratungen des Haushaltsplanes in der erstehenden Plenarsitzung konnte es sich der Bürgermeister Holm von der bürgerlichen Fraktion nicht verkneifen, die Raustischerei anzupreisen. Angeblich sollten, so behauptete er, dort angefertigte Türen teurer geworden sein, als die gleichen Türen, die beim Privatunternehmer hergestellt werden. Der Raustischler und Stadtdirektor Schumann war über diese unbewiesene Behauptung sehr erbost. Leidenschaftlich verteidigte er die Raustischerei, die schließlich ein Kommunist feststellte, daß Herr Holm eine falsche Schmeiße hat und so den Größenwahn zwischen den Türen, der auch einen anderen Preis beibringt, nicht ermitteln konnte. Der biedere Herr Holm behauptete zwar keine Rechnung sei richtig, aber man konnte allgemein der Vollendung sein, daß es diesmal bei Herrn Holm nicht stimmte.

Neues aus Freital

Eine schlimme Sache.

Wie wir hören, befinden sich der Bürgermeister Kimpel und der Stadtdirektor Dr. Wolf schon seit Wochen in arger Verlegenheit. Obwohl sie in der SPD noch Beiträge bezahlen, möchten sie doch auf die Fraktionsgemeinschaft mit ihrem Seelenverwandten, Burenfreund Böttel, nicht verzichten und wegen dessen noch immer nicht, an welchen Fraktionsleistungen sie nach den Wahlen teilnehmen sollen. Vorläufig sollen sich beide Herren entschließen haben, abzuwarten, welche Richtung, die „Mien“ oder die „Lungen“, die meisten Sinne erhält.

Freitaler ist eine neue Krankheit, deren Erzeuger bisher noch nicht festgestellt werden konnte, die aber einmündig vom Demin nach Freital verschleppt wurde und die beherzt hart überarbeiteten Bürgermeistern etc. pp. anhaftet. Sie ist heilbar, erfordert jedoch längere Schonzeit bei Fortführung des Gehalts. Der in letzter Zeit aufgetretene Fall soll von besonderer Natur sein.

Eine besonders gut geschliffene Sache zur Bescheidung des nächstjährigen Haushaltsplanes der Stadt Freital von allen sozialen Ausgaben lacht zu laufen der Kandidat der Hausbesitzerliste

Hermann.

approbierter Sparkommissar der bürgerlich-sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft des letzten Stadtdirektorienkollegiums.

Wo kommen in Freital Wohlfahrtsgeber hin?

Darüber erhebt mehrere Ansuchen SPD-Wohlfahrtspläne, Sch. in Freital-Deubitz, (Wohlfahrt diebes und Feuerlöcher) Bewahrung von Wohlfahrtsgebern. D.M. Gehehl, gest. 1926.

Der kommunistische Wahlvorschlag

An aussichtsreicher Stelle der Liste der Kommunistischen Partei stehen:

- Kurt Koch, Eisenbahner
- Emil Künzelmann, Tischler, Betriebsrat
- Franz Diebel Klänger, Hausfrau
- Willy Schneider, Redakteur
- Max Köhler, Dreher
- Karl Köhler, Geschäftsführer des Mieterschutzes Freital
- Karl Schöke, Modellmacher, Betriebsrat
- Richard Nagel, Former, Betriebsrat
- Georg Anders, Metallarbeiter
- Kuno Stempel, Tischler
- Willy Grahl, Eisenformer
- Richard Köhler, Bauarbeiter
- Max Heiser, Jahrlarbeiter.

Das Wohnungsproblem und seine „Lösung“ nach dem Rezept des Oberbürgermeisters

Vom Stadtordnen W. Schneider.

Die im besonderen Maße traurigen Wohnungsverhältnisse in Freital sind an einer anderen Stelle in ausführlicher Weise behandelt. So erübrigt sich, darüber noch viele Worte zu verlieren. Das, was wichtiger ist, ist die Frage, was bisher geschehen ist, um die Wohnungsnot zu mildern. Wie die Mehrheit des Stadterordnetenkollegiums, Sozialdemokraten und Kommunisten diese Aufgabe „erfüllt“ haben, ist in einem besonderen Aufsatz behandelt worden. Sei der Behandlung dieser Frage ist es immerhin wichtig, zu erfahren, wie sich der Herr Oberbürgermeister Dr. Weddertopf die „Lösung“ dieses Problems vorstellt und gedacht hat. Im November 1925, also vor etwa einem Jahre, unterbreitete er dem Kollegium eine Denkschrift: „Wohnungsnot und Wohnungsbaueinrichtung“, die den breiten Schichten der freitaler Bevölkerung auch heute noch nicht bekanntgeworden ist, die aber geeignet und nützlich darüber zu geben, in welcher Weise jene Probleme des Wohnungsproblems zu lösen gewillt sind. Dabei handelt es sich bei dieser Denkschrift nicht etwa um einen neuen genialen Gedanken, sondern um ein ganz vulgäres Mittel, wie das früher unter dem Namen Le digen Feuer bereits einmal lehnharte Propaganda getrieben wurde.

Was die Denkschrift des freitaler Oberbürgermeisters auszeichnet, ist die raffinierte Methode, die Anwendung der Launen der Arbeiter zu verschleiern und schamhaft zu machen. Für den Verfasser der Denkschrift ist die Frage der Beseitigung der Wohnungsnot lediglich eine Finanzfrage. Was er nicht sieht oder nicht sehen will, ist die Tatsache, daß das Wohnungsproblem nicht nur eine Arbeits- und Nachfragesfrage, sondern eine Klassenfrage ist, die von der Arbeiterklasse getrennt betrachtet werden kann, wie beispielsweise das ungeheure Behälterproblem der arbeitlosen Wohnstätten. Für Dr. Weddertopf geht es nur um die Frage der Beschaffung der Mittel. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sucht er in seiner Denkschrift die Möglichkeiten zu schaffen, Baugelder zu erhalten, deren Zinsen so niedrig sind, daß für die zu erstellenden Wohnungen eine einmalige Rate gezahlt werden kann. Damit glaubt er die Frage zu lösen. Hören wir, wie das geschehen soll:

Dr. Weddertopf errechnet in seiner Denkschrift, daß eine Mietwohnung von 65 Quadratmeter Wohnfläche (2 Stuben, 1 Kammer, 1 große Wohnküche, Vorraum mit direktem Licht, Speisekammer, Innenloset, Keller und Bodenammer) in einem Vierfamilienhaus rund 10 000 Mark kosten würde. (Diese Rechnung ist nur infolge des allgemeinen Preisabbaus über den Baukosten gesunken.) Als eine „erträgliche“ Rate bezeichnet er den Betrag von 400 Mark. Auf dieser Rechnung, die heute schon nicht mehr stimmt, baut sich also der „schlaue“ Plan Dr. Weddertopfs auf. Woher sollen die Kapitalien beschafft werden, deren Verzinsung einschließlich der Instandhaltungskosten für die Wohnungen nicht mehr als 4 Prozent betragen sollen. Zu diesem Zwecke schlägt er eine

Wohnungsbaueinrichtung im Rahmen der Sozialversicherung vor. Wenngleich in der Denkschrift ganz richtig gesagt wird, daß gesunde Wohnungsverhältnisse eine prophylaktische (vorbeugende) Wirkung haben und mit der Lösung des Wohnungsproblems die Bekämpfung sozialer und gesundheitlicher Schäden verbunden wird, so muß doch von vornherein betont werden, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, daß der Arbeiter nicht den größten Teil seines jämmerlichen Lohnes für die Miete aufwenden muß und mit der gesunden Wohnung gleichzeitig eine gesunde und ausreichende Ernährung verbunden ist. Wenn von einer Miete von etwa 400 Mark gesprochen wird, so ist dieser Verlust von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das selbe Beispiel erleben wir ja heute an den sogenannten Sicherungsbauwerken, deren Inhaber, soweit sie Arbeiter sind, ihres Lohnes nicht froh werden und bei denen die Spannung der größeren Wohnung (stetsmals ist sie nicht einmal größer) durch die Sorge der Mietbesitzung sunstige gemacht wird. Weddertopf will mit seiner Denkschrift das Gebiet der Sozialversicherung auf das Gebiet der Wohnungsfürsorge erweitern.

Wer soll die Lasten dieser Versicherung tragen?

Die Antwort gibt er in seiner Denkschrift wie folgt: „Die Lasten der Versicherung werden bei den heillosen Qualitäten und Gehältern von den verheirateten Bauarbeitern und Arbeitern nicht getragen werden können. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen sind infolge der außerordentlichen Belastung durch Steuern um nicht in der Lage, noch irgendwelche Aufwendungen für andere Zwecke zu machen. Dagegen werden die ledigen Leute, die ohnehin in der Regel keine Mietwohnungen zahlen, und für die die neu erstellten Wohnungen bei Gründung eines Haushalts in der Regel als Kapitalien bestimmt sind, imstande sein, die für den Versicherungsgeld notwendigen Beträge aufzubringen.“

Wer sind die Ledigen, die die Kosten dieser Wohnungsbaueinrichtung tragen sollen? Der Lastenträger soll die Jugend des Realzirkels sein, die jetzt schon für die Unternehmung der Wohnungsbau, denen die Profiteure des Vaters ein angenehmes Tommeln auf den Hochschulen ermöglicht und die nicht gespart sind, in schwerer Fron um einen Hungerlohn zu kaufen, sollen von dieser Abgabe befreit bleiben. Wenig jeder Jugendliche Arbeiter für diese jämmerliche Wohnungsbaueinrichtung aufbringen soll, darüber wird von Dr. Weddertopf folgendes gesagt:

Ein lediger Beamter oder Arbeiter muß für diesen wichtigen Zweck mindestens 5 Prozent seines Gehaltes oder Lohnes entbehren können. Bei einem wöchentlichen Einkommen von 30 Mk. waren dann 1,50 Mk. für die Versicherung abzuführen. Das ist bei einem ledigen Mann bei geringer Einkommenslage eine Ausgabe für Alkohol, Nikotin usw. durchaus möglich, ebenfalls den weiblichen Personen, die ja auch einmal in den Genuß einer Wohnung kommen wollen.“

Diese Töne klingen recht vertraulich. Mit denselben Argumenten, mit denen die Unternehmer die Löhne für jugendliche und weibliche Arbeitkräfte herabdrücken, glaubt der neue Weltverbesserer den Beweis erbringen zu können, daß die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen sehr wohl in der Lage seien, die ungeheuren Schäden kapitalistischer Profitwirtschaft wieder gut zu machen. Damit jedoch nicht genug. Er versteht sich in seiner Denkschrift zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß die Bekämpfung dieser Wohnungsnot und durchzuführen werden müsse, selbst wenn „die Tangloale, die Bars, Unternehmern und überhaupt die gesamte Vergnügungsindustrie eine gewisse Einbuße“ erleide. Da der gute Mann da vielleicht auch an die Vergnügungsstätten der Arbeiter gedacht hat, wo er sich länger als ein Vierteljahr von den Strapazen seiner Oberbürgermeisteramtstätigkeit erholte? Nun, die Arbeiterklasse weiß, wer die Belastung der Unternehmern stellt, und wer das Geld dazu hat, die teuren Vergnügungsstätten zu füllen. Die Arbeiterklasse weiß diesen Auswurf auf das entsetzliche zurück.

Nach dem Vorschlag Dr. Weddertopfs, 5 Prozent vom Lohn eines jeden Ledigen von dem Unternehmer einzuziehen, würde jedem jungen Arbeiter und jeder Arbeiterin zugemutet, jährlich mindestens 78.- Mk. Extra zu zahlen. Ganz abgesehen davon, daß diese Rechnung schon bei den angenommenen Lohnhöhe von 30.- Mk. die Erwartungen nicht erfüllen wird, so kann die Arbeiterklasse nicht zugeben, daß eine noch stärkere Belastung der jugendlichen Arbeiter verhängt wird, nachdem jetzt schon Reichs- und Staatsbedürden die Entlohnung der Arbeiter nach Verzinsungen und Le-

digen vornimmt und die Industrie nach gelerntem, angelehntem und ungelerten, jugendlichen und weiblichen Arbeitsträften untersteuert und bei der Lohnbestimmung immer größere Differenzierungen durchzuführen bestrebt sind.

Von dieser Ledigensteuer, denn auf eine solche läuft es hinaus, glaubt Dr. Weddertopf, bei etwa 8 Millionen ledigen Erwerbstätigen eine jährliche Versicherungssumme von etwa 600 Millionen Mark aufzubringen, wovon nach keiner Rechnung jährlich 60 000 Wohnungen erstellt werden könnten. Damit glaubt er, die 720 000 Wohnungen, die angeblich zur Zeit in Deutschland fehlen, in etwa 12 Jahren zu erstellen.

Um diesen Plan der neuen steuerlichen Belastung der Arbeiterklasse schamhaft zu machen, soll die Wohnungsbaueinrichtung den Charakter einer Spartasse erhalten. Weddertopf schlägt vor, daß von der Versicherungssumme den Neuerwerbten die eine Hälfte der von ihnen eingezahlten Gelder nicht 2 Prozent Zinsen und Zinseszinsen als willkommene Heiratsgut zurückhalten sei. Die andere Hälfte soll nach Vollendung des 60. Lebensjahres (!) ausgezahlt werden. Im Todesfall sollen die Erben die Hälfte des Einlagebestandes erhalten, während die andere Hälfte im Grundkapital der Versicherung verbleibt.

Mit diesem Räder verlust man, die Arbeiterklasse zu laden und ihr Geld in die Taschen zu streuen. In dem 10prozentigen Steuerabzug, zu den Abgaben für Kranken- und Invalidenversicherung soll nunmehr noch die Steuer für die Wohnungsbaueinrichtung hinzukommen. Man muß es dem freitaler Oberbürgermeister zugeben, er hat das Problem der Volkerverteilung „richtig“ erkannt.

Trotzdem Herr Wolff den guten Rat gegeben hätte, diese Denkschrift nicht dem Kollegium vorzulegen, stand sie eines Tages im Plenum zur Ausprache. Bei dieser Gelegenheit nahm auch die kommunistische Fraktion zu dieser Denkschrift Stellung und kennzeichnete durch ihren Redner den arbeitserfreundlichen Charakter dieser Denkschrift, die nach den Worten Dr. Weddertopfs angeblich in einem Geheimgang vor dem Reichsregierung zugegangen ist und letzte ist entschieden ab.

Die Sozialdemokraten des freitaler Stadterordnetenkollegiums ließen durch ihren Sprecher Wenzl, der nicht wußte, wie er sich wenden sollte, erklären, daß sie mit dem Grundgedanken der Denkschrift einverstanden wären.

Die Bürgerlichen stimmten schweigend diesen Plänen Dr. Weddertopfs zu, der versichtlich versuchte, die Argumente des kommunistischen Redners zu entgegnen. Die Vorlage verschwand. Bis hier hat niemand von ihr etwas wieder gehört. Herr Weddertopf hatte mit dieser gründlichen Abfuhr genug ...

Zur Stadterordnetenwahl (Auch zu singen nach der Melodie: „Die Luft kommt“)

Proleten hört, sie naht, sie naht, Die Wahl zu dem Gemeinderat, Drum schaut euch nur, ob Weib, ob Mann, Genau die Kandidaten an: Da ist zunächst der Kahmig!

Herr Kahmig als Rechtssozialist Hans Dampf in allen Gassen ist. Ein Schwadroner und Kommandeur, Schwört auf das „Schwarz-Rot-Gold-Loisur“ — Und dann die Wenzl und Wegig. —

Auch zwei des SPD-Geschlechts, Die Worte links, die Taten rechts — Das sind sie, wie der ganze Schwarm Der „Linken“, weder kalt noch warm. — Und nun erst der Herr Böckel! —

Herr Böckel, dieser Knecht, Bekannt als Klassenkampftrakt, Ein neues SPD-Genie Und Umwall von der Bourgeoisie, Dem schmiegt sich an der Knecht! —

Als Hausgärtner „nebel“ er Mit Hidanna seine Mieter schwer; Drum Wähler, laßt euch nebeln nicht Und geht mit ihnen ins Gericht, Genau so wie mit Halim.

Euch hilft kein Schwarz-Rot-Goldner Halim Mit seinen demokratischen Schwalm, Denn so ein Halim, wie Halme sind, Zerfallen allzuleist im Wind. — Nun wird die Sache Klogig.

Ein Klog, selbst wenn er Rechtsgelehrter, Nicht eure Interessen wahr, Auf einen Klog ein roter Keil, Drum wolt ihr euer Wohl und Heil, So wählt nur Kommunisten!

Eine Katzengeschichte

Wer denkt da nicht an Theodor Storms hübsches Gedicht von den weißen, schwarzgeschwänzten Katzen, die die Menschlichkeit so leicht belächeln. Katzen sind, wie alle Kautschuker, falsch — trotz ihrer Samtpfötchen.

In Freital haben die Katzen infolge ihrer großen Zahl bereits unermesslichen Schaden angerichtet. Eingeklopft können sich schon nicht mehr halten — sie sind ausgehoben und aufgefressen von den bösen Katzen. Aber dort, wo die Singvögel fehlen, da leiden die Obstbäume unter Raupen und sonstigen Getier schweren Schaden. Aus volkswirtschaftlichen Gründen, um die Singvögel zu erhalten, um die Obstbäume ertragreicher zu machen und um billiges Obst zu schaffen, ist eine Verminderung der Katzen unbedingt geboten ...

So begründete Herr Stadtrat Baumgarten seine Katzensteuer, von der er sich außerdem noch einen willkommenen Fußfuß für den bedrängten Stadtkäbel erhoffte.

Die Ratsherren stimmten zu — nur einer nicht, Herr Baumgarten hatte es sich reichlich überlegt. Zwei Pfiegen mit einer Klappe wollte er schlagen. Er mußte eine neue Steuerquelle schaffen, da aber die Hunde schon versteuert sind und Goldfische und Meeresschweinchen sich für eine Steuer kaum eignen würden, so hatte er sich entschlossen, den Katzenbesitzern ein schmerzhaftes Opfer zu rücken. Zehntausend Mark sollten sie bringen. Ein netter Fußfuß, um das bedenklich größer werdende Loch im Stadtkäbel wieder zu füllen. Die Katzenbesitzer sollten blechen!

Klugs fand er seinen Stadtvätern eine sauber ausgearbeitete Vorlage. Es war wirklich nicht so leicht gewesen, bei dem beschränkten Steuerrecht noch ein brauchbares Objekt zu finden.

Zwölf Mark für jede Katze — auch die Kater, wenigstens soweit es sich um vierbeinige handelte, sollten keinen Vorzug haben. — Dort aber, wo zwei Katzen angetroffen würden, sollten zur Strafe für die zweite Katze 18 Mark bezahlt werden.

Die Stadterordneten brauchten nur noch zuzustimmen. Herr Baumgarten glaubte, die Katzen schon im Sack zu haben, und — im Geiste sah er schon, wie sich der Stadtkäbel wieder füllte; die Singvögel waren zurückgeführt und die Spatzen schilpien vor Freude. In Freital wäre alles schön und gut geworden, wenn — ja, wenn die dreimal vermaledeiten Kommunisten nicht gewelen wären.

Diese Katzenfreunde! Was kümmern die sich um die städtischen Finanzen? Die wollen immer nur Geld bekommen, aber wo es herkommt, das nachfragen sie nicht! Kann man von denen vielleicht Mitleid für die Piep-vögel erwarten, für die die Ratsherren so anglich besorgt sind? — Sie lehnen die Katzensteuer rundweg ab.

Im Sprecher im Stadterordnetenkollegium, der Stadterordnete Schneider, nannte die Vorlage respektlos ein Steuerkuriosum. Andere Städte hätten die Katzensteuer abgeschafft, weil sie damit Schiffbruch erlitten hätten. Die Katzen hätten schon einen nicht unbedeutenden Wert. Würde diese Steuer erhoben, so seien diese Katzenbesitzer, insbesondere die Arbeiter, Rentner und alle die kleinen Leute gezwungen, die sieben Tierchen zu verkaufen, da sie die horrenden Steuer nicht bezahlen könnten. Dann aber wäre für Ratten und Mäuse gute Zeit. Wollte man aus der Katzenlage aber keine Ratten- und Mäuseplage machen, dann müsse man den Steuerertrag zum erheblichen Teil für den Kamerajäger ausgeben. In der Weisheit und den Rührarbeiten sei die Mäuseplage jetzt schon stark. Die Katzensteuer würde diesen Uebelstand verschlimmern. Und dann — was läme denn dabei überhaupt heraus? Die Kosten für die Erhebung der Steuer würde den realischen Ertrag verschlingen. Dabei müsse man noch berücksichtigen, daß die Steuerzahler in den meisten Fällen jene Leute seien, denen das Leben eine andere Freude jetzt schon nicht mehr läßt.

Herr Kimpel war ob dieser Rede sehr erzürnt. Er schimpfte auf die bösen Kommunisten, die von Steuerpolitik nichts verstanden. Die Milch, die in Freital von den Katzen verbraucht werde, würde ausreichen, um 400 Kindern 4 Wochen lang eine Milchkur machen zu lassen (!).

Als darauf der Stadterordnete Körner diese Bürgermeistereiweishheit als ein übles demagogisches Mähen bezeichnete, wurde er vom Vorsteher zur Ordnung gerufen.

Herr Wenzl von der SPD mußte eigentlich nichts zu sagen. Er wollte es nicht mit den Piep-vögeln, aber auch nicht mit den Katzen verderben. Man könnte, so meinte er, für, aber auch gegen die Katzensteuer sein. Diesmal sei er dafür, weil die Stadt Geld brauche.

Bei den bürgerlichen Vertretern hatte sich die Katzengeschichte in eine Katerstimmung verwandelt. War man im Ausschuß erst mit allen Kräften für die Steuer eingetreten, so blies jetzt die Kater im Streite zum Rückzug. Als Genosse Schneider diese Haltung als die Furcht vor den Wählern bezeichnete, wurde das zwar bestritten, aber man brachte nicht den Mut auf, für die Steuer zu stimmen, obwohl Herr Schulmeister Stricker, der doch von solchen Dingen etwas verstehen muß, behauptete, daß die Ratten- und Mäusevergiftung ganz gut den Hund übertragen werden könnte.

Hier endet die freitaler Katzengeschichte.

Bürgerliche und Sozialdemokraten jagen es vor, die Steuerentlastung in den Ausschuß zu versetzen. Dort liegt sie gut und wartet geduldig auf ihre Wiederauferstehung. Wann der Tag einmal kommen wird, das vermag noch niemand zu sagen, nicht einmal Herr Baumgarten. Aber jedesmal, wenn mit lieblichem Miau der Kater nichts seit Käpchen ruht, denkt mit bitterer Wehmut Stadtrat Baumgarten daran, wie er bald einmal die Katze im Sack hatte, wenn, ja wenn die bösen Kommunisten nicht gewelen wären.

Der Spuk der Katzensteuer

Ein böser Traum



demokratische Kollegium.

hin? (Kategorie: ...)

demokratische Kollegium.

hin? (Kategorie: ...)

200 000 Mark für die privaten Hausbesitzer¹⁾

SPD-Entscheidung des kommunalen Wohnungsbaues — Wohndarlehnen für die Arbeiter

Unter den höchsten Mittelskräften steht Freiheit in Bezug auf den Wohnungsmangel an erster Stelle. Der ganze Kampf auf dem freien Wohnungsmarkt wird von dem Geschäftsführer des Mieterbundesverbandes Plauenischer Grund, dem SPD-Stadtrat Karl Köhler in einem besonderen Aufsatz dieser Nummer unserer Zeitung aufgeführt.

Es wäre gerade in Freiheit die Pflicht der Arbeitermehrheit des Stadtsparlamentes gewesen, während der Dauer der Wahlperiode dafür zu sorgen, das Wohnungselend, unter dem ganz besonders die Arbeiter zu leiden haben, zu lindern. Es braucht kein Wort darüber verloren werden, daß es einer einzelnen Gemeinde unmöglich ist, dieses Elend, das eine der Seelenterrassen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, vollständig zu beseitigen. Das verlangt kein vernünftiger denkender Mensch. Was aber verlangt werden konnte, das ist, daß die Mehrheit der Stadtsparlamentarier die vorhandenen Möglichkeiten ausnützte, um der Arbeitermehrheit ihre Lage zu erleichtern.

Die Arbeiter haben allmählich erkannt, was es mit der Verfassung der schwarz-rot-goldenen Republik auf sich hat, die jedem Deutschen eine Heim- oder eine Wirtschaftstätte als unverschiebliche Freizügigkeit garantiert.

Die herrschende Gesellschaft, die durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer seit 1918 diese Republik zu ihrem Herrschaftsinstrument ausgebaut hat, denkt nicht daran, die Republik mit sozialem Geiste zu erfüllen und den Arbeitern die feierliche gegebenen Versprechungen einzulösen. Das wissen die Arbeiter, und sie setzen darauf auch keine Hoffnung mehr. Die Enttäuschungen, die sie mit dem Zusammenbruch der demokratischen Illusionen erleben, hat in ihnen die Erkenntnis zellen lassen, daß dem Arbeiter nicht geholfen werden kann durch eine „verbrieft“ Verfassung, sondern durch jähren unermüdlichen Kampf bis zur Überwindung dieser Gesellschaftsordnung durch die Herrschaft der Werktätigen. — Worauf aber die Arbeiter noch ihre Hoffnung setzen, das war die 17 Mann starke Fraktion der SPD im Stadtsparlament, von der sie eine klare und entschiedene proletarische Politik erwarteten. Auch hier sollte den sozialdemokratischen Arbeitern die Enttäuschung nicht erspart bleiben.

Auf keinem Gebiet der Kommunalpolitik zeigt sich der Bankrott der SPD-Politik und ihr arbeitervindlicher Kurs so deutlich, wie auf dem Gebiet des Wohnungsbaues.

Die SPD-Fraktion, die den 12 Bürgerlichen gegenüber allein schon stark genug war, um ihren Willen durchzusetzen, konnte sich bei der Verfolgung einer proletarischen Politik auf die nötige Unterstützung der kommunistischen Fraktion verlassen.

Es zeigte sich aber in allen Fällen, daß die SPD es vorzog, lieber mit den Bürgerlichen eine Koalitionspolitik zum Schaden der Arbeiter zu treiben, als gemeinsam und im Interesse der heiligen Schützen der Werktätigen mit den Kommunisten gegen das Bürgerium vorzugehen.

Für diese sozialdemokratische Regierungspolitik, die unter der Führung des Renegaten Böffel begannen und von Kämpel, Wolf und Went, einschließlich der sogenannten „Linken“ fortgesetzt wurde, einige Beispiele. Es genügt dabei, sich auf die Vorgänge im Jahre 1926 zu beschränken.

Als die eigenen Fehler und Schwächen zu verdecken, die Arbeiter zu verwirren und gegen die Kommunisten zu hetzen, wurde jahraus jahrein von der „Freitaler Volkzeitung“ in nichtbedeutender Weise eine Propaganda gegen die Kommunisten geflossen. Es gelang fast keine Woche, in der nicht der Kommunismus dieses Blattes, Heiligtum, verhöhnt wurde. Die Kommunisten gegen den Wohnungsbau, „Verrat der Kommunisten“, „Die Kommunisten gegen die Arbeiter“, „Mit solchen und ähnlichen Vorkommnissen unternehm die tapfere Reichsbannermann seinen antibolschewistischen Kreuzzug. Sein Motto dabei war: „Wenn's auch erlogen ist, — so wird schon etwas hängen bleiben“. Diese gemeine Schreibeisweise trieb vieler Allernachsteher so weit, daß sich sogar die eigenen Genossen seiner Partei gegen die Redaktion und die Schreibweise des von ihm bearbeiteten Teiles wendeten. So ist deshalb notwendig, das richtig zu setzen und nachzuholen, was dieser vom Volkswissenschaftler befallene Schmierling bei seinem Lügenhandwerk unterschlagen hat.

Die SPD-Fraktion verleiht 200 000.— Mark an die privaten Hausbesitzer.

Im Rahmen des Haushaltsplanes wurden von der Stadt Freital im Jahre 1926 102 Wohnungen erbaut. So verleiht die SPD mit samt ihrem Bürgermeister und glaubt, damit der Arbeiterstand den Nachweis zu erbringen, daß man wirklich ernsthaft bemüht gewesen ist, dem Wohnungselend der Arbeiter zu wehren.

Wie steht es in Wirklichkeit?

Es ist nicht zu bestreiten, daß die angegebene Zahl Wohnungen nicht erbaut wurde, — nur bleibt die Frage offen —

Wem gehören die Wohnungen und wer erhält sie zur Verfügung gestellt?

Dabei ist festzustellen, daß von allen erbauten Wohnungen insgesamt etwa ein Drittel von der Stadt erbaut wurde, von denen wiederum nur ein geringer Teil dem Wohnungsausschuß zur Vergebung an Wohnungslose zur Verfügung gestellt wurden. Von allen übrigen erbauten Wohnungen geht nicht eine einzige der Stadt, die auch nicht das Recht der Vergebung dieser Wohnungen besitzt. Der Schein wird vollständig offenbart, wenn man sich mit dem diesjährigen Wohnungsbauprogramm etwas näher befaßt.

Wie wurde das Wohnungsbauprogramm finanziert?

Nach dem Haushaltsplan sollten zur Finanzierung des Wohnungsbauprogramms Verwendung finden:

Mietzinssteuer	330 000 Mk.
Darlehen	440 000 „
Anderer Steuererträge aus gewährten Vordarlehen und Mietzinssteuer fikt. Grundstücke	19 500 „
Aus dem 19-Mrk.-Fonds der Stadtregierung	109 000 „
Gesamt	898 500 Mk.

Von diesen Geldern sind die aufgenommenen Darlehen mit einem durchschnittlichen Zins von 10 Prozent zu verzinsen und zu amortisieren. Um einen Teil der Darlehen zu erhalten, mußte die Stadt einen entsprechenden Betrag des nächstjährigen Aufkommens der Mietzinssteuer verpfänden. Doch das wäre alles noch zu ertragen gewesen. Wie wurden aber nun diese Gelder verwendet?

Wohin als 200 000.— Mk. wurden den privaten Bauherren zur Verfügung gestellt.

10 000.— Mk. Zuschuß erhielt der Konsumverein. Für Banken wurden 27 000.— Mk. eingesetzt, für den Turnverein 20 000.— Mk. für Wohnungsbaugesellschaften 280 000.— Mk. und für die Erbbaugemeinschaften mehr als 360 000.— Mk.

Mehr als ein Viertel des Geldes wurde also den Hausbesitzern in den Hals geworfen.

Die Wohnungslosen Freital's mögen sehen, wo sie bleiben. Für die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition in Freital war es wichtiger, rund 200 000 Mark an die privaten Bauherren abzugeben, als für die Arbeiter Wohnungen zu erschaffen. Die Herrschaften, die heute schon über nicht unbedeutendes Vermögen verfügen, erhalten in von der SPD-Fraktion ein glänzendes Geschenk aus den Geldern, die jeder Arbeiter sich und seiner Familie hat vom Munde abarbeiten müssen. Nicht

¹⁾ Der Wohnungsbaustat hat in der Zeit, da dieser Aufsatz geschrieben wurde, infolgedessen eine Veränderung erfahren, als von der Landesregierung weitere Zuschüsse zum Wohnungsbau erfolgten.

genug, daß für diese Mittel ein ganz geringer Zinsfuß zu zahlen ist, nein. — die sozialdemokratisch regierte Stadtsverwaltung von Freital ging in ihrer Liebedemotie dem Bürgerium gegenüber sogar so weit, auch die Zinsen für die aufgenommenen Darlehen zu 50 Prozent zu erlassen und aus der Mietzinssteuer zu bestreiten.

Der praktische Erfolg dieser Politik ist, daß die privaten Hausbesitzer sich schöne und billige Häuser und Wohnungen erstellen und das Gros der Wohnungslosen mit jenen Häusern vorliebnehmen muß, die den Herrschaften heute nicht wegzugucken sind.

Das Bürgerium hat durch diese Rechnungsträger der SPD die Möglichkeit erhalten, für seine heranwachsenden Töchter

Dem „Verdienst“ keine Krone



Der Rat der Stadt hat, wie auch an anderer Stelle mitgeteilt wird, dem Renegaten Böffel in Anerkennung seiner Verdienste heim Auscheiden aus dem Stadtsparlamentsvorstand und der SPD-Fraktion unter Zustimmung der SPD-Stadträte gegen den Widerpruch des SPD-Stadtrates Köhler oben abgebildete folgende Krone gewidmet.

So danken die Freitaler „Linken“ Sozialdemokraten „ihrem Führer“.

Personalpolitik in Freital

K. K. Die Frage der in Freital betriebenen Personalpolitik verdient eine besondere Beachtung und ist besonders wichtig im Hinblick darauf, daß der Rat der Stadt in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammengesetzt ist und die SPD die Gelegenheit gehabt hätte, eine Personalpolitik zu betreiben, die wirklich den Forderungen der Angestellten und Beamten entsprechen hätte. Inwiefern die SPD den Interessen der Angestellten und Beamten Rechnung getragen hat, dafür einige Beispiele:

Während die SPD-Berater nicht nur im Rat, sondern auch im Kollegium für die Erhöhung der Gehälter der Bürgermeister und Stadträte, sowie für die Beamten über die Besoldungsgruppe 9 hinaus immer Geld zur Verfügung und keine Bedenken dagegen hatten, wenn zu den Monatsgehältern von 700 bis 1000 Mark noch weitere 100 bis 150 Mark aufgeschichtet wurden, so sträubten sie sich mit Händen und Füßen dagegen, wenn die unteren, schlechtbesoldeten Beamten einmal eine monatliche Aufbesserung von 5 Mark erhalten sollten, wie sich das heilloserweise bei den Gehaltsaufbesserungen für die Stenotypistinnen am deutlichsten zeigte. Während man sich bei den unteren Beamten immer darauf berief, das Besoldungsgesetz lasse eine Aufbesserung nicht zu, hatte man keinerlei „gesetzliche“ Bedenken, trotz einem Schiedsgerichtsurteil, dem Oberbürgermeister den Lohn immer zu viel geschätzten Gehalt als „Aufwandserschädigung“ weiterhin zu bewilligen. Trotzdem sich die kommunistische Fraktion in der heftigsten Weise dagegen verwehrte, beschloß die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Bürgerium, bevor noch ein Schiedspruch vorlag, daß, falls der Schiedspruch zugunsten des Oberbürgermeisters ausfalle, ihn der überhörende Teil als „Aufwandserschädigung“ gezahlt werden solle, damit der Herr Oberbürgermeister ja nicht zu hungern brauche, wenn ihm von seinem Monatsgehalt von 1200 Mark einige Mark gekürzt werden würden. Oder aber: geschähe diese Stellungnahme der SPD aus einem anderen Grund? Gewandte man vielleicht, früher oder später einen der ibrigen an diesen Posten zu drängen? Nun, vorläufig sind die Spekulationen nachzugehen.

Geld war auch immer vorhanden, wenn es galt, den Gehaltszins der schwarz-rot-goldenen Republik zu sichern. Eine Abrechnung über die dabei verpulverten Gelder ist den Stadtsparlamentarier bis heute noch nicht vorgelegt worden.

Die Politik der Freitaler SPD war besonders aber in den 3 Jahren der verlassenen Legislaturperiode darauf gerichtet, möglichst viel ihrer Parteifunktionäre an die höchsten Posten zu drängen. Dabei braucht nur an das neue, besonders tolle Beispiel der Ratsbürgermeister erinnert zu werden, auf das wir auch an anderer Stelle schon hingewiesen haben, wie sich der Rat und die Mehrheit der Stadtsparlamentarier den unteren Beamten gegenüber verhielten, dafür ein anderes Beispiel:

Werbt Leser für die „Arbeiterstimme“

Annahmestellen sind:

Max Wende, Freital, Schulstraße 14
Arthur Häler, Freital-V., Unt. Dresdner Str. 40
Oskar Thiele, Freital-D., Brückenstraße 19
und bei allen bekannten Parteigenossen.

ler und Söhne geräumige und billige Wohnungen auf Kosten der Arbeiter zu erhalten. Während man den privaten Bauherren auf jede zu erstellende Wohnung bis zu 7500 Mark beifügte,

gewährt der Arbeiter-Turnverein seinen Mitgliedern den Einbau von 3 Wohnungen in seine Turnhalle nur 4000 Mk. pro Wohnung.

Der sozialdemokratischen Rotemehrheit haben also die privaten Hausbesitzer näher als der Arbeiter-Turnverein.

Wie wird sich diese Politik auswirken?

Es besteht kein Zweifel darüber, daß es den reaktionären Vorstößen der Hausbesitzer unter dem Regime der Seltsam und Hindenburg-Regierung in absehbarer Zeit gelingen wird, die jetzt schon armen Bestimmungen des Mieterschutzes vollständig zu beseitigen und die letzten Schranken des Mieterschutzes zu rücksichtslosiger Ausweitung der Mieterbewegungen. Schon heute fordern die Hausbesitzer immer häufiger die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungsweizens. In Freital haben die Hausbesitzer ihre brutalsten Vertreter in den Stadtsparlamentarier Kämpel und Schmidtmann. Im gleichen Moment, in dem die Wünsche der Hausbesitzer nach Beseitigung der Zwangswirtschaft sich erfüllen, werden sie rücksichtslos dazu übergehen, aus der Not der Arbeiter ihre Profite zu schinden. Alle ihnen nicht genehmen Mieter werden auf die Straße gesetzt werden. Alle diejenigen Proleten, die den ins unerschwingliche gesteigerten Mietzins nicht bezahlen können, werden als Plünderer geacht. Die Herrschaften, die jetzt mit den Steuererlösen der Arbeiter ihre Häuser reparieren und sich neue und schöne Wohnungen erstellen werden dann lakrischmüde den Arbeitern spüren lassen, daß es besser verfallen, ihre Klasseninteressen zu wahren, als wie das nun den angeblichen Arbeitervertretern der SPD mit den Interessen des Proletariats geschieht ist.

In der Erkenntnis dieser Dinge hat die SPD-Fraktion in der härtesten Weise gegen die Bewilligung von Geldern an die privaten Bauherren gestimmt. Sie forderte Vermeidung nicht nur der Mietzinssteuer und der Anleihen durch den Bau von kommunalen Wohnungen, sondern befürchte auch die von der SPD-Fraktion betriebene Politik, Wohnbaracken zu bauen, damit die von den Hausbesitzern auf Pfahler geworfenen Proleten untergebracht werden sollen. Daß die Kernsten der Arbeiter, die in den Wohnbaracken untergebracht werden, bei der herrschenden Wohnungsnot nicht wieder herauskommen, ist für jeden klar. Bürgerlich und besser Situierte werden niemals die Bewohner solcher Wohnbaracken sein. Diese 12 Wohnbaracken sollen aus 12 Zweizimmerwohnungen bestehen. Jede dieser Wohnungen erfordert 2750 Mark Erhaltungskosten. Was man unter diesen Umständen für Wohnungen erwarten kann, das kann sich jeder Arbeiter denken. Dabei beachte der Hausbesitzer Kämpel noch den traurigen Mai, im Stadtsparlamentarierkollegium im August dieses Jahres zu erklären, daß es sich um eine halbmassive Bauweise handelte und die Wohnungen nicht schlechter seien als die anderen. Die Hausbesitzer glauben damit die Wohnungslosen in ihrem Elend noch zu verspillen. Den Herrschaften ist es gleichgültig, wo der Arbeiter wohnt. Sie sind gewiß Angehörige ihrer Kreise werden niemals in die Verlegenheit kommen, eine Wohnbaracke beziehen zu müssen. Mit dem Bau dieser Baracken wird praktisch den reaktionären Vorstößen der Hausbesitzer Vorlauf geleistet. Er wird unterstützt von den sozialdemokratischen Stadtsparlamentarier und der Rotemehrheit, die für den ganzen Jammer im Freitaler Wohnungswesen verantwortlich ist. Alle diese Herrschaften, bei den Hausbesitzern und Bürgerlichen angefangen bis zu den sozialdemokratischen Stadträten, bis zu Kämpel, Wolf und Heintze, von Herrn Böffel und Herrn Went, sie alle befinden sich in schönen, gesunden, häßlichen Wohnungen und keiner von ihnen hat den ersten Willen, wirkliche Klassenpolitik im Interesse der Arbeiter zu verfolgen. Ihrer Koalitionspolitik mit dem Bürgerium, die nicht nur im höchsten Landtag von dem Renegaten Böffel vertreten, sondern die im Freitaler Stadtsparlament zum Schaden der Arbeiter fortgesetzt wurde, gilt es am 14. November eine klare und entschiedene Antwort durch massenweise Abgabe kommunistischer Stimmen zu geben.

Als die Freitaler Ratsherrn die berechtigige Forderung auf Bewährung von Dienstkleidern stellten, bewilligte ihnen die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit ein Stiefelgeld von monatlich 2 Mark, trotz des Protestes der kommunistischen Fraktion, die das als eine Verhöhnung der Beamten betrachtete. Und als man dann nach wochenlangen Auseinandersetzungen doch noch dazu überging, eine einfache Uniform zuzusprechen, lehnten die SPD-Berater eine Erhöhung des Bezahlungsgeldes um einigig 50 Pfennig mit der Begründung ab, daß die Ratsherrn ja dann mit der Polizei gleichgestellt wären. Das wäre wahrheitlich ein Verbrechen gewesen. Man wollte möglichst Abstand halten; nur nicht zupiel auf einmal. Ratsherrn sind eben noch keine Polizisten. Ja, der Rat ging in seinem unerschütterlichen Verhalten noch weiter und verlangte, auf den Arbeitlichen müßten Blechkleider mit Kamusszug angeboten werden, denn sonst könnte es vorkommen, daß die Ratsherrn die Dienstkleider auch mal zu einem Privatweg anziehen würden. Die SPD-Stadträte und der Bürgermeister aber hatten nichts dagegen einzuwenden, wenn ihre Ehekränze „privat“ mit dem häßlichsten Auto nach Dresden fahren.

Als die Beamten der Besoldungsgruppe 1 bis 3 einmal eine Ausgleichszulage erhielten, beantragte die SPD-Fraktion, daß dieselbe Summe auch den häßlichen Arbeitern gezahlt werden solle. Das wurde selbstverständlich vom dem hohen Rat, der „ersten Kammer“ Freital's, abgelehnt. Es sollte erst bei der vorgelegten Behörde angefragt werden, ob das „gesetzlich“ zulässig sei. Immer dann, wenn es sich um die schlechtbesoldeten Gruppen handelt, hindern den Rat „gesetzliche“ Zwangsmittel.

Da man bei den Regierenden Freitaler Arbeiter ganz scharf entlich, daß die Arbeiter einestellte, einestellte, machte sich die SPD-Fraktion mit aller Schärfe gegen diese Willkürpolitik des Bauamts. Die Personalpolitik der SPD brachte es zuwege, daß dem Rat Vollmacht gegeben wurde über die dienstlichen und persönlichen Belange der Beamten und Angestellten der Gruppen 1 bis 3 selbständig zu entscheiden. Der Personalausschuß, der für alle diese Fragen zuständig ist, wurde länger als 1/2 Jahr überhaupt nicht zusammenberufen. Das erlebigen die Herren Ratsherrn recht häßlich unter sich.

Die SPD-Fraktion war es auch, die gemeinsam mit den bürgerlichen 2/3 Jahre die kommunistischen Forderungen ablehnten, der Arbeitervereinigung sich und Stimme im Personal-Ausschuß zu geben. Erst als der Enttäuschungssturm der häßlichen Arbeiter nicht mehr anzuhalten war und als der Gemeinderat und Staatsarbeiterverband dem kommunistischen Antrag „Radikalverleih“ und in einer Eingabe die SPD-Berater auf ihre Pflichten aufmerksam machte, kam man vor kurzer Zeit dieser berechtigten Forderung nach. Die Ratsherrn aber verlangte, einen Sonderausschuß für Arbeiterfragen zu schaffen, und man begründete das damit, daß die Arbeiter für die Angelegenheiten und Beamtenfragen kein Interesse hätten. Mit dieser Begründung stimmte die SPD der Ratsherrn zu, verlangte also Trennung der Arbeiter von den Beamten und Angestellten und vertrat so eine Forderung des golden Deutschen Beamten-Bundes. Und diese Leute geben an, freie Gewerkschaften zu sein, obwohl die Forderungen der freien Gewerkschaften direkt mit ihren eigenen Interessen kollidieren. Warum braucht man sich wohl darüber nicht, schreit doch der Hauptredner der SPD-Fraktion noch heute den goldenen Gewerkschaften an. Was sagen die häßlichen Arbeiter zu dem Verhalten des SPD-Stadtsparlamentarier und ihrer goldenen Gewerkschaftspropaganda?

Die Arbeiter Freital's können eine solche Art Personalpolitik nur verhindern, wenn sie am 14. November darauf ansetzen mit der Abgabe kommunistischer Stimmen und die außerparlamentarische Arbeit der SPD gegen diese arbeitervindliche Politik tatkräftig unterstützen.

Wohnungsnot in Freital

Die Lage der arbeitenden Klassen verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die Kosten, die den dreien Schichten der Bevölkerung aufgebürdet werden, steigen ins Unerträgliche. Die Wohnungsnot nimmt katastrophale Formen an. Die Nationalsozialisten nehmen katastrophale Formen an. Die Nationalsozialisten nehmen katastrophale Formen an.

Die Nationalsozialisten nehmen katastrophale Formen an. Die Nationalsozialisten nehmen katastrophale Formen an. Die Nationalsozialisten nehmen katastrophale Formen an.

Die katastrophale Wohnungsnot tritt in dem dichtbesiedelten Süden mit besonderer Schärfe in Erscheinung. Vom höchsten Arbeiterministerium wurde festgestellt, daß die Stadt Freital zu den Städten zählt, in denen die Wohnungsnot am größten ist. Freital warisiert in der Linie dieser Städte an zweiter Stelle. Aber die fürchterliche Lage auf dem Wohnungsmarkt in Freital informiert das amtliche statistische Material des Statistischen Reichsamtes, in dessen Geschäftsbericht es wie folgt heißt:

Wie es heute in den Wohnungen aussieht, davon gibt die im Frühjahr dieses Jahres (1925) vorgenommene Wohnungsbehebung ein erschütterndes Bild. Während früher stets ein gewisser Prozentsatz der Wohnungen leer stand, besteht heute nicht einmal die Möglichkeit, durch gezielte Herausziehung obdachlos gewordener Familien notwendig unterzubringen.

Daß unsere Wohnungsnot sich nicht etwa durch anderweitige Verteilung beheben läßt, also etwa, indem man durch Aufhebung der Zwangsrenten eine Ausgleichung von Angebot und Nachfrage ermöglicht, ergibt sich ohne weiteres, wenn man die Zahl der Haushaltungen betrachtet. Rund 550 aus mehreren Personen bestehende Haushaltungen haben keine eigene Wohnung, sondern wohnen als Untermieter oder in der Wohnung der Eltern, Schwiegereltern usw. In 26 Fällen bewohnen sogar drei Familien eine Wohnung. Daß bei hinreichendem Angebot von Wohnungen die meisten dieser Haushaltungen eine eigene Wohnung beziehen würden, ergibt sich schon daraus, daß es gerade die weitest geräumigen Wohnungen sind, die mehreren Familien Obdach bieten. 147 Wohnungen mit 2 Haushaltungen bestehen aus Stube, Kammer, Küche, 179 aus zwei Stuben, Kammer, Küche.

Die Haushaltungen ohne eigene Wohnung setzen sich in der Hauptsache aus jungen Ehepaaren mit ihren Kindern zusammen. Seit der Stadtgründung (1. 10. 21 bis zum 24. 10. 25) sind nur zwei Ehepaare in Freital 1157 Ehen geschlossen worden; Nachforschungen nach dem Verbleib dieser Ehepaare haben ergeben, daß zur Zeit noch 726 von ihnen in Freital wohnen. Nur 126 hatten bereits bei der Eheschließung eine eigene Familienwohnung (Mütter, Väter). Durch Vermittlung des Wohnungsamtes haben sich dieser Ehepaare Wohnungen zugewiesen erhalten. Bei weitem der größte Teil, nämlich 436 Ehepaare, wohnt noch jetzt als Untermieter oder bei Angehörigen. Rechnet man hinzu die nicht unbeträchtliche Zahl der Ehepaare, die außerhalb Freitals die Ehe geschlossen haben, aber hier wohnhaft sind, so ist, freier die Ehepaare, die vor dem 1. 10. 25 geheiratet haben, die Hälfte der Bedarf an neuen Wohnungen für diese Wohnungsinhaber mit 500 nicht zu hoch gegriffen sein. Die übrigen 50 der oben erwähnten Haushaltungen, die eine fremde Wohnung haben, werden in der Hauptsache solche sein, die schon früher eine eigene Wohnung gehabt haben und auch bei größterem Wohnungsangebot mit anderen Familien zusammenwohnen würden. Man kommt also zu dem Ergebnis, daß wir, abgesehen von der Deduktion des laufenden Bedarfs, in Freital 600 neue Wohnungen brauchen.

Wieviel Elend enthält diese nackte Zahl! Bilder von Krankheit, zerbrochenem Eheglück, verkümmertem Jüngend, untergeordneter Stellung, Familienzwist entrollen sich, von denen der Aufhebende sich keine Vorstellung machen kann. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, als täglich die Klagen dieser überhäuserten Bevölkerung zu vernahmen, diese nachdrücklich helfen zu können. Ein paar nüchternen Zahlen mögen die Not wenigstens andeuten. Wenn man als normale Belegung der geräumigen Wohnungen eine Person ansetzt, so sind von 218 Einzelwohnungen 142 normal, 71 übernormal belegt. Bei 2 Zimmern ohne Küche (normal 2 Erwachsene oder 1 Erwachsener, 1 Kind) sind von 130 Wohnungen 81 normal, 49 übernormal belegt. Bei 2 Zimmern ohne Küche (normal 2 Erwachsene oder 1 Erwachsener, 1 Kind) ist das Verhältnis 43 Wohnungen zu 479 übernormal, von 4877 Stube-Kammer-Küche-Wohnungen (normal 2 Erwachsene und 1 Kind) sind nur 1377 normal und 2985 übernormal belegt. Bei 2 Stuben, Kammer, Küche haben 980 normal belegten 1306 übernormal belegte Wohnungen gegenüber.

Nach schwärzeren Bildern ergeben sich, wenn man der Personenzahl in den einzelnen Wohnungen weiter nachsieht. Ein Zimmer mit Küche ist in drei Fällen von 6, in 2 Fällen von 8 und in einem Fall mit 9 Personen bewohnt. In 2 Zimmern ohne Küche bewohnen einmal 5 Personen, 2mal 6 Personen, 7mal 7 Personen, 4mal 8 Personen und 3mal 10 Personen. Die Stube-Kammer-Küche-Wohnungen sind belegt von 9 Personen und 3mal 10 Personen. Die Stube-Kammer-Küche-Wohnungen sind belegt 8mal mit 5 Personen, 19mal mit 6 Personen, 9mal mit 7 Personen, 2mal mit 8 Personen, 1mal mit 9 Personen, 1mal mit 10 Personen. Zwei Stuben, Kammer, Küche weisen eine Belegung auf von 24mal mit 6 Personen, 123mal mit 7 Personen, 33mal mit 8 Personen, 37mal mit 9 Personen, 11mal mit 10 Personen, 8mal mit 11 Personen, 4mal mit 12 Personen, 1mal mit 13 Personen, 1mal mit 14 Personen.

Das ist nicht mehr Wohnungsnot, das ist Wohnungsnot im schlimmsten Art. Schwere Krankheit und gesundheitliche Schäden sind dieses Zusammenbrängen der Menschen zur Folge. Wohnen, Kochen, Schlafen, alles muß in einem Raum geschehen. In es nicht übertrieben, daß es Schicksale gibt, in denen 10 Personen schlafen müssen? Und da nicht jede Frau von Schamgefühl zurückgehalten, zumal, wenn noch die Betten nicht ausreichen? Gerade die Bettentat ist ein Kapital, dem man von Standpunkt der Wohlfahrtspflege aus die größte Aufmerksamkeit schenken muß. Wir haben 2085 Wohnungen festzustellen, in denen die Bettenzahl unzureichend ist. Ein Schlafzimmer mit 4 Betten ist bestimmt für 4 Erwachsene und 6 Kinder beiderlei Geschlechts, ein anderer mit 4 Betten für 7 Erwachsene und 6 Kinder, ein solcher mit 5 Betten für 6 Erwachsene und 4 Kinder. Wir haben 1888, in denen sich 7 Personen in 3 Betten, in 1889 8 Personen in 2 Betten teilen. Von den 4877 Stube-

Freitaler Klimpel

Was nicht verschwiegen werden darf. — Die dankbaren SPD-Stadträte und die loyale Gabe des Herrn Vöfel. — Das soziale Empfinden des Bürgermeisters. — Wie die Freitaler Wohnungen verkauft werden.

Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung für den Kreis Freital haben die Gemeindevorstände über alle Angelegenheiten, die ihnen amtlich bekannt werden, und zu deren Geheimhaltung sie verpflichtet sind, strengste Verschwiegenheit zu beobachten. Die Beschlüsse der öffentlichen Versammlungen und der geheimen Ausschüsse sollen der Öffentlichkeit verborgen bleiben. In der letzten Sitzung vor den Sommerferien hielt es der Vorsitzende des Freitaler Stadtrateskollegiums, Herr Weig, auf Anregung des Rates für notwendig, darauf hinzuweisen, daß im Wiederholungsfall gegen diese Bestimmung verstößt werde, gegen den betreffenden Stadtratskollegen vorgegangen werden müsse.

Was war der Grund zu dieser Erklärung?
In einer Sitzung des Finanzausschusses fand ein Antrag des Schulausschusses zur Beratung, in dem die Bereitstellung von Mitteln verlangt wurde, um in dem städtischen Gebäude Wehrstraße 28 für die Wohnung des Arbeiters Starke durch Ausbau eines bisher unbewohnten Raumes ein Zimmer zu gewinnen. Starke bewohnt mit seiner Frau und zwei Kindern in diesem Hause eine Zweifamilienwohnung. Mit der Annahme dieses Antrags wäre Starke in die glückliche Lage versetzt worden, nun endlich eine Küche zu erhalten. Er erklärte sich bereit, die Kosten für die Aufstellung eines Ofens zu tragen, während die Stadt die übrigen Kosten übernehmen sollte. Das würde für die Stadt eine Belastung von etwa 200 Mark ergeben haben. Starke war auch damit einverstanden, für die so verbesserte Wohnung jährlich 28 Mark Miete zu zahlen.

Die Stadt hätte bei Durchführung dieses Antrages nicht nur den Mieteinnahme ihrer Wohnung erhöht, sondern darüber hinaus eine an Mietnehmer grenzende Bezahlung des dafür angelegten Kapitals erhalten.

Ganz abgesehen davon, daß es die Verpflichtung der Stadt war, die geradezu jämmerlichen Wohnverhältnisse dieses Mieters zu verbessern. Alle diese Begründungen, die von kommunistischer Seite für diesen Antrag gegeben wurden, hätten jedoch nichts. Der Sozialdemokrat Klimpel empfahl, den Antrag abzulehnen. Nach unersichtlicher wird diese unsoziale Haltung, wenn man weiß, wie die Wohnungsmotiviert wurde. Herr Klimpel erklärte, daß die Haushaltsplanmäßigen Mittel für die Instandhaltung dieses Grundstücks bereits verausgabt seien und die notwendigen Kosten eine Überbelastung des Haushaltsplans darstellen, die er als stellvertretender Finanzdirektor bei der schwierigen Finanzlage der Stadt nicht verantworten könne. (1) Die Herstellung des Zimmers müsse eben um ein Jahr verschoben werden.

Was geht auch Herrn Klimpel die jämmerliche Wohnung eines Bergarbeiters an, der mit seinen zwei Kindern und seiner Frau in zwei elenden Wölkern hausen muß? Die bürgerlichen Mitglieder des Finanzausschusses traten in dieselbe Horn. Von diesen Vertretern der Hausbesitzerinteressen konnte man selbstverständlich nichts Besseres erwarten. Daß aber der Sozialdemokrat Klimpel eine solche Stellung einnahm,

um in einer späteren Sitzung den Hausbesitzern mindestens 200 Mark aus dem Ertrag der Mietzinsteuer der städtischen Grundstücke zur Reparatur ihrer Häuser zur Verfügung zu stellen,

das kennzeichnete die „soziale“ Einstellung dieses angeblichen „Arbeitersvertreter“.

Der Finanzausschuss beschloß mit den kommunistischen Stimmen und der Mehrheit der sozialdemokratischen Vertreter gegen Herrn Klimpel und die Bürgerlichen. Herr Klimpel gab darauf eine Erklärung zu Protokoll, daß er im Interesse der ordnungsgemäßen (?) Durchführung des Haushaltsplanes und mit Rücksicht auf die städtischen Finanzen diesen Beschluß nicht billigen könne. — Was das zu bedeuten hatte, sollten die Ausschussmitglieder bald erfahren. Wie über alle Ausschlußbeschlüsse, mußte auch hierüber der Rat entscheiden.

Was tat aber der Rat?
Eigentlich hätte man erwarten können, daß der Rat mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit dem Beschlusse des Finanzausschusses beitrete. Der Rat aber zeigte auch in diesem Falle sein wahres Gesicht.

Er beschloß gegen die Stimmen des Stadtrates Röhler, den Beschluß des Finanzausschusses abzulehnen.

Dafür stimmten sämtliche bürgerliche und sozialdemokratische Ratmitglieder. Der Rat setzt sich zusammen aus

5 Bürgerlichen, 5 Sozialdemokraten, 1 Kommunisten und dem Parteileiter Schusch. Da Dr. Weidertap in dieser Sitzung nicht anwesend war, genügten die 5 Sozialdemokraten und ein Kommunist, um diesen Antrag auf jeden Fall durchzusetzen. — Doch was kümmern sich die sozialdemokratischen „Katscheren“ um die Beschlüsse eines Ausschusses. Man glaubt, den Stadtratskollegen auf der Nase herumtanzen zu können. Herr Klimpel fekte seinen Willen durch.

Die lumpigen 200 Mark für die Verbesserung einer Arbeiterwohnung wurden abgelehnt.

Ein ähnliches Stückchen leistete sich Herr Klimpel in der Finanzausschusssitzung vom 17. Juni, indem er vorschlug, aus den Haushaltsplanmäßigen Mitteln 500 Mark zu bewilligen, um dem Mieter Kaabe, der nach Schließung der Wohnung keine Wohnung abzugeben will, die er im Hause des Herrn Köhler, Freitaler-Strasse, Katerstraße 1, bewohnt. — Der Stadtratskollege Schneider hatte sich bereit erklärt, die von Kaabe geforderten 1000 Mark für diese Wohnung zu zahlen, wenn die Stadt sich bereit erklären würde, 500 Mark dazuzugeben.

Im Finanzausschuss wurde dieser Vorschlag Klimpels mit den Stimmen des SPD-Stadtrates Schusch und der bürgerlichen Vertreter beschlossen. Von den übrigen SPD-Ausschussmitgliedern stimmte nur Schuchmann mit den Kommunisten, während der links Wernert seinen Parteifreund Klimpel dabei unterstützte, dem Wohnungsmarkt eine Wohnung zu entziehen.

Dieses skandalöse Verhalten zu verheimlichen, wäre ein Verbrechen gewesen. In einem Aufsatze der „Arbeiterstimme“ vom 19. Juni wurden diese Dinge an das Licht der Öffentlichkeit gebracht. Das war die Ursache, die Herrn Weig veranlaßte, anzukündigen, im Wiederholungsfall dieses „Verbrechen“ strafrechtlich zu verfolgen.

Für die kommunistischen Stadtratskollegen aber war diese Angelegenheit mit dem Beschluß des Rates noch nicht erledigt. In der Sitzung des Kollegiums vom 24. Juni wurde von der SPD-Fraktion erneut beantragt, die geforderten Mittel für die Wohnung Starke's bereitzustellen. Das war Herrn Klimpel natürlich unangenehm. Noch einmal gebrauchte er die lenkhabare Ausrede, daß der Antrag Konsequenzen habe und den Haushaltsplan „gefährde“. Seine jämmerliche Verschleißrede, die selbst seinen Fraktionskollegen äußerst unangenehm wurde, gab der SPD-Fraktion Gelegenheit, durch ihren Sprecher, Herrn Klimpel einige bittere Wahrheiten zu sagen.

Schlüssig überprüft und äußerst verlegen war nicht nur Herr Klimpel mit seinen Katscheren, sondern auch die gesamte SPD-Fraktion, als der Revisor der RSD das Gehörnde dem Bürgermeisters damit widerlegte, indem der Rat, der die geringen Mittel zum Ausbau einer Arbeiterwohnung ablehnt, aber bereit war,

dem Renegaten Vöfel aus städtischen Mitteln eine loyale Gabe für 100 Mark

zu leisten. Dieser Feststellung wurde von Herrn Klimpel nicht widersprochen. Man merkte ihm deutlich seine Verlegenheit an. In der SPD-Fraktion herrschte ob dieser Mitteilung heftige Verzerrung.

Es stellte sich heraus, daß die SPD-„Katscheren“ ihren Fraktionsgenossen diesen Ratbeschluß verschwiegen hatten.

Herr Klimpel war nicht wohl zumute. Sein unsoziales Verhalten in der Wohnungsangelegenheit Starke's und seine dankbaren Gefühle dem Renegaten Vöfel gegenüber enthielten sein wahres sozialdemokratisches Gesicht.

In dieser Situation kamen ihm die Bürgerlichen zu Hilfe. Herr Steider beantragte, die Angelegenheit nochmals an den Rat zu verweisen. Obwohl die Sachlage vollkommen geklärt war, stimmten die Sozialdemokraten unter Werts Führung mit den Bürgerlichen für die Verweisung und verhinderten somit die sofortige Erzielung im Sinne des kommunistischen Antrages. Nur 4 Sozialdemokraten, Arnold, Schuchmann, Wernert und Stuzner brachten laute Proteste auf, mit den Kommunisten zu stimmen. Herr Klimpel aber war gerötet — er atmete heftig und schickte auf. So wie er sich gerötet — er atmete heftig und schickte auf. So wie er sich gerötet — er atmete heftig und schickte auf.

die gesamten Erträge der Mietzinsteuer in eigener Regie zu verbauen und außerdem eine Anteile in der Höhe des gleichen Betrages aufzunehmen. Dieser Antrag wurde von den Hausbesitzern bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt, obwohl es in der SPD-Fraktion eine ganze Anzahl Stimmen gab, von denen man weiß, daß sie mit der Politik der Fraktion gerade in der Frage des Wohnungsbaus nicht einverstanden sind. Aus den Mitteln der Mietzinsteuer erhielten nun auch die privaten Bauaufwender Gelder, damit sie sich recht angenehme und billige Wohnungen auf Kosten des übrigen Freitalers errichten konnten. Es wurde dabei von diesen Fraktionen gefordert, es müßten ja dann die Wohnungen frei, die von den privaten Bauaufwender geräumt würden. Alle die Projekte also in das noch lange gut genug, was den anderen nicht mehr paßt. Wie die freizubehaltenen Wohnungen aber beschaffen sind, darum kümmert sich niemand. Nicht viel besser sieht es mit den neuerrichteten Wohnungen an der Wehrstraße in Freital-Duden aus. Die Wohnungen haben fast durchschnittlich nur 4 qm Wohnfläche. In dem oben erwähnten amtlichen Bericht wird darauf hingewiesen, wieviel Familien in engen Stocken zusammengepöckelt wohnen müssen, und die von der Stadt erbauten Wohnungen an der Wehrstraße sind gerade so groß, daß sie im günstigsten Falle von 4 Personen bewohnt werden können. Für die gesundheitlich und sittlich gefährdeten Familien wird damit eine Besserung ihrer Lage nicht erreicht. Schon im Sommer dieses Jahres war die Stadt Freital nicht mehr in der Lage, die durch Gerichtsurrteil auf die Straße gelegten Mieter unterzubringen, da glaubte man, dem Zustand mit dem Bau von Baracken Abhilfe schaffen zu können.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde damals der Bauentwurf beschlossen und damit dem Vorgehen der Hausbesitzer gegen die Mieter Vorlauf geleistet. Eine ist schon heute klar, von den Befehlenden und Befehlten Kreisen wird niemals irgendeine Baracken bewohnen.

Tanzer und immer wieder werden es die Kerntzen der Armen sein. So glaubt die Sozialdemokratische Mehrheit im Rat und im Kollegium Wohnungslosigkeit in Freital machen zu können. Die Freitaler Wohnungslosen und alle diejenigen, die die Auswirkungen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Gemeindepolitik an eigenen Leiden verspüren, werden darauf am kommenden Sonntag ihre Antwort zu erteilen haben mit der Abgabe eines Stimmzettels für die

die gesamten Erträge der Mietzinsteuer in eigener Regie zu verbauen und außerdem eine Anteile in der Höhe des gleichen Betrages aufzunehmen. Dieser Antrag wurde von den Hausbesitzern bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt, obwohl es in der SPD-Fraktion eine ganze Anzahl Stimmen gab, von denen man weiß, daß sie mit der Politik der Fraktion gerade in der Frage des Wohnungsbaus nicht einverstanden sind. Aus den Mitteln der Mietzinsteuer erhielten nun auch die privaten Bauaufwender Gelder, damit sie sich recht angenehme und billige Wohnungen auf Kosten des übrigen Freitalers errichten konnten. Es wurde dabei von diesen Fraktionen gefordert, es müßten ja dann die Wohnungen frei, die von den privaten Bauaufwender geräumt würden. Alle die Projekte also in das noch lange gut genug, was den anderen nicht mehr paßt. Wie die freizubehaltenen Wohnungen aber beschaffen sind, darum kümmert sich niemand. Nicht viel besser sieht es mit den neuerrichteten Wohnungen an der Wehrstraße in Freital-Duden aus. Die Wohnungen haben fast durchschnittlich nur 4 qm Wohnfläche. In dem oben erwähnten amtlichen Bericht wird darauf hingewiesen, wieviel Familien in engen Stocken zusammengepöckelt wohnen müssen, und die von der Stadt erbauten Wohnungen an der Wehrstraße sind gerade so groß, daß sie im günstigsten Falle von 4 Personen bewohnt werden können. Für die gesundheitlich und sittlich gefährdeten Familien wird damit eine Besserung ihrer Lage nicht erreicht. Schon im Sommer dieses Jahres war die Stadt Freital nicht mehr in der Lage, die durch Gerichtsurrteil auf die Straße gelegten Mieter unterzubringen, da glaubte man, dem Zustand mit dem Bau von Baracken Abhilfe schaffen zu können.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde damals der Bauentwurf beschlossen und damit dem Vorgehen der Hausbesitzer gegen die Mieter Vorlauf geleistet. Eine ist schon heute klar, von den Befehlenden und Befehlten Kreisen wird niemals irgendeine Baracken bewohnen.

Tanzer und immer wieder werden es die Kerntzen der Armen sein. So glaubt die Sozialdemokratische Mehrheit im Rat und im Kollegium Wohnungslosigkeit in Freital machen zu können. Die Freitaler Wohnungslosen und alle diejenigen, die die Auswirkungen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Gemeindepolitik an eigenen Leiden verspüren, werden darauf am kommenden Sonntag ihre Antwort zu erteilen haben mit der Abgabe eines Stimmzettels für die

Liste 2



Arbeiter Sportler
geben am 14. November ihre Stimme ab für die Liste 2 und wählen ihre Sportgenossen Paul Schlicke Arno Stenzel Willy Gruhl

die am aussichtsreichsten Stelle der Liste der kommunistischen Partei stehen. Kein Sportgenosse darf die Wahl veräußern. Arbeiter Sportler stimmen für die Liste 2, beginnend mit dem Namen Koch — Künzelmann — Frau Hilfinger! Noch — Künzelmann — Frau Hilfinger!

Bürgermeister Klimpel „Heilpädagogist“

Befand sich da im südlichen Waldheim ein aufgeweckter braver Junge, ein Arbeiterkind, der das Unglück hatte, eine Mutter zu haben, die infolge der herrlichen „von Gott gewollten“ Verhältnisse trübsinnig geworden war. Das Waldheim heißt dem Knaben das Jenseits einer außerordentlich guten Führung aus; auch in der Schule erhielt er, seinen Leistungen und seiner Begabung entsprechend gute Leistungen und er bezieht sich zu der Erwartung, ein guter und brauchbarer Mensch zu werden.

Da bekommt unser Herr Bürgermeister Klimpel, der bekanntlich stets „fort überläßt“ ist, einen gottbegnadeten Gedanken; er will dem Jungen „Heilpädagogist“ angeheften lassen. Warum auch nicht, wo doch Kreital auf allen Gebieten „fortschrittlich“ ist und „Heilpädagogist“ ist unbestritten ein modernes Problem! Also muß der Junge zur heilpädagogischen Untersuchung, er konnte erbitzt belästigt sein.

Was kümmert sich da Herr Klimpel um den Waldheimansatz und den Knaben für Jugendwohlfahrt? Warum soll man den in Kreital nicht auch einmal gegen den Willen der herrlichen Ausschüsse handeln und modernisieren, also, her mit der „Heilpädagogik“, der Junge muß noch — Bräunsdorf!

Doch dem Knaben schwant nichts Gutes, er sträubt sich, er will nicht nach Bräunsdorf, wohnt die korrekturenbedürftigen Forderungsentwürfe gebracht werden. Doch es gelingt, man überredet und zwingt ihn, er braucht keine Anstaltsleiter zu tragen und braucht auch nicht zu arbeiten usw. Man malte ihm ein Paradies und schickte der Knabenphantasie alles in schönen Farben.

Doch siehe da, — kaum war der Junge in Bräunsdorf angekommen, so wurde man ihm mitten unter die Fingergeländer, zog ihn selbstständig die Anstaltsleiter an, zwang ihn zu schwerer Feldarbeit, — und machte ihn also zum vollständigen Fingergeländer.

Einige Wochen später Der Junge kommt aus der „heilpädagogischen“ Einrichtung zurück, in der Tat ein Gutachter, das, wenn ich — der Nachwelt erhalten zu bleiben. In dem Gutachten heißt es:

1. Seinen Leistungen gegenüber zeigte er sich mäßig. (Was für ein Wunder, wenn ein gesunder, lebensfroher Junge zum Sträfling degradiert wird, ohne irgend etwas ausgerechnet zu haben? Da soll er wohl noch lustig, sibel und dankbar sein? Die Red.)

2. Bei der Feldarbeit sei er laut gewesen. (Verständlich, wenn man weiß, daß der Junge wider seinen Willen und ohne Recht dazu gezwungen wurde. Die Red.)

3. Bei häuslichen Arbeiten habe er sich als fleißig erweisen. (Ka also. Damit war er schon im Waldheim beschäftigt und fand Freude daran. Die Red.)

Dann befaßt sich das Gutachten mit der künftigen Entwicklung des Knaben und es heißt dann sinngemäß, daß, wenn die Verhältnisse, unter denen der Knabe leben würde, sich so gestalten, dann würde er sich so entwickeln, würden sie aber anders, dann würde er sich anders entwickeln.

Zu vieler Anhaltlosigkeit mag man wirklich nicht, was man jagen soll. Dazu brauche man also die Analyse der „heilpädagogischen“ Abteilung in Bräunsdorf.

Wozu hat nun eigentlich Herr Klimpel den Jungen nach Bräunsdorf geschickt? Beantworte man dort vielleicht billige Arbeitskräfte und wandte man sich etwa deshalb an den Hilfsberei-

ten Herrn Klimpel? Oder aber, was es nur ein Hundstagenbunde eines „modernen“ Bürgermeisters, geboren aus der „sozialen“ Erziehung? Wenn diese Vermutungen nicht zutreffen sollten, dann darf man sich wohl die Frage erlauben, ob etwa Herr Klimpel auf dem Standpunkt liegt, daß Sozialreformer zu solchen Experimenten gerade noch gut genug sind.

Bannwitz. (Die Sozialdemokraten den Sozialistischen Vorwurf leisten!) Als ungetrübter König von Bannwitz spielt sich der Bezirksleiter der Sozialdemokratischen Partei anlässlich der kommenden Gemeinderatswahlen aus. Die SPD beantragte bei der SPD Rückübernahme, um dadurch den Bürgerlichen ein Mandat abzurufen. Aber Herr Speigler erklärte in der Sitzung, daß die SPD keine Verbindung mit der SPD eingehen will bei der letzten Wahl auf den Posten getreten hat. „Wählt keine SPD, sondern KPD!“ (Einfach gesprochen „politisch“) Ueber diese Haltung sind auch die „Politik“ in der SPD empört. Und wurde von mehreren SPD-Genossen und Gemeinderatsmitgliedern erklärt, daß auf ihrer geheimen Anhänger der KPD stehen. Soll man sich darüber wundern? Es ist doch u. a. möglich, daß ein „sozialistischer“ der SPD, Herr Schloffer, Austräger und Abonnentennummer der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ als Arbeiterleiter, Invaliden und Witwen, Einwohner von Bannwitz! Nicht eure Schiffe aus dieser grundsätzlichen Haltung! Gebt am 11. November der SPD und den Sozialreformer die richtige Antwort und gebt eure Stimme nur der SPD, Walter Scholz — Paul Simon — Otto Müller — Paul Reiche!

Oder aller Mütter!

Wer Zeit und vornehmlich auch sachlich beraten sein will, kauft

**Puppen jeder Art
Puppenwagen
alle Spielwaren
Spieltiere
Puppenkleidung**

nur im

Puppenhaus Schmidt
Dresden, Annenstraße 10, 1. Stock
(am Postplatz)

Märchenhaft große Auswahl! Bekannt niedrige Preise!
Eigene Puppenfabrikation. Gegr. 1894

Puppen-Reparaturen baldigst erbeten



Rumbo ist Trumpf

für alle weitsichtigen Hausfrauen. Sie haben erkannt, daß nur reine Vollseifen-Weiche vor vorzeitigem Verschleiß bewahren. Sie besitzen deshalb zur Weiche Rumbo-Seife im Karton und 2 Hauptpflege die Rumbo-Fan-Seife.

Rumbo-Seifen-Werke, Gebr. Rumberg, Freital

Central-Apotheke
FRANZ WEISS
Ferial 508

Freital Untere Dresdenstraße 119

Allopathie, Homöopathie, Biochemie
Medizinisch-pharmazeutisches Laboratorium
Anfertigung sämtlicher Krankenkassenrezepte

Die vorzüglichen Döhlener Biere

Man verlange überall

Walters Tee-Butter
für Qualität bürgt der Name. Für Händler und Bäckereien beste Bezugsquelle von Butter und Quark.
Molkerei Ferial-Z.

Arbeiter!
kauf bei den
Inserenten
der
Arbeiterstimme

„Puppen-Klinik“
Neubild in:
Babys, Schuhen, Puppenperücken
Köpfen, Puppen-Reparaturteilen

Franz Lippmann
Deuben-Freital
Obere Dresdenstr. 91

Wo wähle ich
meine Zigarren, Zigaretten, Tabake, sowie Pfeifen u. deren Ersatzteile, nebst Papierwaren u. Schokolade
nur bei
M. Knobloch
Freital-Burgk, Burgkerstr. 44 (am Huthaus).

Beider Wahl

Ihrer Augengläser berätet Sie fachmännisch

Optiker
Burghaus
FREITAL,
Gegenüber dem Theaterhaus

Eulen-Apotheke
Bittersee
Fernsprecher 41014

Anfertigung sämtlicher Kassenrezepte

Richard Hesky
Schuhhaus
Freital-Golschappel
Untere Dresdenstraße 87
Fernsprecher Freital Nr. 189

Qualitäts-Schuhwaren
Damen-Strümpfe

Talschänke / Kaitzbachtal
empfiehlt sich einer gereinigten Beachtung
Dreh- und Dillordimmer Otto Köhler

Bettfedernhandlung
H. Brühl
Gesellschaft
Kauf: Freital 508

Sechsteilstraße 4
Echt böhmische Bettfedern / Damen / Inters
Dampfreinigung

Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren mit Motorbetrieb

Warum so billig?

Weil ich gegen Käse günstige I. der Fabrik einkaufe

Warme Stoffe für Hauskleider 1,25
einfarb. her. u. gestrich. 2,10, 1,80, 1,75

Pulloverstoffe die große Mode, große Auswahl 0,95
2,90, 2,40, 1,90, 1,80, 1,60

Woll-Blusenstoffe hübsche Smetten und Karos 1,75
2,90, 2,80

Mantelstoffe glatt u. gestrichelt, haltbare Qualitäten 3,30
5,75, 5,30, 4,50

Kleider-Popolina reine Wolle, gepolterte, moderne Farben 1,95
3,10, 3,75

Waschsamt in Körperweite 2,80

Herrenstoffe gute Schweizerware, ca. 145 breit 3,60
7,00, 6,50, 4,80

Crêpe de Chine reine Seide, in breiten 4,80
10,80, 9,30, 7,90

Barchent-Bettuch weiß und farbig, volle Größen 0,95
4,80, 5,90, 5,90

Weil ich niedrig. Unkolten und große Umsätze habe

Rohnessel für Bettbezüge, 16 cm breit, dicke gute Ware 0,46
140 cm breit 0,55

Bettlinon erstklassige Ware 0,68
80 cm breit 1,14
130 cm breit 1,55

Stangenteilen erprobte Qualität 0,95
80 cm breit 1,55
130 cm breit 2,10

Bettuch-Dowls gute Qualität, 130 cm breit 1,85

Bettlinett federweich, farberhell 1,50
80 cm breit 2,10
130 cm breit 2,80

Hemdentuch reinwollig 0,39
60, 65, 70

Körperbarchent weiß und farbig, hochwertige Ware 0,68
1,50 0,50

Hemdenbarchent doppelt, doppelt, 0,58
1,50, 1,60, 1,70, 1,80

Schlösserbarchent gut waschb. 0,88
1,15, 1,50

Kamea-Schlafdecke warm, weich, geräumt 4,75
140, 200

Webergasse 1 Dresden
Zeimann Ecke Altmarkt

Felix Petzold, Tharand
Manufaktur-, Modewaren- und Konfektions-Haus
Kleiderstoffe — Seiden — Baumwollwaren
Damen-, Herren- und Kinderkonfektion
Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche
Bell-, Tisch- und Küchen-Wäsche
Gardinen — Decken — Bettfedern
Krawatten — Handschuhe — Strümpfe

Carola-Lichtspiele Döhlener Hof

Sonntag, den 14. November
Ein entzückend-lustiges Spiel aus der lehrreichen Kaiserstadt Wien

„Das süße Mädel“
Ein lustiges Spiel aus Wien-Grünz, beim Heurigen, mit schönen Frauen, gemütlichen Menschen und — — — eine böse Geschichte von Liebeskummer im Beiprogramm.
Deilig-Wochenschau
„Was viele nicht wissen“ „Er, als Feuerwehrmann“
Ab Dienstag, den 15. November
„Der Meineidbauer“

Vorteilhaftes Angebot!
Solange Vorrat reicht, jeden Qualitäts-Raucher beliebig

No. 44 Stück 10 \$ 100 St. 9.—
Edelblüten Stück 12 \$ 100 St. 11.—
Abendzauber Stück 15 \$ 100 St. 14.—
No. 16 Stück 5 \$

Paul Wenzel, Tharandt

Oskar Hartmann
Gittersee
Spezialitäten:
In Mastochsen- und Lammfleisch, 11 haus-schlachtene Wurstwaren, Aufschnitt, Salate und Sülzen

Sie wählen nicht
immer den richtigen Weg, wenn Sie Lampenschirm selbst an. Die Lampe ist leichter als Sie glauben. Die Anleitung dazu geben wir Ihnen gern und bereitwillig. Wir empfehlen dazu Gebilde in großer Auswahl und neuesten Modellen, alles nötige Zubehör, sofort

Lampenschirmseife
Mark 90, ca. 90 cm breit Mark 4,75
Vogel-Scheuch, Dresden
Frauenstr. 10, 1, gegenüber Stegmann

Bürgerkasino Dresden
Große Brüdergasse
Großes bayr. Bierfest

Oberlandkapelle Gebr. Polster. Erstklassiger Streich-, Blas- und Jazz-Musik. Kabarett-Passei usw. Anfang 7,30 Uhr. Wochentags nachmittags freier Eintritt

Dresdner Fischhallen U. G.

Webergasse 17 Ecke Quergasse
Telephon Nr. 21034, 24730 und 13455

Diele Woche besonders billige und gute **Geefische**

Stille Große Koalition perfekt

Schimpfliche Verschacherung der Erwerbslosen durch die SPD - Marx und Wels legen sich in den Armen

SPD-Arbeiter Sachsens, rechnet am Sonntag mit den Verrätern ab: Wählt nur Kommunisten!

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.)

Während nachmittags Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Sozialdemokratischen Vertretern stattfanden, wurden die Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Sozialdemokratischen Vertretern...

In den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Sozialdemokraten wurde gleichzeitig eine dahingehende Verständigung erzielt...

So kommt darauf an, die Regierung vor dem Abgleiten nach rechts zu bewahren. Würden wir uns eine Fühlungnahme verweigern, so wäre sie ganz naturgemäß genötigt...

Der „Vorwärts“ meint dann, von Arbeitsgemeinschaft oder stiller Koalition zu sprechen, ist falsch und die Persönlichkeiten der Sozialdemokratie gehen nicht weiter, als bis zu Verhandlungen...

„Der Wille der Koalition ist dahin zusammenzufallen, daß sie ihre Tätigkeit so einrichtet, daß der Eintritt der Deutschen in die Regierung zu verhindern.“

Um der SPD Gelegenheit zu geben, ihre Haltung mit Konsequenzen zu bekräftigen, einigte man sich über ganz ungewöhnliche Verhandlungen in der Krisenlösung. Es sollen auch die schon seit 1. April 1926 ausgeübten, sowie die von der Erwerbslosenkommission als bedürftig anerkannten Erwerbslosen das Recht haben...

Die Regierung und die SPD ständen in der heutigen Reichsregierung die Vorlage zur Krisenlösung in erster Lesung durchzusetzen, dann soll die Vorlage in den Sozialpolitischen Ausschüssen gehen und am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung erledigt werden.

Die Kommunisten werden den Kampf für die Erwerbslosenforderungen trotz des abnormalen Heberlaufens der SPD mit größter Zähigkeit fortführen.

Die sozialdemokratische Führerschaft hat also gewagt, den Kampf zu vollziehen, den die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ganz Deutschland und vor allem die linken sächsischen SPD-Arbeiter inheftig noch gestern für unmöglich hielten. Von Marx und Wels und Scheidemann an einschließen, als sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteikommunisten und der preussischen Landtagsfraktionen den Hohenzollernraub durchführten, der Kurs der unbedingten Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat ohne alle Zugeständnisse...

Arbeitsgemeinschaft mit den Marx und Hindenburg - das bedeutet Gemeinschaft mit der Regierung des Reichspräsidenten, des Zolls- und Steuerwuchers, der Wahlrechtsverfälscher, des Diktaturgeistes Gemeinschaft mit der Regierung der schwarz-weiß-roten Flagenverordnung, der monarchistischen Schandjustiz und der Schwarzen Reichswehr!

Ein Scheitern der Empörung wird durch die Reaktionen der Erwerbslosen gehen, deren Forderungen schon angenommen sind und jetzt doch durch den Betrug der Sozialdemokratie wieder unter den Tisch fallen sollen. Ein Scheitern der Empörung muß die Antwort auch bei allen übrigen Schichten der Werktätigen sein.

Abrechnung mit der Partei des Betrugs, Abrechnung mit der Partei des Schachers, Sammlung unter der roten Fahne des Kommunismus: das muß die Lösung für jeden sozialdemokratischen Arbeiter in ganz Deutschland sein!

Die Wahl am Sonntag gibt den sächsischen Arbeitern die Möglichkeit, Gericht zu halten über das schimpfliche Verschacheren der SPD-Führerschaft.

Keine Stimme der Partei, die die Erwerbslosen schamlos verkauft!

Keine Stimme der Partei, der Bettgemeinschaft mit den Hindenburg und Marx, den Geßler und Küß!

Alle Stimmen den Kommunisten!

Die Regierung muß zurüdtreten

Die Forderung eines SPD-Blattes

Die sozialdemokratische „Volkstimme“, Frankfurt a. M., schreibt am 9. November im Anschluß an die letzten Verhandlungen im Reichstag:

„Die Reichsregierung ist... nicht nur über eine Tagesangelegenheit geklopft. Sie ist wiederholt in sächsischen Verhandlungen in der Minderheit geblieben. Ihr Rücktritt ist ein Gebot des parlamentarischen Systems.“

Wenn dagegen gelangt wird, die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags oder der Rücktritt der Regierung würde die Erwerbslosen schädigen, da dadurch die Auszahlung jeder höheren Unterstützung verzögert würde, so ist das nicht mehr als eine Ausrede (Diele Ausrede ist die einzige Begründung, die die SPD-Presse für die Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen Brauns angeben kann. Die Red.), um einer klaren Alternative auszuweichen. Zunächst liegt aber auch in einer Verzögerung keine Notwendigkeit vor, denn der sozialdemokratische Antrag ist angenommen und muß sofort durchgeführt werden. Die Regierung hätte zurüdtreten. Wenn sie bleibt, muß sie jedenfalls den Beschluß des Reichstages vernichten.

Noch ein anderer Einwand sei gleich widerlegt, der Einwand, daß eine Regierungsteile im Augenblick zu nichts führen würde. Möglich. Aber entweder hat man das parlamentarische System, oder man hat es nicht. Wir haben es angeblich, folglich muß man sich auch danach richten.

Eine Regierung, die in der Minderheit geblieben ist, hat dann zurückzutreten.“

Dieses Blatt hat so eine dunkle Ahnung, daß die „parlamentarische Demokratie“ nichts als Schwindel ist. Der Arbeiter und richtiger werden die Arbeiter feststellen, daß wir in Deutschland nichts anderes haben als die

und die Diktatur des Großkapitals, ausgeübt durch die Regierung Marx.

Der bürgerliche Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie bestehen aber darin, daß auf den Willen des wertvollen Volkes geachtet wird, und die Befehle des Großkapitals ausgeführt werden.

Die sächsischen „linken“ SPD-Führer wagen samt ihrer Presse nicht, gegen die schamhafte Politik der SPD im Reichstag gegen die Verschacherung der Erwerbslosen für Ministerkriege aufzutreten. Die Arbeiter und Erwerbslosen Sachsens werden ihnen deshalb am Sonntag die verbiente Antwort auf diese Selbstberichtigung mit den Verrätern im Parteivorstand und deren Bühen um die Große Koalition geben.

Die Gemeindearbeiter vor dem Streik!

Gemeindearbeiter! Wählt Kommunisten ins Rathaus!

Die sächsischen Gemeindearbeiter stehen vor einem schweren Lohnkampf. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, jenes Gebilde, in dem die reaktionären Bürgermeister und ihre Vertreter im Interesse der kapitalistischen Gemeinde bestrebt sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter herabzudrücken und niedrig zu halten, planen einen neuen Anschlag gegen die sächsischen Gemeindearbeiter. Es ist der Ehrgeiz dieser reaktionären Gesellschaft, nicht hinter den Streik der industriellen Arbeiter zurückzutreten. Was die

Privatindustrie unter brutaler Ausnutzung ihrer Vormachtstellung mit Hilfe der amtlichen Schlichtungsinstanzen und durch die feige Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer durchzuführen in der Lage waren, soll nunmehr bei den Gemeindearbeitern erzwungen werden. Die letzte Lohnregelung der Gemeindearbeiter erfolgte im Juni 1925.

Was ist mit Sturna?

In der „Freitaler Volkszeitung“ vom 10. November finden wir folgende Mitteilung:

Ein Wahlmandat?

Gegen den Stadtverordneten Sturna werden von verschiedenen Seiten Gerüchte verbreitet, die ihn in seiner Tätigkeit als Wohnungsausschuh-Mitglied herabsetzen. Um diesen Gerüchten entgegenzutreten, sind wir vom Genossen Sturna ermächtigt, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Hiermit nehme ich die beschildigten Äußerungen, die ich gegen Herrn Kurt Sturna gebraucht habe, mit Bedauern zurück. Dieselben entstehen jedes Beweises.

Gg. Paul Lange, Freital-Deuben.

Sollten die Gerüchte trotz dieser Erklärung nicht verstummen, so würde ich Genosse Sturna veranlassen, gegen die Verbreiter dieser Gerüchte gerichtliche Vorzugehen.

Diese Mitteilung der „Freitaler Volkszeitung“ muß selbstverständlich unter der Arbeiterschaft Freitalts lebhaften Aufsehen erregen. Ist es wirklich ein Wahlmandat? Wer hat daran Interesse, Herrn Sturna unläutere Dinge nachzusagen?

Wenn die Volkszeitung am Schluß der Erklärung des Stadtverordneten Sturna erklärt, daß „gegen die Verbreiter dieser Gerüchte gerichtliche Vorzugehen wird, dann interessieren gewiß auch folgende Tatsachen: Es war ein sozialdemokratischer Stadtverordneter, der die angeblichen unläuteren Gerüchte, die gegen Sturna im Umlauf sind, in allen Einzelheiten über den Rahmen der Stadtverordnetenaktion der SPD hinaus verbreitete. Die Angelegenheit Sturna kontra Lange hat in der SPD-Stadtverordnetenfraktion bereits einmal zu einer lebhaften Aussprache geführt.

Vor etwa 4 bis 6 Wochen sah die Stadtverordnetenfraktion den Beschluß, daß der Stadtverordnete Sturna gegen den Beleidiger Lange, der ihn in seiner Eigenschaft als Wohnungsausschuhmitglied der Beschließlichkeit bezichtigt haben soll, gerichtliche Vorzugehen habe, oder aber sein Stadtverordnetenmandat niederlegen soll.

Soweit uns bis jetzt bekannt geworden ist, hat der Stadtverordnete Sturna weder sein Mandat niedergelegt, noch ist irgendwelches gerichtliches Verfahren gegen den Verbreiter Lange eingeleitet worden. Nachdem es Herr Sturna und der SPD-Fraktion bekannt war, daß die Gerüchte gegen Sturna bereits in die breitesten Öffentlichkeit gedrungen sind, wäre es Pflicht gewesen, sofort gegen die Verbreiter, also auch gegen die eigenen Parteigenossen und Stadtverordneten der SPD Stellung zu nehmen. Nach zirka 6 Wochen genügt es nicht, die Zurücknahme der beleidigenden Äußerungen durch den Kläger zu veröffentlichen.

Die Gerüchte gegen Sturna haben ihren Nährboden gefunden in der Tatsache, daß Sturna für die kommenden Stadtverordnetenwahlen nicht wieder als Kandidat aufgestellt worden ist.

Es ist selbstverständlich, daß in der Öffentlichkeit viele Tatsachen, die bereits vor der Veröffentlichung der amtlichen Wahlvorschlüge bekannt war, in Verbindung gebracht wurde mit dem gegen Sturna im Umlauf befindlichen Gerüchte. Es darf wohl erwartet werden, daß Herr Sturna sowohl als auch die SPD-Fraktion jetzt mit aller Gründlichkeit diese Angelegenheit behandeln.

Seit dieser Zeit ist keinerlei Lohnverbesserung für die Gemeindearbeiter in Kraft getreten, obwohl schon zur damaligen Zeit die vereinbarten Löhne in keinem Vergleich zur Gestaltung der Lebensverhältnisse standen. Inzwischen sind Mietpreiserhöhungen und Steigerungen der Lebensmittelpreise in erheblichem Ausmaß eingetreten. Während es in anderen Industrien unter dem Druck der Arbeiter möglich war, wenn auch geringe Lohnverbesserungen zu erzielen, wurden die Löhne der Gemeindearbeiter bis zum heutigen Tage auf der gleichen Höhe gehalten. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden lehnte die berechtigten Forderungen der Gemeindearbeiter brutal ab. Er fand dabei die Unterstützung der amtlichen Schlichtungsinstanzen. Durch Schlichtung wurden die bisher geltenden Löhne verlängert und auch jetzt wieder entschied sich die Bezirksschiedsstelle,

daß die jetzigen Löhne bis zum 31. März 1927 bestehen sollen.

Auch der Zentralausschuh lehnte jede Verbesserung der geltenden Löhne ab und entschied sich zu einer Tarifverlängerung bis zum 31. Januar 1927. Das ist eine so unerhörte Provokation der sächsischen Gemeindearbeiter, daß ihre Geduld am Ende ist. Das ist wieder ein Beweis dafür, daß auch der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, wenn es darum geht, die Arbeiter im Elend zu lassen oder sie noch tiefer hinabzulassen, ebenso brutal, genau so rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgeht, wie es Privatindustrielle tun. Das entspricht dem Wesen und dem Charakter der kapitalistischen Gemeinde, deren guthonorierte hohe Verwaltungsoberste in diesem reaktionären Arbeitgeberverband den Horrenlospunkt kapitalistischer Unternehmern zum Ausdruck bringen. Infolge des reaktionären Verhaltens des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden spielt sich der Kampf zu. Mit dem Hinweis darauf,

daß es den Erwerbslosen noch schlechter geht,

begründet man die Ablehnung der Lohnverbesserung für die in ansehnlicher Arbeit tätigen Gemeindearbeiter. Mit diesem Verhalten gibt der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden den Privatindustriellen die Vorzug und den Fingerzeig, nach welchen Gesichtspunkten in Zukunft die Lohnpolitik von den Privatindustriellen betrieben werden soll.

Der Arbeitende soll nicht mehr haben als der Erwerbslose. Das ist das Programm dieser reaktionären Schattensmänner des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden.

Wollen die Arbeiter nicht dulden, daß in den Gemeinden nicht ebensolche oder eine viel größere schamhafte Lohnpolitik getrieben wird, als es selbst von den rücksichtslosigen Privatindustriellen getrieben ist, so muß der Lohnkampf der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu einem Kampf der Gesamtarbeiterschaft werden. Gelangt es den Gemeinden, die Löhne und Gehälter der Gemeindearbeiter niedrig zu halten und herabzudrücken, dann wird den Privatindustriellen ein Mutterheilteil gegeben, auf das sie sich zu jeder Zeit berufen mit dem Hinweis, daß ja auch die Gemeinden keine Lohnverbesserungen vorsehen. Darin liegt die Bedeutung für die übrige Arbeiterschaft. Die Gemeindearbeiter aber werden aus dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes den Schluß ziehen, noch fetter als bislang für den reaktionären Zusammenschluß zu wirken, die gewerkschaftlichen Waffen in Erwartung zu bringen, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen können.

Jetzt, da in Sachsen die Gemeinderatswahlen vor der Tür stehen, sollen die Gemeindearbeiter daran denken, daß es die Kommunisten gewesen sind, die in der vorberichten Linie des Kampfes für die Interessen der Gemeindearbeiter gestanden haben. Sie sind es gewesen, die in allen Gemeinden durch Entwürfe verlangt haben, den Antritt aus dem reaktionären Arbeitgeberverband, SPD und bürgerliche haben das in den allermeisten Fällen gemeinsam abgelehnt.

Das freche Auftreten des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden ist nicht zuletzt auch dadurch möglich, daß dieser Arbeitgeberverband keine Unterstützung durch die SPD erhielt. Die Gemeindearbeiter sollen daraus ihre Schlüsse ziehen. Nur durch eine feste kommunistische Fraktion wird es möglich sein, in den Gemeindeparlamenten ihre Interessen zu vertreten. Für die Gemeindearbeiter gilt es, am kommenden Sonntag, den Anschlag des Arbeitgeberverbandes zu brandmarkieren und ihren Forderungen am wirksamsten Ausdruck zu verleihen durch die Abgabe kommunistischer Stimmzettel. Deshalb, Gemeindearbeiter, alle Stimmen den Kommunisten!

Handelsgeschäfte... Dresden... SLUB Wir führen Wissen.

Stimm oder Fälschung?

Die „Dresdner Volkszeitung“ zur Sachpolitik der SPD

Die „Dresdner Volkszeitung“ drückt getreu an der Spitze eines Auszugs der Entscheidung der Kommunistischen Partei ab, die gemeinsam mit den Vertretern der höchsten Parteiorganisation zur Frage der schließlichen Regierungsbildung beschlossen wurde. Dabei bringt die Volkszeitung unter Punkt 3 es fertig, die Normulierungen der Entscheidung der SPD nicht weder bemüht zu fassen oder durch einen Irrtum ihren Gehalt unrichtig widerzugeben. In der „Dresdner Volkszeitung“ lautet der Absatz 3 der Entscheidung der SPD wie folgt:

Die SPD wird auf Grund dieser Forderungen für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmen. Im Falle der Verletzung der parlamentarischen Forderungen durch die sozialistische Regierung wird die Kommunistische Partei die Arbeiterräte gegen diese Regierung mobilisieren und ihren Sturz herbeiführen.

Zu der Entscheidung der Partei ist von parlamentarischen Forderungen nicht die Rede. Es heißt richtig proletarische Forderungen. Falls die Wiedergabe der Entscheidung in der „Dresdner Volkszeitung“ nicht auf einen Hörsfehler zurückzuführen ist, würde ein solche Wiedergabe eine bewusste Verfälschung der Arbeiterräte bedeuten, die uns nicht zu verurteilen braucht, da bei diesen parlamentarischen Kreisen ein Gehör an proletarische Forderungen schon gar nicht mehr möglich ist.

Schweres Explosionsunglück bei Hoechst

Gestern vormittag explodierte bei der bekannten Zellulosefabrik Hoechst u. Co. in Heidenau eine Nitrobenzol-Gasflasche beim Schmelzen von Metallteilen an einem laufenden Band. 16 Verletzte, von denen einer, der Arbeiter Rudolf Dams, inzwischen seinen schweren Brandwunden erliegen ist, mühten sofort nach dem Heidenauer Krankenhaus gebracht werden. Drei von den Schwerverletzten befinden sich noch in Lebensgefahr. Ueber die Ursache der Explosion ist bisher nichts bekannt. Die Untersuchungen darüber sind noch im Gange.

In diesem bedauerlichen Unglück, das wiederum ein Menschenleben gefordert hat und die Gesundheit und das Leben einer Anzahl Arbeiter schwer gefährdet, wird uns aus Heidenau folgendes berichtet. Nach den Aussagen der dort beschäftigten Arbeiter ist die Katastrophe zurückzuführen auf die unerfahrene Profitier der Unternehmer. Bekanntlich wurde der Betrieb im April dieses Jahres durch die Explosion eines großen Stoffladens teilweise zerstört und außer Betrieb gesetzt. Schon bei der letzten Katastrophe war die ständige Beschäftigung die überlange Arbeitszeit und die Antreiberei die Ursache des schweren Unglücks, dem damals 12 Menschen zum Opfer fielen. Die Direktion ging sofort daran, den fast vollständig zerstörten Betrieb neu aufzubauen. Am 15. November sollte das Werk wieder in Gang gesetzt werden. Um das zu erreichen, wurde mit Hochdruck gearbeitet. Den Monteuren wurden verhältnismäßig hohe Prämien gezahlt, um aus ihnen die größtmögliche Arbeitsleistung herauszubringen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß auch diese erhöhte Antreiberei die tiefere Ursache zu dem neuen Arbeitermord bei der Firma Hoechst u. Co. ist.

Begehrte ist, daß der Kommerzienrat Hoechst und sein Sohn, die beide aufgefordert wurden, sich die Verantwortung anzueignen, das absiehten, dafür aber sofort nach der Unglücksbegehung, um nachprüfbar, welchen Sachschaden die Explosion angerichtet habe.

Was kümmern sich die Profitjäger auch um das Leben und die Gesundheit ihrer Arbeitervölker. Was kümmern sie sich darum, wenn ein paar Arbeiter ihr Leben für die Profite der Unternehmerratten in die Schranken schlagen. Es gibt ja genug Arbeitslose! Wichtiger für sie ist, daß der Betrieb am 15. Nov. läuft. Jeder Tag Produktion bringt Riesengewinne. Das ist ihr ganzes Denken und Trachten. Die lumpigen paar Mark, für die sich der Arbeiter zu Tode heut und sein Leben riskiert, verdienen sich hundert- und tausendfach. Und dann — man hat ja noch eine billige Uhrse auf den Lippen:

„So liegt ja auch im Interesse der Arbeiter, die mit dem Beginn der Produktion wieder Lohn und Brot haben!“

Und was für Lohn und Brot. Die Arbeiter der Zellulosefabrik gehören wie die Arbeiter der Papier-, Zellstoff- und Pappenfabrikation zu den schlechtestbezahlten Arbeitergruppen Sachsens. Gerade die Firma Hoechst u. Co. gilt bei den Arbeitnehmerorganisationen als einer der größten Scharfmacher im Arbeiterberberband. Die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen bei dieser Firma ist als eine der schlechtesten im ganzen Heidenauer Industriebezirk bekannt. Dazu kommt, daß die Arbeiten in der Zellulosefabrikation außerordentlich schwer und gesundheitsgefährlich ist.

Die Arbeiter aber sollten auch an dieser neuen furchtbaren Katastrophe erkennen, was sie durch die Rationalisierung der Betriebe zu erwarten haben, die nur den einen Zweck verfolgt, die Profitrate der Unternehmer zu erhöhen. Jetzt müssen sich die Arbeiter der Firma Hoechst aufraffen und Schlus machen mit diesem raffinierten Methoden der Ausbeutung. Sie müssen das nachhaken, was sie bisher verurteilen, nämlich eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation, mit deren Hilfe sie den Widerstand gegen den Arbeitermord im Interesse der Aktionäre organisieren müssen.

Boller Sieg der Kantonarmee

Kapitulation der Peking Regierung — Grundzugsarmee in voller Auflösung

London, 10. November. (U)

Wie aus Shanghai gemeldet wird, hat General Sun Jianfang das Los seines Vorgängers Wupeifu bereits geteilt. Seine Armee befindet sich in Hanking in vollst. Auflösung. Die Kantontruppen gehen in Eilmärschen auf Hanking vor. Unter diesem Eindruck hat sich die Peking Zentralregierung an alle Militärbehörden gewandt, die Feindseligkeiten einzustellen und die Zukunft Chinas einer Nationalversammlung zu überlassen.

Der Sieg der Kantonregierung scheint nach dieser Meldung einer bürgerlichen Korrespondenz ein vollkommener zu sein. Das bedeutet den Sieg der nationalen chinesischen Revolution und zugleich den endgültigen Durchbruch der chinesischen Arbeiterbewegung, die im nationalen Freiheitskampf gegen den Weltimperialismus die führende Rolle spielt. Das bedeutet einen schweren, furchtbaren Schlag für alle imperialistischen Mächte, vor allem England, und eine Erschütterung des gesamten Gebäudes der kapitalistischen Welt. Die Komintern und Lenins Politik des Bündnisses der Völker aller Länder mit dem Freiheitskampf der unterdrückten Nationen findet eine vollständige Bestätigung. Das ist um so bedeutsamer, als die „russische Opposition“ in dieser Frage noch vor kurzem einen kleinsten Teiligen Palastismus an den Tag legte, während die SPD auch hier mit Antichinesenstimmung eintritt. Die Möglichkeit der kommunistischen Vorkämpfer wurde wieder einmal durch den Gang der Ereignisse erschüttert.

Die Krönung des Femestandals

Fememörder Schutz erneut freigesprochen

Bautenberg, 11. Nov. (Cl. Traubbericht.)

Im Bautenberger Fememörderprozess wurde heute das Urteil verkündet. Ulrich Klapproth wurde wegen Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Oberstaatsanwalt Schulz und der Angeklagte Hann wurden auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen, der Haftbefehl gegen Schulz aufgehoben.

Damit hat der Femestandal in Bautenberg seine Krönung erhalten. Die deutsche Klassenjustiz vollbringt eine Meisterleistung. Wahrlüh, die Fememörder und Fememördermissetaten können nach Abschluß dieses Prozesses wirklich auf ihr Bündnis mit der Klassenjustiz und den Fememörderleibern stolz sein. Nach der Klassenjustiz und den Fememörderleibern und seines Vertreters, nach der gemäßigten Behinderung des Rechtsanwaltes Dr. Löwensthal und Dr. Sad braucht man sich über dieses Urteil nicht mehr zu wundern. Anher ist jedoch die Begründung des Urteils durch den Landgerichtspräsidenten Wieding, die führte aus, daß der Richter Wieding an dem von dem Fememörderführer Klapproth an dem Richter Wieding die Aufhebung des Femestandals „die Empörung aller Leute des Arbeiterkommandos auf sich gezogen habe“ und sagte wörtlich: „Kein Wunder, daß in einem solchen Falle wie Klapproth, der so vieles für das Arbeiterkommando, wie für das Vaterland getan hat, die Empörung hoch liegt, als er diesem Mann den Rücken, daß er ihn niederschlug, als die Not ihn trieb, gleichgültig, was daraus wurde.“

So verherrlichte der Vorsitzende des Gerichts die schändliche Tat der Fememörder, die genaugen und brutal ihre Opfer bekehrten. Der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Fememörder Klapproth wurde von dem Gerichtspräsidenten bezeichnet als ein „aufrichter Mann im deutschen Volk“.

Die Begründung zu diesem Urteil ist das Standbild, was die deutsche Klassenjustiz bislang geleistet hat. Die wirklichen Schuldigen, die Drahtzieher der Fememörder und die Hintermänner und der ganze Saum der Schwarzen Reichsmehr mit ihren verantwortlichen Organisationsführern blieb auch nach diesem Prozeß gesichert. Wenn endlich wird die deutsche Arbeiterklasse mit diesem Urteil aufzukommen.

Die SPD für Gehler

In der Reichstagsdebatte vom Donnerstag, den 11. November, wurde aus Anlaß der Behandlung des Nachtragses die innenpolitische Debatte fortgesetzt.

Abgeordneter Fiedl (Wirtschaftliche Vereinigung) wendet sich gegen jede Erweiterung des Behördeapparates. Er findet, daß die Erhebung der Lohnsteuer bei den Beamten fortlassen soll und dafür die Gehälter um 10 Prozent herabgesetzt werden. Dann wird der Redner ausgerechnet dem Finanzminister Reischold vor, er vertrete sozialistische Pläne und fördere nicht genügend die freie Wirtschaft durch Subventionen. Den General Seidt hätte man im Amt lassen sollen, solche Kleinigkeiten wie die Füllungsgehalte, würden die Republik nicht aus der Auflösung bringen.

Abgeordneter Kube (Volk) hält eine laute und archaische Rede. Er bekennt sich zu den Farben Schwarz-Rot-Gold, die von den Sozialdemokraten in den Staub gezogen seien. Die proletarische Justiz sei zionistisch verkehrt.

Abgeordneter Schmidt (SPD) geht zunächst auf die wütende Rede Kubes ein, um dann zu erklären, daß Gehler bisher wegen vieler Bindungen und Unterstellungen nicht teilnehmend worden sei.

Nachdem aber der General von Seidt entlassen sei und Gehler als Kandidat der Sozialdemokraten erwählt habe, als man ihn selber zutrauen konnte, ändere sich die Stellung der Sozialdemokraten gegenüber Gehler (!)

Die Sitzung wird daraufhin auf Freitag nachmittags 3 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außer dem Nachtragsgesetz die Aktienförderer. Für die Verhandlungen nach der SPD wahrscheinlich die gleichzeitigen Kassenfallen ihrer eigenen Forderungen eintreten wird.

Der Zentra'evrozeh bis Sommer 1927 verschoben

Am Mittwoch und Donnerstag beschäftigte sich der Geschäftsausschuss des Reichstages mit dem kommunistischen Antrag auf Einsetzung des Verlaufs gegen die Abgeordneten Stocker, Koenen, Seckert, Henke, Pfeiffer und Krumme. Diese Genossen sollten vom 18. November ab in Leipzig von der Reichsjustiz abgerufen werden.

Der kommunistische Antrag wurde vom Genossen Rosenberger mit einem dem Material begründet. Als Verteidiger Krumme und seiner Mitarbeiter trat im Ausschuss neben dem unermittellichen Tschelchewskan der Oberreichsanwalt Werner und Professor Rahl von der Deutschen Volkspartei auf. Bautenberg (SPD) wählte in wesentlichen Punkten die Berechtigung der kommunistischen Vorwürfe abgeben. Trotzdem das von kommunistischer Seite herübergebrachte Material auch

auf bürgerliche Vertreter im Ausschuss starken Eindruck machte, wurde der Antrag der SPD auf Einsetzung des Reichsausschusses abgelehnt.

Zur Annahme gelangte ein sozialdemokratischer Antrag, der die Verhinderung des Prozesses bis zu den Parlamentsferien 1927 auspricht.

Warum hat Reinhold ein Defizit?

Reinhold braucht, um für seine Aufräuber vom Großkapital den Arbeitlosen die unbedingt notwendige Erhöhung der Unterhaltung zu verweigern, einen Fehlbetrag im Reichshaushalt. Er stellt ihn dadurch her, daß er Ausgaben, die eigentlich bestimmt sind, den Arbeitlosen zu leisten, in seinen Nachtragssetzt löst.

In diesem Nachtragssetzt, den Reinhold am Dienstag vor dem Reichstag begründet hat, fordert er an Mehrausgaben insgesamt 601,8 Millionen Mark, davon 229 Millionen Mark für den ordentlichen und 372 Millionen Mark für den außerordentlichen Haushalt. Nicht gedeckt sind von diesen Ausgaben 372 Millionen Mark und ein Anleihebetrag von 100 Millionen Mark für ein Darlehen an die Reichsbank. Da bereits im Reichshaushalt ein Fehlbetrag von 293,8 Millionen Mark vorhanden war, erhöhte sich jetzt das Defizit durch die Mehrausgaben auf 666,6 Millionen Mark, die durch Anleihe gedeckt werden sollen.

Einen Teil der Mehrausgaben des Nachtragssetzes, die nicht unter das ungedeckte Defizit fallen, will Reinhold durch den zu erwartenden Mehretrag an Steuern und Zinsen in Höhe von 90 Millionen Mark einbringen. Diese 90 Millionen Mark Mehrausgaben aus den Steuern entfallen fast völlig auf die höheren Einkommen aus den Zinsen. Die Wahlen trauen schon auf diese Weise einen erheblichen Teil der neuen Forderungen von Reinhold. Einen anderen Teil deckt Reinhold durch „Sparnisse“. Was übrig bleibt, eben jene 906 Millionen Mark Fehlbetrag durch eine Anleihe.

Woher kommt dieser Fehlbetrag Reinholdes? Einmal dadurch, daß er den Großkapitalisten 50 Millionen Mark Steuern jährlich gesteht; zum andern dadurch, daß unter dem Vorwand des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ Hunderte von Millionen Mark den Unternehmern an Krediten zugestimmt werden, daß er unter dem Vorwand der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die alte Politik der Subvention des großkapitalistischen Unternehmens aus Steuern mittels weiter durchführt, ohne daß die Erwerbslosen Arbeitsmittel erhalten. Zur Deckung dieser Ausgaben für das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, durch das die Unternehmern aus Reichsmitteln Mittelungen bekommen, ohne daß sie deshalb gezwungen sind, mehr Arbeiter in ihren rationalisierten Betrieben einzustellen, wird allein ein Anleihebetrag von 372 Millionen Mark notwendig.

Das Defizit Reinholdes ist nicht nur ein Kontrakt seiner Steuer- oder Finanzpolitik, es ist zugleich der diesmal unter demokratischer Flagge fortgeleitet.

Plan aller bürgerlichen Finanzminister, die Arbeitlosen als Vorwand zu misstrauen, um in Wirklichkeit dem Unternehmertum Staatsschulden zu schaffen und zugleich den Arbeitlosen jede Erhöhung ihrer Unterhaltung zu verweigern.

Die tatsächliche wertvolle Bevölkerung, Arbeiterklasse wie Mittelstand, hat am Sonntag Gelegenheit mit dieser „demokratischen“ Politik der Steuerhundraube ohne Ende abzurechnen.

Reinhold ist ja der führende Mann der jüdischen Demokraten! Darum, die ihr ausgeplündert werdet, während die großen Wucherer und Ausbeuter sich die Taschen füllen, ohne einen Pfennig Steuern zu bezahlen, gebt keine Stimme der Partei des Steuerwuchers

wählt am Sonntag Kommunisten!

„Es lebe das Privateigentum“

Berlin, 10. November. (Telefon.)

Heute nachmittags 5 Uhr fand im Minierklubsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsausschusses in Berlin eine Kundgebung der Eisenbahner der deutschen Wirtschaft statt, die sich dem „Kocher“ befähigt, die der Wirtschaft aus der zunehmenden Vertiefung der öffentlichen Hand im Eisenbahnbereich aus solchen Vertiefungen und Beeinträchtigungen des Privateigentums drohen.

Ob die Herrschaften über den Aufwartung die Schritte an den kleinen Spazern und Rentnern gesprochen haben...

Die Schuld der Dabwesebahnverwaltung

Das Verfahren gegen den Lokomotivführer Kubel eingestellt.

Das Eisenbahnunglück am Münchener Ostbahnhof, das in der Vergangenheit erfolgte, sollte 30 Tote. Die kommunistische Presse hat sofort mit diesen Aufschriften aus Eisenbahnerkreisen nachgemeldet, daß das Antireichsreform und die schlechten Signalereinstellungen bei der Reichsbahn die Schuld an diesem furchtbaren Unglück tragen. Die bürgerliche Presse dagegen begann — auf Veranlassung der Dabwesebahn-Direktion in München — eine gemeine Hetze gegen das Eisenbahnerpersonal und insbesondere gegen den Lokomotivführer Kubel und seine Kollegen. Man hat den unglücklichen Mann verhaftet und ihn, als eine Schuld nicht nachweisen war, in eine Zerkennstalt admet, um nach berühmten Muster eine Geisteskrankheit bei ihm feststellen zu lassen. Als dieser Versuch an der Reichsbahn Kubels und an der Unternehmung durch seine Kollegen Scheiterte, mußte man ihn nach monatelanger Haft entlassen. Heute ist Kubel wieder in Dienst.

Wie die Münchener „Neue Zeitung“ erzählt, ist der Lokomotivführer Kubel durch den Unfall gekommen, daß das Verfahren gegen den Lokomotivführer Kubel eingestellt werden muß.

Die Reichsbahn hat bereits durch Kubels Wieder-Einstellung das Einverständnis ihrer Schuld machen müssen. Die Tote vom Münchener Ostbahnhof bleiben ungeklärt. Nach der Einstellung des Verfahrens gegen den unglücklichen Lokomotivführer wird kein Bericht der deutschen Klassenjustiz an die Angelegenheiten der Reichsbahndirektion erhoben.

Eisenbahner Sachsens, wer kämpft seit je gegen die Schandmethoden der Dabwesebahn?

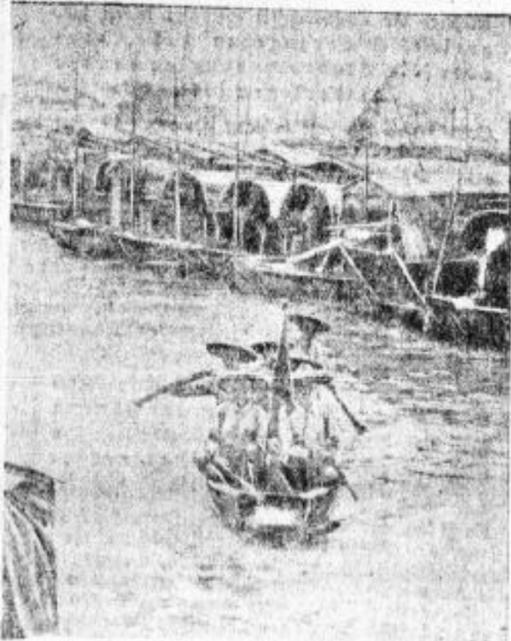
Die Kommunisten!

Wem werdet ihr also auch am 14. November eure Stimmen geben? Wem werdet ihr in die Städte und Gemeinderatsparlamenten schicken?

Die Kommunisten!

Kleine politische Nachrichten

Zusammenkunft des Genossen Tschichewin mit dem türkischen Außenminister. Wie aus Odessa gemeldet wird, ist der türkische Außenminister Ruzhdan Bey auf dem Pariser Kongress in Odessa eingetroffen. Tschichewin und der türkische Konsul in Moskau besaßen sich auf dem Wege nach Odessa, wo die beiden Außenminister eingehende Besprechungen haben werden.



Nationalenboot der Kantonarmee auf dem Wasser

- 9. Stimmbezirk:**
Fuenst, Carolstr., Colchauer Str. 1-31, Georgstr., Pelzstr.,
Wollstr., Richard-Wagner-Str., Richard-Wagner-Platz,
Friedrich-Ebert-Platz, Terrassenweg, Uferstr.
- 10. Stimmbezirk:**
Colchauer Str. 32 bis Ende, Fichtstr., Hiesberggasse, Garten-
trasse, Hammergasse, Schreberstr., Steinstr., Fichtberger Weg.
- 11. Stimmbezirk:**
Wolff-Damalsche-Str., Bahrstr., Burgwarststr., Fichtschäpfer,
Watzschstr., Karl-Marg-Str.
- 12. Stimmbezirk:**
Am Burgwarstberg, Fochhöhlstr., Kirchweg, Lindenstr., Ober-
pfeiferweg Str., Kogelstr., Ufandstr., Fochhöhlstr.
- 13. Stimmbezirk:**
Am Berg, Haus's Gasse, Hüttenstr., Kirchbergstr., Mittel-
weg, Nordstr., Reuterstr., Schulweg, Teichstr., Weigiger Str.,
Jandorber Straße.
- 14. Stimmbezirk:**
Genossenschaftstr., Hauptstr., Obere Dresden Str. 2-46,
Fochschäpfer Str., Schachstr., Untere Dresden Str. 114-137,
Wettinggrund.
- 15. Stimmbezirk:**
Umfasst alle Grundstücke der ehemaligen Gemeinde Jandor-
rod mit Burgwarststraße Nr. 147, 149, 164, 166, 168.
- 16. Stimmbezirk:**
Umfasst alle Grundstücke der ehemaligen Gemeinde Birkigt
mit Birkigtstraße ausschließlich der Grundstücke an der Col-
schauer Straße.
- 17. Stimmbezirk:**
Am Schloßgarten, Bergerschachtweg, Formannoweg, For-
mannoweg, Burgstr. 38-140, Damms Weg, Dache-Allee,
Gemeindegasse, Hartmanns-Berg, In der Delle, Kapellen-Weg,
Aleine Gasse, Kurze Str., Kottopf-Gör-Str. 109-112, Schulberg,
Waldweg.
- 18. Stimmbezirk:**
Am Geilerhuppen, An der Semmeringbahn, Bergmannstr.,
Verharbweg, Burgstr. 142-161, Cusnersdorfer Str.,
Gladauerweg, Heimsstätten-Weg, Aicinaunborfer Str., Kohlen-
trasse, Waiselshausweg, Fichedg.

- Nr. 1**
Sozialdemokratische Partei
(Fleiß und Fortschritt)
1. Wenf, Karl, Buchhändler, Uferstr. 20
 2. Rehg, Albert, Gem.-Schul-Oberlehrer, Johannistr. 4 a
 3. Henke, Hermann, Pensionär, Carolstr.
 4. Tröger, Gertrud, Hausfrau, Postentlast. 8
 5. Schumann, Hermann, Tischler, Jägerstr. 1
 6. Arnold, Friedrich, Schlosser, Postentlast. 85
 7. Werner, Richard, Lagerhalter, Schachstr. 6
 8. Schleich, Otto, Dreher, A. d. Semmeringbahn 1
 9. Bollad, Otto, Angestellter, Carolstr. 7
 10. Brand, Richard, Ofenschmelzer, Reuterstr. 1
 11. Bannich, Bernhard, Förder, Bannowinger Str. 43
 12. Tippner, Kurt, Hausmann, Postentlast. 1
 13. Rahnig, Rudolf, Parteisekretär, Burgwarststr. 22
 14. Rahnig, Paul, Lehrer, Postentlast. 75
 15. Diercke, Otto, Tischler, Weigiger Str. 2
 16. Schulze, Emil, Dreher, Fichedg 10
 17. Büttner, Alfred, Angestellter, Bahnhöfstr. 12
 18. Schmidigen, Edgar, Marktbesitzer, Weigiger Str. 14
 19. Große, Paul, Angestellter, Karl-Marg-Str. 10
 20. Schwips, Richard, Schriftföher, Ob. Dresden Str. 44
 21. Hoffmann, Reinhold, Tischler, An der Semmeringbahn 1
 22. Schneider, Fritz, Angestellter, Hauptstr. 82
 23. Wustlich, Otto, Dreher, Am Schloßgarten 6
 24. Fichte, Richard, Former, Wehrstr. 37
 25. Gröning, Paul, Lagerhalter, Wilsdruffer Str. 143
 26. Rafe, Paul, Metallarbeiter, Weigiger Str. 84
 27. Werner, Emil, Buchhalter, Weigiger Str. 4
 28. Raumann, Willy, Maler, Am Kunze 2
 29. Ritter, Richard, Wertmeister, Saalhausener Str. 3
 30. Handrick, Georg, Marktbesitzer, Weigiger Str. 20
 31. Schmidt, Oswald, Porzellanmaler, Postentlast. 71
 32. Richter, Otto, Lederarbeiter, Körnerstr. 4
 33. Opiß, Oskar, Metallarbeiter, Angerstr. 14
 34. Thiemann, Alfred, Lagerarbeiter, Lange Str. 16
 35. Krause, Paul, Straßenbahner, Ob. Dresden Str. 111
 36. Michaelis, Karl, Lederarbeiter, Postentlast. 39
 37. Zimmer, Hermann, Schlosser, Wehrstr. 29.

- Nr. 2**
Kommunistische Partei
1. Koch, Kurt, Eisenbahner, Carolstr. 3
 2. Ringelmann, Emil, Tischler, Oberpfeiferweg Str. 9
 3. Wängler, Louise, Ehefrau, Bergstr. 14
 4. Schneider, Willy, Redakteur, Bahrstr. 1 B
 5. Körner, Max, Eisenbahner, Unt. Dresden Str. 61
 6. Köhler, Karl, Gehilfenführer, Am Geilerhuppen 13
 7. Schilde, Paul, Modellzeichner, Jägerstr. 9
 8. Nagel, Richard, Former, Burgwarststr. 20
 9. Baderna, Alfred, Arbeiter, Burgstr. 5
 10. Anders, Georg, Metallarbeiter, Lindenstr. 3
 11. Kosslich, Richard, Maurer, Bräudenstr. 3
 12. Heuter, Max, Kohlenarbeiter, Güterstr. 10
 13. Wälsche, Heinrich, Döbler, Bannowinger Str. 17
 14. Haupt, Willy, Arbeiter, Oberpfeiferweg Str. 17
 15. von, Erich, Metallarbeiter, Turnerstr. 15
 16. Seidel, Hermann, Maurer, Kottopf-Gör-Str. 32
 17. Stenzel, Arno, Tischler, Unt. Dresden Str. 17
 18. Grahl, Willy, Eisenformer, Marktstr. 9
 19. Heide, Kurt, Arbeiter, Jandorber Str. 1
 20. Fiescher, Willy, Maschinenarbeiter, Richard-Wagner-Str. 7
 21. Götter, Arthur, Bäcker, Unt. Dresden Str. 49
 22. Ritter, Paul, Fabrikarbeiter, Unt. Dresden Str. 100
 23. Thiele, Oskar, Gemeindevorstand, Bräudenstr. 19
 24. Hoffe, Georg, Fabrikarbeiter, Wehrstr. 7
 25. Feinzig, Hermann, Sattler, Colchauer Str. 37
 26. Heß, Alfred, Gekocharbeiter, Postentlast. 116
 27. Ringel, Richard, Porzellanmaler, Bahrstr. 14
 28. Müller, Willy, Schlosser, Kottgogerstr. 1
 29. Böhme, Friedrich, Fabrikarbeiter, Schillerstr. 3
 30. Wende, Max, Bergarbeiter, Schulstr. 16
 31. Wälsche, Lina, Witwe, Oberpfeiferweg Str. 44
 32. Kandler, Otto, Tischler, Kottgogerstr. 4
 33. Köhler, Ernst, Glaser, Ob. Dresden Str. 39
 34. Köhler, Moritz, Fabrikarbeiter, Burgstr. 5
 35. Moles, Richard, Sekretär, Carolstr. 9
 36. Adner, Max, Bauarbeiter, Ludwig-Richter-Str. 2.

- Nr. 3**
Grund- und Hausbesitzer
1. Knebel, Paul, Baumeister, Kupferstr. 12
 2. Diekmann, Richard, Eisenbahn-Oberingenieur i. R., Burg-
warststraße 83
 3. Richter, Emil, Telegrapheninspektor, Obere Dresden
Straße 23
 4. Naal, Hermann, Bergarbeiter, Hünterstr. 11
 5. Zimmermann, Max, Werkmeister, Bannowinger Str. 34
 6. Zimmermann, Hermann, Mollererbesitzer, A. d. Weigiger 7
 7. Köhler, Hugo, Wassermeister, Kottgoger Str. 2
 8. Beger, Richard, Eisenbahn-Inspektor, Saalhausener
Straße 14
 9. Schmidt, Emil, Bergarbeiter, Burgstr. 129
 10. Brunner, Bruno, Buchhalter, Weigiger Str. 12
 11. Rode, Max, Baugewerke, Schellenplatz 6
 12. Rade, Paul, Jüdling, Lindenstr. 7
 13. Anader, Max, Zimmermann, Wilsdruffer Str. 134
 14. Köhler, Otto, Schlosser, Kottgoger-Str. 22
 15. Meiermann, Otto, Bergarbeiter, Gladauerweg 2
 16. Winter, Hermann, Kassierer i. R., Bannowinger Str. 15
 17. Böhm, Emil, Kleinrentner, Schachstr. 3

18. Höpner, Oskar, Kaufmann, Unt. Dresden Str. 46
19. Kleinbempel, Paul, Ingenieur, Ob. Dresden Str. 132
20. Kuschke, Otto, Lokomotivführer, Rindstraße 8
21. Tröger, Moritz, Ch.-Oberinspektor, Fichtstr. 12
22. Kajmer, Hermann, Maurerpolier, Kreuzstr. 8
23. Gies, Karl, Maurerpolier, Unt. Dresden Str. 24
24. Kohler, Ernst, Maschinenführer, Hauptstr. 42
25. Büttner, Georg, Gartenbauarbeiter, Hauptstr. 7
26. Kreis, Udo, Privatist, Wilsdruffer Str. 7
27. Berger, Bruno, Schlosser, Hammergasse 1
28. Streckberger, Karl, Ch.-Inspektor, Burgwarststr. 52
29. Richter, Oswald, Landwirt, Bernhardtsweg 7
30. Schumann, Curt, Werkmeister, Wehrstr. 27
31. Kelling, Robert, Kleinrentner, Saalhausener Str. 32
32. Stödel, Jacob, Kleinrentner, Unt. Dresden Str. 129
33. Große, Oswald, Bergarbeiter, Richard-Wagner-Str. 13
34. Wende, Gustav, Straßenbahnarbeiter, Wehrstr. 29
35. Weisbach, Emil, Ingenieur, Weigiger Str. 26
36. Schott, Hermann, Zimmererpolier, Kottopf-Gör-Str. 2
37. Feinzig, Paul, Steiger, Burgstr. 139.

- Nr. 4**
Bürgerliche Liste
(Fortschritt und Verständigung)
1. Enke, Friedrich, Stadtrat, Wilsdruffer Str. 4
 2. Strider, Alfred, Lehrer, Lindenstr. 7
 3. Neumann, Johannes, Handlungsgehilfe, Gochstr. 2
 4. Hartmann, Max, Ing. u. Fabrikant, Postentlast. 29
 5. Israel, Hermann, Richter, u. Baumeister, Uferstr. 26
 6. Reich, Willy, Tischler, Marktstr. 9
 7. Schindler, Emil, Dentist, Colchauer Str. 3
 8. Richter, Paul, Fabrikbesitzer, Mittelweg 33
 9. Raudig, Richard, Handlungsgehilfe, Postentlast. 2
 10. Thümmel, Max, Branddirektor, Unt. Dresden Str. 59
 11. Richter, Leonore, Fachlehrerin, Ob. Dresden Str. 68
 12. Kuhl, L., Kohlenmeister, Ob. Dresden Str. 67
 13. Heidemüller, Martin, Handlungsgehilfe, Bahnhöfstr. 24
 14. Stephan, Albin, Postdirektor, Poststr. 11
 15. Anoth, Rudolf, Maschinenbauer, Kirchstr. 8
 16. Richter, Kurt, Revierleiter, Burgwarststr. 150
 17. Reich, Kurt, Dentist, Ob. Dresden Str. 54
 18. Berger, Theodor, Fabrikdirektor, Bahnhöfstr. 21
 19. Albrecht, Paul, Polizeihauptwachmeister, Am Burgwarst-
berg 1
 20. Proff, Rudolf, Kaufmann, Colchauer Str. 51
 21. Hartmann, Otto, Prokurist, Thandier Str. 26
 22. Bandler, Arthur, Fabrikant, Unt. Dresden Str. 116
 23. Schuler, Arthur, Betriebsbeamter, Thandier Str. 20
 24. Schneider, Adolf, Fabrikbesitzer, Bahnhöfstr. 13
 25. Hoffer, Paul, Oberlehrer, Kabelstr. 4
 26. Müller, Friedrich, Ingenieur, Höhe Str. 7
 27. Schuler, August, verm. Hausfrau, Unt. Dresden Str. 67
 28. Burthardt, Ulrich, Handlungsgehilfe, Hauptstr. 27
 29. Kunig, Hugo, Ingenieur, Weigiger Str. 36
 30. Michael, Alfred, Bahnbeamter, Postentlast. 57
 31. Lehmann, Curt, Handlungsgehilfe, Wilsdruffer Str. 10
 32. Gröbler, Bruno, Bergarbeiter, Ufandstr. 18
 33. Sauer, Adolf, Verm.-Ansp. a. D., Unt. Dresden Str. 135
 34. Kröber, Gerhard, Handlungsgehilfe, Wilsdruffer Str. 11
 35. Wolf, Woldegar, Fabrikarbeiter, Schulstr. 19
 36. Walther, Otto, Kellner, Hauptstr. 25
 37. Kammier, Erich, Fabrikbesitzer, Schulstr. 11.

- Nr. 5**
Alle Sozialdemokratische Partei Sachsen
1. Wölfel, Ernst, Direktor, Ob. Dresden Str. 45 b
 2. Dehms, Richard, Schneidermeister, Schillerstr. 4
 3. Tümpel, Ernst, Kaufmann, Runderstr. 14
 4. Thome, William, Kraftfahrer, Weigiger Str. 43
 5. Schöne, Ernst, Bahnenarbeiter, Wehrstr. 20
 6. Chemnitz, Elisabeth, Ehefrau, Stedlerstr. 2
 7. Wälsche, Richard, Werkmeister, Weigiger Str. 18
 8. Hölshaus, Albert, Mühlenerbeiter, Lange Str. 9
 9. Chemnitz, Max, Eisenformer, Wumenstr. 9
 10. Pottow, Hermann, Straßenbahnarbeiter, Schachstr. 3
 11. Hoffer, Paul, Postenmeister, Postentlast. 61
 12. Eller, Karl, Dreher, Jägerstr. 5
 13. Reich, Richard, Schmid, Mittelweg 9
 14. Jäger, Marie, Ehefrau, Genossenschaftstr. 12
 15. Hartmann, Max, Friseur, Bräudenstr. 5
 16. Pietzmann, Richard, Maschinenführer, Pfeiferweg Str. 20
 17. Dehms, Edmund, Schlosser, Postentlast. 4
 18. Hänel, Richard, Maschinenführer, Mittelweg 12
 19. Lehmann, Wilhelm, Dieblicher u. Hausbes. Turnerstr. 8
 20. Rant, Oswald, Marktbesitzer, Unt. Dresden Str. 123
 21. Uhlir, Marie, Ehefrau, Schachstr. 7
 22. Rische, Edward, Fabrikarbeiter, Rindmannblenstr. 12
 23. Stürmer, Bruno, Fabrikarbeiter, Weigiger Str. 71
 24. Schreier, Max, Marktbesitzer, Talstr. 30
 25. Jahn, Bruno, Pensionär, Wehrstr. 20
 26. Lindner, Gustav, Kassierer, Mittelweg 12
 27. Junge, Emil, Marktbesitzer, Schreberstr. 2
 28. Schuler, Hugo, Fabrik, Weigiger Str. 85
 29. Lindner, Hugo, Marktbesitzer, Thandier Str. 20
 30. Richter, Bruno, Maurer u. Hausbes. Colchauer Str. 62
 31. Stelzig, Hermann, Pensionär, Unt. Dresden Str. 40
 32. Schulze, Max, Marktbesitzer, Körnerstr. 8
 33. Uhlemann, Hermann, Kraftfahrer, Wehrstr. 1
 34. Alshöfer, Hugo, Arbeiter, Kreuzstr. 2
 35. Schneider, August, Marktbesitzer, Wehrstr. 6.

- Nr. 6**
Wirtschaftsverband
(Wirtschaft u. Arbeit)
1. Halm, Emil, Wassermeister, Ob. Dresden Str. 46
 2. Fuhrmann, Emil, Galanteriew.-Händler, Ob. Dresden
Straße 122
 3. Krebs, Gottfried, Dr. med., prakt. Arzt, Gochsplatz 4
 4. Schindhelm, Kurt, Kleinrentner, Saalhausener Str. 1
 5. Hornoff, Paul, Produkt.-Händler, Kreuzstr. 5
 6. Bohlrad, Karl, Installateur, Ob. Dresden Str. 140
 7. Müller, Albert, Kolonialw.-Händler, Unt. Dresden Str. 54
 8. Pabst, Reinhold, Vademeter, Angerstr. 19
 9. Uhlmann, Martin, Farbenhändler, Unt. Dresden Str. 120
 10. Stange, Paul, Prokurist, Ob. Dresden Str. 61
 11. Rumberg, Albert, Fabrikant, Unt. Dresden Str. 65
 12. Pippmann, Franz, Anwalt, Ob. Dresden Str. 91
 13. Acauwe, Emil, Fotograf, Ob. Dresden Str. 83
 14. Kiewaller, Paul, Dreher, Unt. Dresden Str. 45
 15. Kriebe, Richard, Tapezierer, Ob. Dresden Str. 47
 16. Neumann, Erich, Schneidermeister, Ob. Dresden Str. 17
 17. Walther, Ernst, Schlossermeister, Postentlast. 80
 18. Senfert, Otto, Zigarrenhandlung, Unt. Dresden Str. 127
 19. Schmelter, Richard, Weinanleger, Bräudenstr. 2
 20. Dotz, Max, Wassermeister, Ob. Dresden Str. 66
 21. Sobie, Georg, Kaufm.-Geh., Ing., Ob. Dresden Str. 89
 22. Köhler, Max, Eisenwarenhandl., Unt. Dresden Str. 62
 23. Schneider, Theobald, Tischlermeister, Lange Str. 5
 24. Gröbisch, Paul, Prod.-Händler, Burgstr. 132
 25. Kühne, Oscar, Votier-Kassierer, Ob. Dresden Str. 114
 26. Fische, Georg, Kleinrentner, Am Markt 3
 27. Lohle, Otto, Baugewerke, Runderstr. 12
 28. Banner, Johannes, Buchbindermeister, Hüttenstr. 20
 29. Geißler, Oscar, Kleinrentner, Dorfplatz 11
 30. Jahr, Albin, Göttermeister, Bahrstr. 9
 31. Rath, Arthur, Glashändler, Güterstr. 4
 32. Döring, Max, Gochsplatz, Am Bahnhof 45
 33. Schneider, Max, Gochsplatz, Postentlast. 97
 34. Kettel, Max, Friseur, Ob. Dresden Str. 80
 35. Große, Rudolf, Kaufm. Vertreter, Unt. Dresden Str. 100
 36. Rant, Karl, Zigarrenhändler, Bahnhöfstr. 25
 37. Arnold, Erich, Lederhändler, Unt. Dresden Str. 94
 38. Grabow, Rudolf, Prod. u. Schmittw.-Händler, Hartmanns-
berg 2
 39. Schulz, Leopold, Schuhmachermeister, Fochhöhlstr. 11.

- Nr. 7**
Bürgerliche Vereinigung
(Ordnung und Sparsamkeit)
1. Dr. jur. Klotz, Arthur, Rechtsanwalt u. Notar, Unt. Dres-
dener Str. 125
 2. Klotz, Otto, Weid. Landmeister, Ob. Dresden Str. 134
 3. Klotz, Ernst, Möbelarbeiter, Unt. Dresden Str. 4
 4. Lange, Emil, Gutsbesitzer, Wilsdruffer Str. 29
 5. Ebert, Bruno, Gutsbesitzer, Fichtstr. 13
 6. Kiehl, Hugo, Eisenbahner, Döhlener Str. 5
 7. Zendig, Alfred, Kleinrentner, Gabeloberperstr. 1, 1
 8. Wilhelm Alwin, Fabrikant, Gutsdörfer Str. 12
 9. Frank, Robert, Oberpostsekretär, Runderstr. 4
 10. Köhlig, Alma, Kanzleiassistentin, Unt. Dresden Str. 129
 11. Schreiber, Paul, Gehilfenführer, Unt. Dresden Str. 129
 12. Kiehl, Richard, Fabrikbesitzer, Ob. Dresden Str. 129
 13. Brochhausen, Fritz, Apothekenbesitzer, Unt. Dresden Str. 24
 14. Richter, Arthur, Kammergutspächter, Saalhausener Str. 29
 15. Händel, Paul, Vorarbeiter, Wilsdruffer Str. 29
 16. Birtler, Hugo, Fabrikant, Unt. Dresden Str. 121
 17. Seifert, Edward, Buchhalter, Gochsplatz 9
 18. Pöttger, Curt, Bahnhofs-Überinspektor, Am Bahnhof 8
 19. Seidel, Karl, Baumeister, Burgwarststr. 1
 20. Hertz, Hermann, Lokomotivführer, Döhlener Str. 11
 21. Gröbler, Robert, Landwirt, Hinter d. Gütern 2
 22. Weiser, Robert, Zigarrenfabrikant, Wilsdruffer Str. 3
 23. Beyer, Bruno, Bäckermeister, Ob. Dresden Str. 115
 24. Wachsmauth, Adolf, Kellner, Unt. Dresden Str. 26
 25. Glöckner, Otto, Fabrikbesitzer, Fichtstr. 2
 26. Böhme, Oswald, Baugeschäftsinhaber, Unt. Dresden Str. 87
 27. Kriebel, Albert, Schlosser, Fichtstr. 7
 28. Rump, Ernst, Gutsbesitzer, Gitterstr. 10
 29. Böhme, Gustav, Sutmacher, Am Markt 3
 30. Gröbler, Max, Gerichtssozialarbeiter, Hauptstr. 15
 31. Rabe, Bernhard, Oberpostsekretär, Wilsdruffer Str. 29
 32. Müller, Otto, Fabrikbesitzer, Postentlast. 14
 33. Schulz, Hugo, Fabrikbesitzer, Ob. Dresden Str. 125.

Gemäß § 19 Abs. 2 der neuen Gemeindevahlordnung vom 15. Oktober 1926 findet am Sonntag, den 14. November 1926, nach 8 Uhr in der Verwaltungsstelle C, Zimmer Nr. 6, öffentliche Sitzung des Wahlaustrusses zwecks Feststellung des Gesamtwahlergebnisses statt.
Auf Grund von § 37 Abs. 1 in Verbindung mit § 30 Abs. 1 der neuen Gemeindevahlordnung vom 15. Oktober 1926 geht in nachstehend den Inhalt des Stimmzettels für die Stadterwerb-
nennnach am 14. November 1926 öffentlich bekannt.
Freitag, am 8. November 1926.

Der Gemeindevahlleiter, Stadtrat Scheidner.		
1	Sozialdemokratische Partei (Fleiß und Fortschritt)	10
2	Kommunistische Partei Koch, Kämpelmann, Frau Wängler, Schneider	20
3	Grund- und Hausbesitzer Knebel, Diekmann, Richter, Maul	30
4	Bürgerliche Liste (Fortschritt und Verständigung)	40
5	Alle Sozialdemokratische Partei Sachsen Wölfel, Dohme, Tümpel, Thome	50
6	Wirtschaftsverband (Wirtschaft und Arbeit)	60
7	Bürgerliche Vereinigung (Ordnung und Sparsamkeit)	70
Dr. Klotz, Flach, Franz, Lange		

Ottendorf-Otrika
Gemeindevorstandswahl.
Gemäß § 30 der Gemeindevahlordnung wird für die am 14. November d. J. stattfindende Wahl von 19 Gemeindevor-
stehen selbsten Besetzungswahl. Der Gemeindevorstand wird in 3 Wahlbezirke eingeteilt, und zwar:
1. Wahlbezirk, Wähler A-H, Wahlraum alte Schule.
2. Wahlbezirk, Wähler I-Qu., Wahlraum alte Schule
3. Wahlbezirk, Wähler R-Z, Wahlraum neue Schule.
Die Wahlzeit dauert von vorm. 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr.
Durch Aufhebung des Wahlaustrusses sind folgende Wahl-
vorschläge zugelassen worden:

- 1. Wahlbezirk A-H**
(Sozialdemokratische Partei.)
1. Max Köhler, Zimmerpolier, Renniger Str. 52 B
 2. Robert Tamme, Stellmacher, Mühlstr. 36
 3. Hermann Dornoff, Tischler, Radeburger Str. 27
 4. Simon Joch, Zinngießer, Rathenauplatz 106 B
 5. Gustav Besold, Schlosser, Wertschlagstraße 35 B
 6. Alfred Ringel, Gewerkschafts-Angestellter, Dresden Str. 9
 7. Paul Köhler, Glasmacher, Teichstr. 3
 8. Frieda Reichlein, Arbeiterin, Bergstr. 11
 9. Paul Raumann, Tischler, Wilsdruffer Str. 25
 10. Gustav Tamme, Tischler, Fochhöhlstr. 12 B
 11. August Wolf, Maurer, Kirchstr. 20 B
 12. Robert Döbler, Glasmacher, Fochhöhlstr. 7 B
 13. Ernst Krügel, Bäcker, Radeburger Str. 105 c
 14. Bruno Ringel, Arbeiter, Talstr. 6 C
 15. Georg Wilsbach, Schneider, Radeberger Str. 35
 16. Walter Stephan, Maler, Bahnhöfstr. 38 B
 17. Richard Wetters, Maschinenarbeiter, Bahnhöfstr. 1 u
 18. Gerhard Gutte, Steuerkassierer, Fochhöhlstr. 7 B
 19. Erich Hängschel, Tischler, Radeburger Str. 20.
- 2. Wahlbezirk I-Qu**
(Vereinigte Wirtschaftsparteien.)
1. Max Köhler, Dentist, Radeberger Str. 115 B
 2. Arthur Uhlir, Wertmeister, Radeburger Str. 100 C
 3. Paul Habedan, Mühlenerbesitzer, Radeburger Str. 23
 4. Martin Grise, Landwirt, Kirchstr. 16
 5. Theobald, Arthur, Schmiedemeister, Kirchstr. 31
 6. Fritz Gröbler, Buchhalter, Königsbrüder Str. 11 2
 7. Oskar Thome, Landwirt, Kirchstr. 19
 8. Richard Kühne, Maschinenarbeiter, Kirchstr. 23
 9. Gustav Tamme, Holzoberwachmeister, Radeberger Str. 30
 10. Mathias Rant, Kaffeez. Siedlung 2 c
 11. Georg Ehemann, Kaufmann, Radeberger Str. 82
 12. Paul Köhler, Kaufmann, Bahnhöfstr. 1 u
 13. Rudolf Köhler, Kaufmann, Königsbrüder Str. 15 u
 14. Walter Hofmann, Kolonialw.-Händler, Rathenauplatz 112 B
 15. Moritz Endler, Schuldirektor a. D., Radeburger Str. 112 B
 16. Ernst Feigle, Schneidermeister, Radeberger Str. 25 b
 17. Walter Schmidt, Fabrikbesitzer, Radeburger Str. 20 c
 18. Emil Hellwig, Wertmeister, Radeburger Str. 31
 19. Bruno Wilsbach, Landwirt, Dresden Str. 88.

2. Wahllooskreis Witz

(Kommunistische Partei)

- 1. Erich Wirth, Kaufmann, Mühlstr. 25
2. Emil Birtel, Schmied, Radeburger Str. 108 B
3. Bruno Rumlisch, Glasarbeiter, Radeburger Str. 25 B
4. Fritz Haube, Tischler, Mühlstr. 37 D
5. Helene ...
6. Fritz Kiesinger, Glasmacher, Königsbrüder Str. 14 J
7. Gustav Jochter, Hornenspuher, Wadbergstr. 4
8. Karl Hannemann, Glasmacher, Radeburger Str. 109
9. Franz Kiesinger, Glasmacher, Königsbrüder Str. 14 J
10. Paul Stahl, Glasarbeiter, Dresdner Str. 96 R
11. Paul Piescher, Tischler, Radeburger Str. 108 B
12. Max Grünberg, Glasarbeiter, Königsbrüder Str. 17 D
13. Paul Schumann, Glasmacher, Dresdner Str. 96 R
14. Edwin Fischer, Glasmacher, Radeburger Str. 118 B
15. Fritz Hannemann, Glasmacher, Radeburger Str. 109
16. Hans Piescher, Hausfrau, Radeburger Str. 108 B
17. Hermann Thiele, Fabrikarbeiter, Radeburger Str. 109 R
18. Josef Hannemann, Arbeiter, Bergstr. 4
19. Alfred Meisner, Bauarbeiter, Radeburger Str. 21 C

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und werden am Wahltag im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgehändigt...

Wahltag am 8. November 1926

Der Gemeindevorstand

Brand-Erbisdorf

Das Ortsgericht über Aufsehn und Hinterbliebenenverpflichtung für die Arbeiter der Stadt Brand-Erbisdorf vom 27. September 1926 ist von der Behörde genehmigt worden.

So liegt zur Einsichtnahme an Ratstische aus.

Brand-Erbisdorf, am 11. November 1926.

Der Stadtrat

Stadtverordnetenwahl

Die Wahl von Stadtverordneten findet

Sonntag, den 14. November 1926, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt.

Die Stadt Erbsdorf

Wahllooskreis Witz

- 1. Schulze, Paul, Glasmacher, Wadbergstr. Nr. 164 B
2. Griemisch, Karl, Schulleiter, Freiburger Straße Nr. 1 B
3. Langfischer, Franz, Glasmacher, Bräudenstraße Nr. 130
4. Teubel, Martha, Hausfrau, Radeburger Str. Nr. 81 C
5. Meier, Oskar, Glasmacher, Hauptstraße Nr. 102 D
6. Schölze, Robert, Glasmacher, Wiesenstraße Nr. 50
7. Heide, Paul, Riemper, Hauptstraße Nr. 102 C
8. Limbach, Karl, Schmied, Karl-Marx-Straße Nr. 16 B
9. Kreiner, Fritz, Arbeiter, St. Michaelis-Straße Nr. 141
10. Scheunert, Ernst, Wäpelpolier, Dorfstraße Nr. 7 C
11. Böhm, Martha, Hausfrau, Bräudenstraße Nr. 120 B
12. Zimmermann, Albert, Schmied, Hauptstraße Nr. 102 D
13. Seidel, Kurt, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 R
14. Thielemann, Richard, Stuhlauer, Bahnhofstraße Nr. 29 B
15. Michel, Paul, Eisenarbeiter, Bahnhofstraße Nr. 29
16. Lange, Ernst, Maurer, Dorfstraße Nr. 68
17. Korb, Willy, Oberlehrer, Hauptstraße Nr. 91
18. Schuffenhauer, Florenz, Gemeindevorstand, Stedlung Freiburger Straße
19. Joachim, Martha, Hausfrau, Hauptstraße Nr. 178
20. Mandel, Ernst, Glasmacher, Dorfstraße Nr. 10 B

Der Wahlauschuss hat folgende Wahlvorschlüsse festgestellt:

Kr. 1. Kennwort: Sozialdemokratische Partei.

- 1. Schulze, Paul, Glasmacher, Wadbergstr. Nr. 164 B
2. Griemisch, Karl, Schulleiter, Freiburger Straße Nr. 1 B
3. Langfischer, Franz, Glasmacher, Bräudenstraße Nr. 130
4. Teubel, Martha, Hausfrau, Radeburger Str. Nr. 81 C
5. Meier, Oskar, Glasmacher, Hauptstraße Nr. 102 D
6. Schölze, Robert, Glasmacher, Wiesenstraße Nr. 50
7. Heide, Paul, Riemper, Hauptstraße Nr. 102 C
8. Limbach, Karl, Schmied, Karl-Marx-Straße Nr. 16 B
9. Kreiner, Fritz, Arbeiter, St. Michaelis-Straße Nr. 141
10. Scheunert, Ernst, Wäpelpolier, Dorfstraße Nr. 7 C
11. Böhm, Martha, Hausfrau, Bräudenstraße Nr. 120 B
12. Zimmermann, Albert, Schmied, Hauptstraße Nr. 102 D
13. Seidel, Kurt, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 R
14. Thielemann, Richard, Stuhlauer, Bahnhofstraße Nr. 29 B
15. Michel, Paul, Eisenarbeiter, Bahnhofstraße Nr. 29
16. Lange, Ernst, Maurer, Dorfstraße Nr. 68
17. Korb, Willy, Oberlehrer, Hauptstraße Nr. 91
18. Schuffenhauer, Florenz, Gemeindevorstand, Stedlung Freiburger Straße
19. Joachim, Martha, Hausfrau, Hauptstraße Nr. 178
20. Mandel, Ernst, Glasmacher, Dorfstraße Nr. 10 B

Kr. 2. Kennwort: Liste der Kommunisten.

- 1. Dufel, Ernst, Schulhausmann, Radeburger Str. Nr. 96 B
2. Schill, Franz, Glasmacher, Bräudenstraße Nr. 120
3. Langfischer, Franz, Glasmacher, Bräudenstraße Nr. 130
4. Fischer, Otto, Maurer, Wadbergstr. Nr. 151
5. Kreimann, Helene, Hausfrau, Wiesenstraße Nr. 178
6. Kührig, Arthur, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 B
7. Wendland, Gustav, Glasmacher, Wiesenstraße Nr. 178
8. Hilbig, Edmund, Stellmacher, Wadbergstr. Nr. 160

9. Grimpelt, Karl, Glasmacher, Wadbergstr. Nr. 12 B

- 10. Waite, Karl, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 R
11. Eisel, Franz, Glasmacher, Radeburger Str. Nr. 8
12. Jettel, Florenz, Glasmacher, Karl-Marx-Straße Nr. 197
13. Waite, Reinhold, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 B
14. Grastowial, Hedwig, Hausfrau, Kohlenstraße Nr. 13 B
15. Beder, Max, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 D
16. Greiner, Richard, Glasmacher, Jäger Str. Nr. 194
17. Jochter, Gust, Glasmacher, Vereinigungs-Str. Nr. 139 B
18. Fischer, Otto, Heizer, Jäger Str. Nr. 202
19. Jettel, Max, Maurer, Vereinigungs-Str. Nr. 148
20. Käß, Albert, Glasmacher, Kohlenstraße Nr. 13 I

Kr. 3. Kennwort: Einheitsliste der Bürgerlichen.

- 1. Hoffmann, Ernst, Schmiedemeister, St. Michaelis-Straße Nr. 84 C
2. Marcus, Wilhelm, Gewerkschaftsleiter, Nr. 57 Bbl. B
3. Wächter, Otto, Kaufmann, Bräudenstraße Nr. 157
4. Vogel, Paul, Buchdrucker, Gerhartstraße Nr. 87
5. Schröder, Alfred, Erbschleifer, Hauptstraße Nr. 1
6. Schier, Kurt, Droger, Markt Nr. 4
7. Fischer, Arthur, Baumeister, Markt Nr. 18
8. Hill, Hans, Ingenieur, Dorfstraße Nr. 24 C
9. Kische, Florenz, Gefängnis-Zusteller i. R., Mittelgasse Nr. 15
10. Dehms, Renno, Schuhmachermeister, Dorfstraße Nr. 79
11. Hoppeler, Albert, Schuhmachermeister, Wadbergstr. Nr. 156
12. Emmrich, Albert, Valermeister, Goethestraße Nr. 47
13. Kluge, Emil, Tischler, Wadbergstr. Nr. 159
14. Siegmund, Otto, Gastwirt, Schulstraße Nr. 44
15. Schröder, Robert, Wirtschaftsbefehliger, Dorfstraße Nr. 19
16. Schilling, Max, Hausbesitzer, Goethestraße Nr. 47

Die Wahlvorschlüsse Nr. 1 und 2 sind miteinander verbunden worden.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und werden den Wahlberechtigten am Wahltag im Wahlraum ausgehändigt.

Sie enthalten alle zugelassenen Wahlvorschlüsse mit den Namen je der ersten vier Bewerber und das Kennwort sowie die Bezeichnung: Stadtverordnetenwahl.

Der Wähler kennzeichnet auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Wahlvorschluss er seine Stimme geben will, und legt den Stimmzettel in den ihm ausgehändigten Umschlag.

Wahlüberweisungsanträge können noch am dritten Tage vor dem Wahltag gestellt werden.

Brand-Erbisdorf, am 6. November 1926.

Der Gemeindevorstand

Dufel.

Tymians Täglich Das Thalia-8 Uhr einzige Theater wirkliche Volkstheater Dresdens

Van-Herrschaffen wenig geist. Herr- u. Damen-Garderobe sowie Schuhe, Mallesche ...

Carl Eschke Schuhmacher Beste Fabrikate in Herren-Hüten und Mützen Große Auswahl

Stimmung D' Wiener Kinder täglich im Schlosskeller Bautzen

Biere Kurt Noack Dohnalecher Platz

MIFA das anerkannte Qualitäts-Fahrrad empfiehlt WILLY HETZER, Stephanienstraße 46

Carolabad Pirna - Jeden Freitag und Sonntag Große Ballschau

Gute Facharbeiter kann nur eine gute Lehrstelle schaffen. Wer dazu helfen will, melde Lehrstellen bei der Abteilung Berufsberatung des Öffentlichen Arbeitsnachweises Freital, Lange Straße 19

PEUVAG Hersteller künstlicher Verleins-Gelächts-Propaganda-Druck sachen in modernster u. sauberster Ausführung

Arbeits-Bekleidung! i. Maurer, Zimmerer, Former, Schlosser usw. billigst Textil-Haus Lillengasse 13,1

Grammophone auf Teilzahlung Grammophonplatten von 50 Pf. an

Heinrich Fr. Hofmann Kolonialwaren- und Lebensmittelhandlung (Mitglied der G. D. u. A. Z.)

Sprechapparate Schallplatten, Pianino Eigene Fabrikation

Schnell und sachgemäß beliefert der Öffentliche Arbeitsnachweis Ihre Aufträge bei rechtzeitiger Angabe Ihrer besonderen Wünsche auf Arbeitskräfte aller Art.

Sie kaufen Spielwaren aller Art nur im Spezialgeschäft vorteilhaft. Puppenwagen - Schaukelpferde Rodelschlitten - Selbstfahrer

Arbeitgeber benutz bei Bedarf an Arbeitskräften den Öffentlichen Arbeitsnachweis Freital und Umgegend, Lange Straße 19.

Central-Theater Bautzen Ab Freitag bis mit Montag: Nur 4 Tage! Verlosung ausgeschlossen!

Der Trödler von Amsterdam Nach einer Idee von Alfred Schrockauer, unterbenutzung von Motiven aus dem Schauspiel "Nebenmänner" von Georg Kaiser.

Palast-Theater Bautzen Ab Freitag bis mit Montag: 2 Schläger in einem Programm

Das Mädels aus dem Tanzlokal 6 Akte aus dem Leben und dem Schicksal einer Tänzerin.

Der Rutsch nach unten ist noch nicht beendet. Ich habe Gelegenheit, in letzter Zeit außerordentlich günstige Warenposten aufzutreiben.

Bettfedern-Dampf-Reinigung übernimmt unter Garantie für sauberste und schnellste Lieferung

Achtung! Herren- u. Damenkonfektion Berufssachen - Windjacken Hemdenbarch. u. Normalwäsche

Billige Preise und doch gute Qualitäten

Damen-Mäntel in Seaf-Pidch, Astrachan, Wemmer, Velour, Plüsch etc.
Mäntel ent- u. neuheiten in China, Latz, am. Plüsch, etc.
Herren-Mäntel u. -Anzüge in den neuesten Ausb.-ren etc.
135.-
48.-
95.-

Herren-Joppen von 13,50 bis 30.- M.
Boz., Gummimantel von 10 bis 15.- M.
Windjaken auch warm ge-füttert in großer Auswahl
Herren-Hosen 10fache Auswahl von 3,90 bis 14.- M.

Kaufhaus Fortuna Freital-Deuben

Ferner unterhalte stets großes Lager zu sehr niedrigen Preisen in Knaben-Mänteln, Knaben-Joppen, Knabenanzügen und Knabenhosen

„Sächs. Wolf“ Freital
Inhaber Valentin Wolf
empfiehlt seine Lokationen einer freital. Benutzungs
2 Ballsäle, 5 Kegelbahnen
Große Gastzimmer
Täglich Künstler-Konzert
Jeden Sonntag: Feiner Ball

Rundfunkgeräte
Röhren- u. Detektorapparate
Einzelteile zum Selbstbau
in guter Ausführung
Geräte u. Auskünfte sofort lieferbar
Reparaturen und Umbau
Rundfunkhaus Freital Inhaber: E. Stark
Erstes Spezialgeschäft am Platz

Kurf Haldschentz
Fleisch- und Wurstwaren
Rich. Mohn
Fleischermeister
An der Weißeritz 5

Winter-Mäntel
Rock-Paletots 49.-, 55.-, 69.-, 75.-, 86.- Mk. und höher
Ersatz für Man
Schweden-Mäntel 29.-, 39.-, 45.-, 56.-, 68.-, 78.- Mk. und höher
Herren-Moden-Haus Hnulik
Freital-Potschappel, gegenüber Hofmühle
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Freital.

Vorteilhaftes Angebot für den Winterbedarf
Nur Qualitätsware
Normalhemden 2,50
Normalhosen 1,80
Normalhemden mit Halbkragen 2,75
Herren-Futterhosen hell und dunkel 2,95
Strickwesten 8.-
Strickjacken 13,50
Schlafdecken 1,98
Wollene Röcke 3,50
Ruhwohl-Unterbetten 12.-
Unterlaken gestrichelt und gewirkt 1,65
Sofadecken 1,95
Tischdecken 1,50
Hemdenbarchent 0,90
Hemdenbarchent 0,65
In allen anderen Abteilungen große Auswahl
Seidel's Modewarenhaus seit 1891 Freital-Deuben, am Sachs. Wolf

Anzüge - Mäntel - Joppen
meine Preise meine Auswahl meine Qualitäten
unvergleichlich
Modenhaus Georg Sobe, Freital-Deu.

Adolf Backmann
Freital-Deuben
LEDERHANDLUNG
Schuhbedarfsartikel Leder-Ausschnitte
Fernruf 680

Die besten **PRALINEN**
kaufen Sie im Freitaler Schokoladenhaus **Willy Pöhlke, Freital-Deuben**
Dohleiner Str. 1 (schrägüber Sächs. Wolf)
In unbekanntem Maße: Schokolade, Kakao, Tee, Kaffee. Große Auswahl in Weihnachts- und Geschenkartikeln aller Art

Kaffee
fein geschliffen
80, 90, 100, 110, 115, 120, 125 g.
Major Kaffeebohnen
Die jüngste Ernte
in der 3. Preisklasse
Kaffee
Hellmuth Bils
Freital-Potschappel
neben der Apotheke

H. Walter
Güterstraße 10
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Körper Freital-Deuben
Sachsenplatz 1
Sonderangebot von billigen Lebensmitteln
Bei der jetzt herrschenden Geldknappheit und Arbeitslosigkeit, wo jeder rechnen muß, wie und wo er seine Lebensmittel so billig wie möglich, aber trotzdem in guter Qualität kaufen kann, mache ich hiermit auf mein nachstehendes, außerordentlich günstiges Angebot aufmerksam. Durch Großeinkauf bin ich in der Lage, Qualitätsware zu sehr billigen Preisen abzugeben.

Schallplatten Gramophone
in großer Auswahl
H. Lehdrich
Freital-Deu., am Sachsenplatz

Ich wähle
Zigarrenhaus F. Münz
Inhaber F. Münz & Sohn
Freital-Deuben, Obere Dresdner Str. 78
Gründet 1878 Fernruf 503
Zigarren und Zigaretten
Reichhaltiges Lager in Rauch-, Kau- und Schnupftabak, Tabakpfeifen u. d. Ersatz, etc.
Ex. 1000 Ex. detail

A. Sch. auzer, Freital-Po.
Unt. Dresdner Straße 64 (am Bahnhof)
Lederhandlung Lederausschnitt Lederwaren
Größte Auswahl am Platz

Zucker in Raffinade . . . 1 Pfd. nur **33**
1 Pfd. Würfelzucker . 0,45 1 Pfd. Puderraffinade . 0,45
1 Pfd. Feinrohrzucker . 0,48 1 Pfd. Kandiszucker . 0,45
in Qualitäten

Wählen Sie
Schuhwaren von **Max Obermann**
Freital-Deu., am Rathaus
Beste und billigste Preisgarantie
Schnell-Reparatur-Veranstalt

Bruno Zichernt
Postleitzahlstraße 7
in Fleisch- und Wurstwaren

Zigarrenhaus W. Menzel
Freital-Potschappel - Carolinstr. 12
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Zigarren / Zigaretten / Rauch-, Kau- u. Schnupftabak.

Kaffee stets frisch geröstet zu äußerst billigen Preisen
1/2 Pfd. 65, 60, 90, 100, 110 und 120 Pf.
Kakao
1 Pfd. Hauskaffee 0,30 1/2 Pfd. Handk. 0,35
1 Pfd. Holländischer 0,50 1/2 Pfd. Trinkkakao 0,35
1 Pfd. Tell 0,30 1/2 Pfd. Heferkakao 0,35
1 Pfd. Weichardt 0,40 1/2 Pfd. Puderkakao 0,35
1 Pfd. Tafelkaffee 0,35 1/2 Pfd. Tell, klar 0,40
Bäckartikel
1 Pfd. H. Weizenmehl 0,35
1 Pfd. Kaiserstange 0,30
1 Pfd. druck. griffle 0,35
1 Pfd. Diamantmehl 0,34
1 Pfd. -reueil, druck. 1,70
1 Pfd. in Kartoffel-mehl 0,28
1 Pfd. Hartweizenmehl 0,32
1 Pfd. Tafelmargarine 0,65
1 Pfd. Nudelmargar. 0,75
1 Pfd. Salz 0,08
1 Pfd. Biochen 0,05
1 Pfd. Pflanzöl 1,50
1 Pfd. Kokosöl 0,15
1 Pfd. Palmöl 0,08
1 Pfd. Schweineöl 0,04
1 Pfd. Sultanin 0,65, 0,75, 0,85, 0,90, 1,00
1 Pfd. Kakaomasse 0,55, 0,65
1 Pfd. Karotten 0,55, 0,65
1 Pfd. große Mandeln 2,10
1 Pfd. Kokosrasp. 0,70
1 Pfd. Haselnüsse 0,75

Infolge vorteilhafter Neu-Einkäufe und reduzierter Preise
Günstige Angebote
bietet Ihnen in Wintermänteln für Damen und Kinder, Strickjacken, Pullovers, Sweaters, Blusen- und Pulloverstoffen, Kleider- und Rockstoffen, Hemdenflanzeln, Bettbezügen, Handtüchern, Tischdecken, Teppichen usw. usw.
Carl May, Deuben

C. Loick, Freital-Potsch.
Unt. Dresdner Straße 66 - Grv. 1574
Tapiserie- und Besatzartikel
Galanterie-, Spiel- u. Lederwaren
Sattlerei und Reparaturwerkstatt

Konserven billig
1 Pfd. Schrotmehl 0,5
1 Pfd. Biergetränk 0,45
1 Pfd. Makkaroni 0,35
1 Pfd. in Hartweizen-Makkaroni 0,35
1 Pfd. Eier-Makkaroni 0,45
1 Pfd. Eiergetränk 0,45
1 Pfd. Graupen 0,38
1 Pfd. Haferflocken 0,28
1 Pfd. Schmirsel 0,45
1 Pfd. Leinöl 0,70
1 Pfd. Tafelöl 0,70
1 Pfd. gesch. Butter 0,70
1 Pfd. Himbeeren 0,70
1 Pfd. gesch. Korn 0,25
1 Pfd. gebr. Getreide 0,25
1 Pfd. Maishalter 0,25
1 Dose Quarkrühn 0,25
1 Dose zerhackte Sahne 0,25
1 Pfd. gr. Tugendbier 0,25
1 Dose 100-g-Liter Nudelsauce 0,25
1 Dose Schmirsel 0,25
1 Pfd. minste Apfeln 1,00
1 Pfd. Biscobat 0,50
1 Pfd. 1. und 2. Speck 1,50
1 Pfd. H. Salz 0,08
1 Dose Mandelbutter 0,80
1 Dose Schmirsel 1,00
1 Dose Weizen 1,10
1 Pfd. H. Öl 1,10
Auf obenstehende Preise gewähre ich außer auf kleinen Zucker
6 Prozent Rabatt
weiter in Rückzug-Forderungen wie abwärts wird.
Versand nach auswärts - in Freital frei Haus

Warum
kaufen Sie bei mir:
Anzüge, Mäntel, Joppen, Hosen
sowie alle Herren- und Berufskleidung
billiger als wo anders?
Weil
bei mir alles in eigenen Werkstätten unter Ausschaltung von Zwischengewinnen hergestellt wird.
Meine Qualitäten sind bekannt wegen ihrer Haltbarkeit und Preiswürdigkeit
Zahlungserleichterung
J. Dörner, Freital-Deuben
Nebst „Sächs. Wolf“
Altestes u. größt. Spezialgeschäft im Pl. Grund
Werbt neue Abonnenten

Freitaler Milchverforgung
Friedr. Meidel, Gabelsbergerstraße 1
Spezialgeschäft für sämtl. Muttererzeugnisse
Zigarrenhaus W. Löffler
Freital-Deuben, Obere Dresdner Straße 124
Beste und billigste Auswahl

Max Schubert
Tabakwaren
Freital 1 Unt. Dresdner Str. 151
Prima **Fleisch- und Wurstwaren**
empfiehlt
Otto Müller, Fleischerei
Tharandt Am Markt 29

Neues Lichtspiel-Haus „Zur Ironen Schicht“
Nur noch bis Sonntag!
Täglich ausverkauft!
Wir sind vom k. u. k. Infanterie-Regiment
Ab Montag bis Mittwoch
Stuart Webbs
in seiner neuesten Abenteuer-um
„Das Geheimnis auf Schloß Eimshöh“
Ab Donnerstag bis Sonntag
Henny Porten
in ihrer bisher besten Großfilm
Tragödie

Wilst Du gut bedient sein?
so kaufe die Parolen, Lätze, Pulver, Umkle, usw.
sowie alle beim Fachmann (Markt)
Max Koss, Freital-Deuben, Große Str. 25

Zigarrenhaus Rein
Freital-Potschappel, Markt 3
Großes Lager in
Zigarren - Zigaretten
Tabaken
sowie allen
Rauchutensilien

Café Zimmermann
Freital-Zauckerode
ff. Bier - Kaffee - Gebäck

Die Maulkorb-Geschäftsordnung

Die Obstruktion der SPD — Der Unfall der Sozialdemokraten

Der Kampf um die Geschäftsordnung der Stadtverordneten in Dresden

Die heftigen Kämpfe, die im Frühjahr d. J. in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten um die neue Geschäftsordnung ausgefochten wurden und bei denen der demokratische Vorstoß mit Hilfe gegen die äußerste Linke vorgehen wollte, wird auch in den Reihen der Dresdner Arbeiterklasse noch in lebendiger Erinnerung sein. Es ist aber gerade mit Rücksicht auf die kommende Wahl von besonderer Bedeutung, diese Vorgänge nochmals zusammenfassend zu beleuchten und der Arbeiterklasse an diesem Beispiel nicht nur die brutale reaktionäre Einstellung der gesamten bürgerlichen Vertretung im Stadtparlament hellbar zu machen, sondern auch nachzuweisen, eine wie schwächliche Haltung die sozialdemokratische Stadtverordnetentraktion bei dieser entscheidenden politischen Frage eingenommen hat. Lehten Endes ist es der Sozialdemokraten gewesen, der die Annahme der Geschäftsordnung im Dresdner Stadtparlament ohne wesentliche Verbesserung zum Nachteil der Vertreter des Proletariats ermöglicht hat. Er hat es verhindert, daß mit allen, auch außerparlamentarischen Mitteln die Diktatur des Bürgerblocks gebrochen, eine Auseinandersetzung der arbeitenden Klassen gegen die Spinnerei — Schulle — Zehle erreicht wurde. Als nach beinahe 21jähriger Ausübung der Konvention der neuen Geschäftsordnung zur Beratung ins Plenum kam, war es für die kommunistische Fraktion eine Selbstverständlichkeit, daß dieses „Maulkorbgesetz“ mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden müßte. Es müßte für jeden Arbeitervertreter auch klar sein, daß mit Annahme der Bestimmungen, die die Redezeit auf ein Minimum reduzierten, die Öffentlichkeit der Sitzungen nahezu illusorisch machte, die die Verwirklichung jedes Antrages an einen Ausschuss, also in die Dunkelkammer verlegten, die jede Obstruktion durch drakonische Maßnahmen bis zur Vollstreckung im Reine zu erzwingen wollten, die den Versuch der losen Annäherung an die Arbeiterklasse mit ungläubigen Strafen belegten, die die Kinderrechte in jeder Beziehung verletzten, die Interessen des Proletariats im Stadtparlament selbst kaum noch wahrgenommen werden konnten, daß jede Opposition gegen die bürgerlich-reaktionären Maßnahmen von vornherein mundtot gemacht werden sollte.

Es hätte erwartet werden können, daß in diesem wichtigen und entscheidenden Falle die SPD mit ihrer Opposition nicht allein hand, sondern daß die sozialdemokratische Fraktion sich aktiv an der notwendigen Obstruktion beteiligen würde. Schon mehrmals im Laufe der vergangenen Wahlperiode hatte die sozialdemokratische Fraktion von dem reaktionären Bürgerblock gewisse Ohrfeigen erhalten und bisher Reis, wenn auch zerhackt, eingelegt. Den Vorsteherposten, auf den sie als protestantischer Anspruch hatten, hatten die Sozialdemokraten im ersten Jahre nur einem Unfall zu verdanken, im zweiten Jahre ging er ihnen verloren, und bei der dritten Wahl hatte sich die bürgerliche Mehrheit eng zusammengeschlossen. Die SPD-Fraktion hatte bereits wiederholt durch den Fraktionsvorsitzenden sich blutige Wunden geschworen und zum Ausdruck gebracht, daß die Beratung der Geschäftsordnung eine günstige Gelegenheit für eine scharfe Opposition bilden würde. Jetzt war also der große Augenblick gekommen. Aber gleich zu Anfang wurde nicht nur die Kommunisten klar, daß ein ernstlicher Wille zur Obstruktion — wahrscheinlich infolge der Haltung der sogenannten 23 Renegaten im Landtag — nicht vorhanden war, sondern der „milde“ Reich erklärte bereits in der dritten Obstruktionssitzung, daß die Sozialdemokraten gar keine Luft hätten, andere wichtige Aufträge zu veräumen nur zu dem Zweck Obstruktion zu betreiben, die letzten Endes doch in die gleiche Zusammenfassung münden. Die Rechte quillte über die Reizbarkeit und Halbheit mit ironischen Ausfällen, was es ihr lediglich dieser Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, daß der Bürgerblock seinen parlamentarischen Gesellen solange trönten und der schärfsten Obstruktion der kommunistischen Fraktion solange Widerstand leisteten konnte. Die Bürgerlichen konnten sich sagen, daß wenn die sozialdemokratische Opposition treibende Partei von vornherein die Auslöschung ihrer Obstruktion befand, dann der wacklernde Partei der wirkliche Wille, die Angelegenheit bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen, auch nicht bestand. Und die Tatsachen haben dem auch Rechnung getragen. Wenn nicht die kommunistische Fraktion mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln immer wieder gegen das Zustandekommen der Geschäftsordnung Sturm gelassen wäre und dabei wiederholt klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hätte, was für ein Gebilde da den Stadtverordneten beherrscht werden sollte, wie ungenügend die Rechte der gewählten Vertreter des Proletariats beschränkt werden sollten, mit welchen drakonischen Maßnahmen man die Vertreter der Arbeiterklasse in den Tod machen wollte, so wäre die sozialdemokratische Fraktion viel eher umgefallen, als das dann eines Tages das geschah. Natürlich wurde der Unfall der Sozialdemokraten von ihnen zu bemänteln versucht. Sie stellten es dar, als wenn durch ihre Initiative die großen Härten der Geschäftsordnung beseitigt worden seien, als könnten nun in Zukunft auch die proletarischen Vertreter im Stadtparlament frei ihre Meinung äußern, als wären die Kinderrechte in jeder Hinsicht gewährleistet. Tatsächlich blieb aber das Maulkorbgesetz in seiner praktischen Auswirkung das gleiche. Das empfand auch die Dresdner Arbeiterklasse ganz deutlich. Die von der kommunistischen Fraktion einberufene Proletarversammlung im Dresdner Ausstellungspalast hat das nur zu wenige bewiesen. Entscheidend war aber, daß auch hier wieder wie so oft seit 1814 und früher, den sozialdemokratischen Vertretern vorbehalten blieb, sich als Lakaien des Bürgerblocks zu präsentieren und, wenn auch nur im Gemeindefeld, die Interessen des Proletariats schamlos zu verraten und dem unermüdlich kämpfenden Teile der revolutionären Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen. Die glänzende Situation des linken Teiles des Dresdner Stadtparlaments wurde nicht zu einem grandiosen Vorstoß gegen den Bürgerblock und damit auch insbesondere gegen den reaktionären Rat ausgenutzt. Es

kam zu einem elenden Kompromiß, bei dem letzten Endes abermals die Reaktion einen Triumph für sich buchen konnte. Gerade hieraus gilt es für die Arbeiterklasse, erneut die Lehre zu ziehen, daß wenn sie nicht konsequent und ausschließlich ihre eigenen proletarischen Interessen verfolgt, daß wenn sie auch nur in einem Punkte dem bürgerlichen Klassengegner die Hand reicht, sich dies allemal auswirken muß zum Nachteil der Arbeiterklasse.

Heute Freitag

7,30 Uhr im Gathhof Leuben

Spricht

Stadtverordneter Genosse Werner

über:

Die Tätigkeit im Dresdner Stadtparlament

Einwohner von Leubegau, Leuben und Dohrnhilf! Erscheint pünktlich! SPD, Arb.-Gebiet Leuben.

Schulkinder werden von der Reaktion mißbraucht

Von einem Schwerkriegsbeschädigten wird uns geschrieben: „In den Dresdner Volksschulen wird bei den Eltern Umfragen gehalten, ob diese damit einverstanden sind, daß die Kinder am 18. November, anlässlich der Annahmefest der „Reichers“ Deutschlands, als Dekorationsstoffe auf den Straßen Spalier bilden dürfen. Diese Umfrage ist, gelinde gesagt, grober Unfug. Die meisten der Kinder haben nicht einmal ganze Schuhe an den Füßen und warme Kleidung auf dem Leibe. Könnte man noch annehmen, daß der Mann, für den nach seinem Ausspruch der Krieg ein Schicksal gewesen ist, sich von der Not der Erwerbslosen, Arbeitslosen und Kriegsveterane selbst überzeugen wollte? Aber die Kinder werden mißbraucht, um mit „Volk“ zu spielen. Klassenfeindinnen und Klassenfeinde, Eltern und Erziehungsberechtigte, lehnt einen solchen Mißbrauch der Kinder ab. Sorgt lieber dafür, daß einem solchen Spieß, wie er am 18. November hier in Dresden zur Ausführung gelangen soll, ein Ende gemacht wird.“

Stimm geschlossen am 14. November für die Vite 4 der Kommunisten!

Gedanken eines Rationalisierten

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Jubiläumstunde heute — die Arbeiter haben für dürftiges Frühlingsgut. Schon 16 Monate arbeitet der Betrieb nur 2-3 Tage pro Woche. Während der 16 Minuten Pause wird lebhaft diskutiert. Das Gespräch dreht sich im wesentlichen um die Lage der Arbeiter und die Rationalisierung, die jetzt im Betrieb auf Kosten der Arbeiter durchgeführt wird. Einige Abteilungen werden jetzt bereits wochenlang durch sogenannte „Zeitstudienbeobachtung“ beschäftigt. Mit Säge und Holzbock ausgerüstet, stellen sie die Verteilung der Arbeiter fest. Es wird notiert, wie lange der Arbeiter zum Berichten seiner Arbeitsleistung gebraucht, welcher Zeitaufwand notwendig ist, um einmal Wasser zu trinken oder um Werkzeug einzutauschen. In das Gebilde, so werden die bestehenden Arbeitspläne neu abgeköpft. Dabei stellt sich heraus, und die gemachten Erfahrungen bestätigen es, daß fast alle Preise in Erscheinung dem Maße zurückgesetzt werden. Die neue Berechnung des Lohnes ist so konzipiert, daß sich der Arbeiter damit nicht zurechtfindet. Die Betriebsräte haben alle Hände voll zu tun, um Aufklärung zu schaffen und Unterstellungen zu geben. „Wie lange wollen wir uns das bloß noch ansehn lassen?“ „Ich spreche ein Arbeiter. „Das ist zu solch dreistiger Arbeit noch Menschen hergeben?“ Von einem anderen vernimmt man die Worte: „Ein paar richtige in die Freie müßte man ihnen lassen und dann leichter Wege geben!“ Ein sozialdemokratischer Kollege erklärt: „Ja, es ist eben nichts dagegen zu machen. 1500 sind schon entlassen, und wer etwas dagegen unternimmt, ist beim nächsten Zeilungsantrag mit auf der Straße.“ Diese heuchlerischen Zeilungsanträge sind ein beständiges Wettrüsten. Die Rufe der Arbeiter werden lebhafter und wird in kurzer Zeit durch das Zeichen der Jubelstunde überdacht, die das Ende der Frühlingspause verkündet. Noch sind keine zwei Minuten verstrichen, da erhebt der Zeitstudienbeamte, proszessierend polternd, er richtet den Kollegen A. Jetzt wird abgeköpft. Zwei volle Tasse hat man dem Kollegen auf dem Boden — jeder Handlung — jede Bewegung wird kontrolliert und beobachtet — greift — jede Bewegung wird kontrolliert und beobachtet. Alles dauert dem Beamten zu lange — der Arbeiter schwitzt. Er gibt sich Mühe, den alten Preis zu halten — aber vergebens. Circa 30 Prozent Kürzung des Arbeitslohnens, das ist der Erlaß der Tätigkeit der „Zeitstudie“. Schämend vor Mut läuft der Kollege zum nächsten Abteilungsleiter, einem SPD-Kollegen. Darauf scharfe Kopfschütteln des Kollegen. Das Ergebnis ist nicht groß, doch der Abzug ist beim nächstenmal nicht ganz so hoch. Der Kollege A. kann sich mit dem neuen System noch immer nicht abfinden. 20 Jahre ist er schon im Betrieb. Noch länger ist er gewerkschaftlich organisiert. Jetzt geht er zum Betriebsratsvorsitzenden, einem SPD-Mann, und wird sich bei ihm über die Sache zu beschweren. „Die sind eben schwerer. Doch dieser geht nicht gegen mich.“ Entschuldigend lächelt er sich zum Gehen. Im gleichen Augenblick meldet ein anderer Arbeiter, daß jedoch ein Kollege an der Schießbank schon herumläuft ist. Da sagt ihm der Gedanke durch den Kopf: „Man hat man genug auch seinen Preis gekürzt, so daß er nicht mehr vorwärts gehen konnte.“ Als abends er nicht mehr vorwärts gehen konnte, läßt er sich noch einmal davor der Kollege A. nach Hause ging, läßt er sich noch einmal die Worte des Betriebsratsvorsitzenden durch den Kopf gehen: „Die sind eben schwerer.“ — „Rasch, sie sind eben schwerer! Das kommt — aber warum? Haben wir nicht auch einmal die Macht? Er denkt darüber nach und die ganze Ereignis der letzten 10 Jahre fließen an seinem Geiste vorüber. Es war im Jahre 1916, als ihn die Firma reklamierte, weil er zur garnisonfähig war. Dann kam der elende Hungerwinter 1917/18, als die Arbeiter nach Reichertend bei 20 Grad Kälte Hungerliden auf ein Stück Margarine im Hofe stehen mußten. Noch im Geiste steht er da elenden, abgemagerten Proletariats. Schon waren einige darunter, die gegen den Krieg

Eine schwarz-weiß-rote Spielart der Freitaler SPD

Als Anfang August dieses Jahres in Freital der Militärverein sein Jubiläum feierte, verlangten die monarchistischen Herrschaften von der Stadtwahl, daß sie die städtischen Gebäude besetzt. Als im Rat über diese Angelegenheit Bescheid gefaßt werden sollte, wandte sich zuerst ein Demokrat gegen ein solches Verlangen. Sofort entstand den Militärvereinsmitgliedern ein waderer Verteidiger. Der SPD-Stadtrat G. H. S. beantragte, daß im Stadteil Leuben die öffentlichen Gebäude und im Stadtteil Döhren die Gewerkschule und das Stenographen-Institut außer Schloß hinstimme nach der Stadtrat Wolf, der ja auch Sozialdemokrat ist, diesem Antrag zu.

Neues aus aller Welt

Widwest im westfälischen Senat. In der Vorhalle des westfälischen Senats erhob am Mittwoch ein Senator einen parlamentarischen Protest gegen die Senatsführung, die während der Senatsführung befristet hatte.

Der Landkreiskreis mit dem Volksop. Von der Strafkammer in Seidenberg wurde ein Wohnungsloser zu sechs Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Der Angeklagte hatte sich in Damenkleidung mit Subilopf und Spangenschuhen in der hiesigen Gegend bettelnd umhergetrieben und dieselben Anlauf zu öffentlichem Vergnügen gegeben.

Ein 12jähriger Mörder. Während eines Streites wurde in dem Orte Schlagenwald der 12jährige Sohn eines Bauern von seinem drei Jahre jüngeren Bruder durch einen Gewehrschuß in den Kopf getötet. Ein anderer 12jähriger Schüler erlitt eine Verwundung im Gesicht. Der jugendliche Mörder wurde dem Gerichte zugeführt.

Reitschwimmer Gertrud Edel. Gertrud Edel, die in der Nähe von Berlin in den Vereinigten Staaten ein Reitschwimmer zu veranlassen. Der Millionär Wigley hat einen hohen Preis ausgesetzt.

Schwere Straßenbahnunglücke in Emmerich. Wie die Morgenblätter aus Emmerich melden, wurde auf der Straßenbahnlinie Emmerich-Jülich, kurz vor Emmerich, die Frau eines Arbeiters von einem Straßenbahnwagen erfasst und auf der Stelle getötet. Beim Weiterfahren fuhr der Wagen in eine Gruppe von Holländern hinein. Dabei wurde eine Person getötet und drei weitere Personen lebensgefährlich verletzt.

Goldfunde in Italien. Ein italienischer Geologe hat in der Nähe von Turin gold- und silberführende Gesteinsadern entdeckt. Die Tiefe der Gesteinsadern beträgt 43 Meter, ihre Länge 2750 Meter.

Schafft rote Gemeinde- und Stadtparlamente! Gebt eure Stimme den Kommunisten!

135. N. M. 48. N. M. 95. N. M. **uben** **tel** **fos** 86.- Mk. **an** **Mäntel** 78.- Mk. **n-Haus** **lik** **happel,** **mühle** **Freital.** **Raffee** **ritsch** **100, 105, 108, 110, 115, 120, 125 g.** **Freital-Po.** **chnitt** **derwaren** **m Platzel** **J. Menzel** **Carolastr. 12** **n / Rauch,** **tabaten.** **Polsch.** **Gr. 1571** **satarkikel** **Lederwaren** **turwerkstatt** **ubert** **ren** **edner Str. 131** **erstwaren** **tscherei** **n Markt 99** **Schicht** **ausverkauft** **Regiment** **id bei Sozial** **Porten** **besten Geschäft** **gödie** **lient sein?** **el, linet, reuclid** **n (Madr)** **Brücke 117, 13** **rmand** **erode** **Gebäck**

Kopftäuscherpolitik oder revolutionärer Klassenkampf?

12. November 1923: Austritt der Kommunisten aus der Thüringischen Regierung. — 1921: Beginn der Abstreifungskampagne in Washington. — 1918: Abdankung der Habsburger, Österreich Republik. — Aufhebung der Gefangenhaftordnung und der Vorkaufanordnungen in Preußen. — Aufruf des Rates der Volksbeauftragten: „An das deutsche Volk.“ (Auseinandersetzung des Belagerungsstaates, der Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Zensur und Erlass einer Amnestie angekündigt). — Warschauer Rogenhaftort überträgt Regierungsgeschäfte an General Bilubski. — 1917: Kampf bei Gafschina zwischen Bolschewiki und Kerenstruppen. — 1903: Beginn der Truppenkonzentration in Wladimirof.

Der 14. November

Für die am Sonntag, den 14. November 1923, stattfindende Stadtverordnetenwahl ist die Stadt Dresden einzelt. der selbständigen Gutsbezirk Albersdorf, dessen Bewohner nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. Oktober 1923 der Stadt Dresden angegliedert worden sind, in 307 Wahlbezirk eingeteilt. Die Wahlzeit dauert von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Die Einteilung der Wahlbezirke und die Wahlkreise sind aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die in den einzelnen Wahlbezirken an den öffentlichen Aufschlagsstellen angebracht sind.

In der gleichen Zeit wie die Stadtverordneten sind je 15 Mitglieder und je 15 Ergänzungsmänner für die 6 örtlichen Verwaltungsausschüsse der Stadt Dresden zu wählen.

Bei der Stadtverordnetenwahl sind die Wahlvorschlüge

Nr. 1 Sozialdemokratische Partei

Nr. 4 Kommunisten

Nr. 12 Revolutionäre Linke

miteinander verbunden. Weiter sind bei dieser Wahl miteinander verbunden:

Liste 2 Deutschnationale Volkspartei

„ 3 Deutsche Volkspartei

„ 5 Gruppe Handwerk, Handel und Gewerbe (Wirtschaftsgruppe)

„ 6 Deutsche Demokratische Partei Dresden

„ 9 Deutsche Zentrumspartei (Christl. Volkspartei)

„ 10 Freier bürgerlicher Ausschuss für die Stadtverordnetenwahlen 1923

„ 11 Allgemeiner Hausbesitzerverein zu Dresden

„ 13 Reichspartei für Volkswahl und Aufwertung.

Die Verbindung dieser Listen ist vom Wahlausschuss zugelassen worden. Für die Wahlen in die örtlichen Verwaltungsausschüsse sind die Wahlvorschlüge der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten für den 1., 3. und 5. Verwaltungsausschuss miteinander verbunden worden. Auch diese Verbindung ist vom Wahlausschuss zugelassen worden.

Die Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahl sind amtlich hergestellt und werden am Wahltag im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgehändigt.

Der Wahlberechtigte hat sich mit dem Stimmzettel und dem ihm gleichzeitig ausgehändigten, amtlich abgestempelten Umschlag in den im Wahlraum befindlichen Nebenraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben. Dort kennzeichnet er auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz innerhalb des vorgedruckten Kreises oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Wahlvorschlüge er seine Stimme geben will, und legt den Stimmzettel in den Umschlag. Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind ungültig.

Für die Wahlen in die örtlichen Verwaltungsausschüsse gibt es keine Stimmzettel. Der für die Stadtverordnetenwahl innerhalb der Verwaltungsbezirke abgegebene Stimmzettel gilt zugleich für die Wahl der Mitglieder und der Ergänzungsmänner für den betreffenden Verwaltungsausschuss, soweit von den Parteien auch für die Verwaltungsausschüsse Wahlvorschlüge eingebracht und vom Wahlausschuss zugelassen sind.

Wahlurnen werden bei der Stadtverordnetenwahl nicht aufgestellt.

Am 14. November müssen die Dresdner Werktätigen zeigen, daß sie aus der Vergangenheit gelernt haben. Ihre Stimme muß dann fallen auf die Liste 4 der Kommunisten:

Schrapel, Siegel, Wettengel

Kotlanzung. Das Flugzeug „Schwalbe“ des Zirkus Baran, welches sich auf dem Rückflug von den Kesseler Flugzeugwerken befand, wo es ein Reparatur war, mußte infolge eines Hebelbruches 56 Kilometer vor Dresden niedergehen. Pilot und Maschine blieben unversehrt. Der Chefpilot Haal hofft demnach bereits heute seine Kunitzflüge über Dresden ausführen zu können.

Volkshochschule. Der Vortrag von Dr. Richard Härtger fällt am Freitag, den 12. November, aus. Nächster Abend: 19. November. — Naturkundliche Wanderungen mit Dr. Frick: 2. Böhler, Abteilung 2. Sonntag, den 14. November (an Stelle des 24. Oktober) ins Bahra- und Seidewitztal. Abfahrt: 8 Uhr Hauptbahnhof. Rückkehr: 4,28 Uhr. — Dr. Kurt Schumann: 1. Wanderung mit Karte und Wandertab in die Siegf. Schweiz, Mittwoch, den 17. November (statt 14. Novbr.). Abfahrt: 8 Uhr Hauptbahnhof. Sonntagstour Königstein. Teilnehmerzahl hierzu geschlossen.

Dresdner Volkshöhe. Für den Vortrag des Herrn Friedrich Klotz, der heute Freitag, den 12. November, 7,30 Uhr abends in der Aula der Kreuzschule stattfindet, erhalten die Mitglieder der Dresdner Volkshöhe Karten zu ermäßigten Preisen in der Volkshochschule am Georgplatz.

Einem Fortschrittskursus für Arbeiter-Eperantisten veranstaltet die Arbeiter-Eperantengruppe Dresden, Section Vohbau, am Jugendheim, Poststraße 15. Der Kursus beginnt Montag, den 15. November, abends 7,30 Uhr, und wird voraussichtlich 16 Wochen dauern. Die Leitung wird von Gen. Paul Ködiger, Hauptredakteur, Dr. Leonhard Preis, Hauptdarsteller, Ulrike Rödel, Gisela Wagener, Johanna Seiffert, Lisa Luffmann, Adolph Rödel, Harry Klein, Carlo Vicoli, Fritz W. Reichmann, Joachim Steinhilber und Karl Brandmeister. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Abendveranstaltungen um 8 Uhr beginnen. — Im Sonntag nachmittag gelangt wiederum das Kindermärchen „Kostappchen“ von Robert Rückert zur Aufführung. — Am Montag bier die Theaterinsolite Gafschina im Volkstheatertheater geschlossen.

Theater am Wajaplatz. Am Freitag gelangt abendstündlich „Rein Leopold“, Komödie mit Gesang in 3 Akten von Adolph W. Aronow, zur Aufführung. Spielleitung: Adolph Rödel. Musikalische Leitung: Dr. Leonhard Preis. Hauptdarsteller: Ulrike Rödel, Gisela Wagener, Johanna Seiffert, Lisa Luffmann, Adolph Rödel, Harry Klein, Carlo Vicoli, Fritz W. Reichmann, Joachim Steinhilber und Karl Brandmeister. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Abendveranstaltungen um 8 Uhr beginnen. — Im Sonntag nachmittag gelangt wiederum das Kindermärchen „Kostappchen“ von Robert Rückert zur Aufführung. — Am Montag bier die Theaterinsolite Gafschina im Volkstheatertheater geschlossen.

Helferei. Wegen Gefährdung wird die Hamburger Straße zwischen der Bremer Straße und Bahnhofsstraße vom 10. November dieses Jahres ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Helferei gesperrt.

Unmittelbar nach der Revolution fand innerhalb der bürgerlichen Gruppen ein großes Umwälzen statt. Die Arbeiterlichen Parteien erstreckten sich als Parteien des Volkes" auszuzeichnen (Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei). Diese auf erbärmliche Täuschung abzielende Methode legt man auch den Gemeindegewählten fort. Unter den unfähigsten Namen gibt man kapitalistische "Arbeiter"listen u. a. heraus, oder man markiert unter einer Flagge, die die persönlichen Profitinteressen bestimmter "Wirtschafts"schichten" anzuwählen. Es erscheint notwendig, an dem Dresdner Beispiel vor der Bevölkerung diese Methode klarzumachen und niedriger zu hängen.

Nicht weniger als 13 Listen erschienen auf dem kommunalpolitischen Kampfsplan.

Die monarchistische Deutschnationale Volkspartei bringt an der Spitze den berühmten Sparsmacher und Großhändler Stadtpräsident Dr. Berthold, der sich schon für den Posten des Finanzdepartements in Dresden bewarb. Ihm folgt die unermüdliche "Archäologin" Hausfrau. Dem ihm folgt die unermüdliche "Archäologin" Hausfrau. Dem ihm folgt die unermüdliche "Archäologin" Hausfrau. Dem ihm folgt die unermüdliche "Archäologin" Hausfrau.

Als Hilfspartnern dieser Reaktionskräfte marschieren auf die Hauptstädter und Handwerker. Sämtliche Hausbesitzer der Liste 11 sind deitschnational organisiert und ihre Spitzenvertreter haben bereits im Stadtparlament die deutschnationale Fraktion aufgestellt. Paul war sechs Monate lang deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, und Gosmann prägte das offene Wort, daß die Wirtschaft nicht dem Hausbesitzer gestohlen sei. Er war der einzige Lehrer bei der Obstruktion im Rathaus und rief dort am lautesten nach der Polizei und dem Staatsanwalt.

Der Spitzenkandidat der Liste 5 (Handwerk, Handel und Gewerbe) ist ebenfalls echt deutschnational. Bäckereimeister Ruppel ist Reichstagsabgeordneter dieser Partei. So marschieren also tatsächlich nebeneinander drei deutschnationale Listen auf. Kein Votum wird auf sie herinkommen. Die kleine Gewerbebetriebe aber hat gewarnt. Die deutschnationalen Hausbesitzer werden ihm keine Gewerbeträume im königlichen Einvernehmen mit der kapitalistischen Handwerkergruppe, die eine Stimme wird, und ihn auf die Straße jenseits.

Die Volkspartei, der Stichtrup des Stadtverordnetenwahl, legt an ihre Spitze einen Juristen der Bürgerliste. Der ehemalige Gemeindevorstand aus dem feudalen Kaiserreich, der natürlich nicht schlen. Er vertrat am besten die Abwärtungsmethode gegen die Erwerbslosen. Nun folgt der idyllische vom Dukend, der Herr Hofrat Holtz. Die von ihm vorgelegt geschlossenen Sitzungen sind nicht zu zählen, seine Unfähigkeit ist schließlich geworden, daß versteht er glänzend, auf das kapitalistisch schillende Härsch zu reagieren. Folgt schließlich als Beamtenvertreter der Gruppen 10-13 und darüber, als Beamtenvertreter oder der Gruppen 1-9 der Herr Bureaudirektor Pätzler und der ewig die Farbe wechselnde Herr Lubich, normaler deutschnational. Wirklich, diese Namen bedeuten ein Programm, und zwar ein erregendes, arbeitseindliches. Das paßt herrlich als Hopfianer der Herr Kaplan Engländer, Schwizjaner im Sitzungssaal, regnen aber beim Teufelsbuch und Schachbrett in der Trinkstube.

Was soll man zu den Demokraten sagen? Ihr Häuflein führt der Oberstleutnant Pfeiffer, als brauner Kuli der Reaktionäre. Sie wanken und er ruft die Polizei. Man bürgerlichen Schwimmbad best er mit seiner „demokratischen" Verton, keine Geschäftsführung ist eine einzige Herausforderung der Linken. Der „Schwimmklub" Fischer und der alle Oberlehrer Klajus machen jede Aktion gegen den Wahlbündentag mit Wonne mit. Der glänzendste Vertreter dieser Politik der Mitte ist der „Arbeiterretter" und „Mittelschichtvertreter" Berndt, der zum Stichtrup der Hausbesitzer gegen die kommunalistischen Wählergruppe stimmte und von der Vertreterversammlung des Arbeitervereins das Vertrauen abgeprochen bekam. Wirklich, eine schöne gutkapitalistische Liste.

Reaktionäre sind die Opfer der Inflation, die kleinen Rentner und Sparer. Reaktionsmeister aber sind die Wähler, die von einer Aufwertungsparlei sich goldene Berge für entwertetes Papiergeld, versprochen. Die „Aufwertungsliste" Nr. 13 hat sich mit den übrigen bürgerlichen Listen verbunden.

Aus Freital

Bergarbeiter, denkt daran!

SPD und Bürgerliche gegen die hungernden Bergarbeiter.
In der von der kommunalistischen Fraktion beantragten außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 26. Mai 1924 fand folgender kommunistischer Antrag zur Beratung:

Antrag.
Das Kollegium wolle beschließen:

Den ausgebeuteten Bergarbeitern, soweit sie in Freital wohnen, werden zu Einbezug der größten Not aus Mitteln der Wohlfahrtspflege Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung gewährt.

ABD-Fraktion, Schneider.
In Gemeinderat mit den Bürgerlichen lebte die SPD diesen Antrag ab. In besonders scharfer Weise wandte sich der Sprecher der SPD-Fraktion, der Stadtverordnete Anhold, gegen diesen Antrag der SPD-Fraktion und erklärte, daß sich die Stadt in den gewerkschaftlichen Kampf nicht einschließen könne. Die Bergarbeiter, die von der initialen Inflation hart geschwächten Organisation des Bergarbeiterverbandes eine ganz jämmerliche Unterstützung erhielten, blieben auf die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft angewiesen. So unterstützten die Freitaler Sozialdemokraten die sächsische Koalitionregierung, deren Finanzminister Reinhold den Bergarbeitern verlängerte Arbeitstage aufzwang und die Löhne kürzte. Damit nicht genug. Der Reagenz Köllel, SPD-Stadtworwmeier und Vertreter des Kollegiums in Freital, stimmte mit den übrigen Bergarbeitern im sächsischen Landtag für die Beilegung des Achtstundentages in den sächsischen Steinkohlenwerken. Der sozialdemokratische Innenminister hielt es sogar für notwendig, die Sipo nach Freital zu entsenden, um die Streikbrecher zu säubren und die Bergarbeiter zu proscribieren. Die AB-Stadtworwmeierfraktion sah sich deshalb veranlaßt, folgenden Dringlichkeitsantrag im Stadtverordnetenkollegium zu stellen:

Dringlichkeitsantrag.

Das Kollegium wolle beschließen:
Der Rat wird beauftragt, beim Innenministerium zu beantragen, daß die anlässlich des Bergarbeiterstreiks nach Freital auswärts Hilfsspitzen sofort zurückgezogen wird, da zum Einziehen der Hilfsspitzen keinerlei Ursache vorhanden und die Anwesenheit derselben keineswegs angeht ist. Zusammenstöße mit den freitalen Bergarbeitern zu proscribieren.

Kommunistische Fraktion, Schneider.
Erst nach Annahme dieses Antrages, dem auch die Bürgerlichen zustimmten und infolge der guten Disziplin der kämpfenden Bergarbeiter sah sich Max Müller veranlaßt, seine Garde aus Freital zu entfernen.

Die Bergarbeiter aber mühten in ihrem Kampfe unterliegen. Herr Kimmel vertrat die Bergarbeiter auf die Wohlfahrtspflege, von der dann die „bedürftigen" Antragsteller

hunden. Warum hat aber denn im Reichstage die bürgerliche Mehrheit den Rentnern ihr Geld nicht ausgemerzt? Haben nicht Hinzburg und die Deitschnationalen den Bergarbeiter Besprechungen gemacht und nichts gehalten. Und mit denen verhandelt sich die Aufwertungsliste Sparer, Rentner, der Kapitalismus, der auch betrog, will und wird auch nicht helfen. Der berarinte Mittelkändler gehört zum Proletariat.

Einfach auf weiter Flur eröffnet Herr Flumentritt den Reigen der antirevolutionären Kräfte mit seiner „Bürgerlichen" Liste. Seine bisherigen Kollegen sind teufelsmännlicher rausgeschmissen und nichts gehalten. Die Landtagswahl hat ihm schon den Weg ins Nichts gewiesen.

Als Konkurrenz tritt die antirevolutionäre Familie Wäber mit der Freien bürgerlichen Liste" 10 in Erscheinung. Traurig ist ihr Andenken seit der Zeit der Judenliste, der Reformpartei, die in Geld und Schmutz unterging. Sie haben wegen Bedeutungslosigkeit aus, hat aber für alle Jahre ihre Stimme durch Listenbindung dem Bürgerium geschenkt.

So tritt die bürgerlich-kapitalistische Klasse heute erst vor die Dresdner Wählerkraft, goldene Berge versprechend, Aufwertung ankündigend, Menschlichkeit predigend. Was kann die Klasse der Entrechteten von ihnen erhoffen, was haben sie jeither getan?

Darum keine Stimme diesen Feinden der Hand- und Kopfschmerz! Hinweg mit der bürgerlichen Mehrheit!

Durch ihre ganze bisherige Politik im Landtage wie im Stadtparlament haben die Vertreter der ABP bewiesen, daß sie nichts anderes als gemeine Handlanger dieser bürgerlichen Ausbeutermeisterei zu betrachten sind. Für Gewerkschaften und Bürgermeister-Gebärdet stets zu haben, heißt ja den Satten gehörend, haben sie stets im Bunde mit der Reaktion gegen die Arbeiterinteressen gewirkt. Wirklich, als Arbeitervertreter besonders beim Eisenbahntariff bekannt, ist der typische Renegat vom Schilke Kühns, Reichshilfsleiter der Regierungsrat, macht seine Hand an seinen Arbeiter „Amokig". Darum keine Stimme dieser Schutztruppe der Reaktion.

Eine kleine Gruppe von Wirtkößen glaubt sich ein „revolutionäre Linke" ausfüllen zu können. Ihr Sieg wird dem der Herrn Flumentritt gleichgestellt sein. Keine aufgeregter Arbeiter, erst recht kein wirklicher Revolutionär kann auf diese rein egoistische Kriegslüste herabfallen. Bezeichnend ist, daß sich der sogenannte „Antiparliamentarische" im trauten Verein mit „ängst entlarvten Mandatsträgern gefunden haben.

Die SPD sucht mit viel Material und viel tabularen Reden gegen die Arbeitervertreter Wirtk u. Gen. ihre unzeitige Halbsicht zu verschleiern. Solch jählt sie den Bürgermeister Kliche, den stets verjagenden Wohnungsbesessenen, zu den Thron, mächtig schimpfend auf den reaktionären Rat, führt sie ihn bei allen Abbauanträgen der SPD, ja vertraut ihm den „Schuh der Republik" an. Die Erwerbslosen sieht die SPD auf Armenanten, weil die Gelehrte ihrer Gewissen im Reich anderes nicht zulassen. In Berlin hat die dem Bürgerium die Katsche der Kommunisten an Grund und Boden nie gegen die Koalition, ist sie in Weltlichkeit jedem ersten Kampfe gegen die Kapitalisten angewiesen, hat in Prag den Klassenkampf entlag.

So steht die SPD allein im Kampfe gegen die bürgerliche Rechte und ihre Helfershelfer. Die SPD sieht ihre Stärke allein in den Massen außerhalb des bürgerlichen Parlaments. In diesem, als in dem Lager des Reichstages lämpft sie rechtschaffen für die Behodung der Tagesorden der Massen, für die Entlassung der Polizei der Waffenbesitzer und dorer, die immer noch vorgeben, dem Proletariat helfen zu wollen und doch mit dem Feinde sich verbinden.

Die Kommunisten treten ohne Versprechungen, aber mit reinem Arbeitergeissen vor das Proletariat. Ihre bürgerliche Tätigkeit ist der Beweis für ihre wirkliche proletarisch-revolutionäre Politik.

Klassengeissen! Ausgehütete! Sparer! Rentner! Erwerbs- und Wohnungssuche! All ihr Entrechteten!

Gebt euren Ausbeutern und ihren Handlangern am 14. November die rechte Antwort: Wählt eure Klassenbrüder!

Wählt Kommunisten!

Liste 4. **Schrapel — Siegel — Wettengel — Werner.**
Schafft ein rotes Dresden!

„wohlwollend" und nach Möglichkeit" berücksichtigt werden sollten. Sein Parteifreund Wöbel aber sorgte im sächsischen Landtag im Interesse des Grundkapitals für den Ruch des Achtstundentages in den sächsischen Kohlengruben. Trotz vieler Schwabtanen blieb Herr Wöbel Mitglied der SPD-Fraktion, bis er es selbst vortrag, nach Gründung der Allen Sozialdemokratischen Partei dieser Fraktion den Rücken zu kehren.
Die Freitaler Bergarbeiter dürfen am 14. November die traurige Rolle der SPD-Stadtworwmeierfraktion nicht vergessen.

Bergebungs-ausschuss?

„Jawohl, der hat bestanden. — Run — und wo ist er jetzt? Er befindet sich beim Rat, in der sogenannten „Dunkelfammer". Warum ist er denn abgehaftigt worden? Run, die „nationale Rechte" hat ihn in den Drogen geworfen, denn der Ausschuss war immer sehr instabil. Wia? — da kam so richtig der Charakter des raffinierten, profitliebsteren Menschen zum Vorschein. Konkurrenzneid — Schmutzkonkurrenz — Ringbildung. Submissionsbilden der vertriebenen Arten und noch mehr schilbische „Sachen". War manchen Herren sehr unangenehm, was sich da alles für Auswertungen zeigten. Run ruht er im Schoß des „allgewaltigen" Rates, im Schoß der Dunkelheit und Behodgenheit. Run erfährt die Öffentlichkeit nichts mehr von Schmutzkonkurrenz und Submissions unangehört, und nichts mehr von Korruption. Run brauchen die Baummeister und Handwerksmeister nicht mehr so „hinterherum" die einzelnen Mitglieder des Ausschusses zu belucken, um Zustimmung für ihre Verschärfungen machen zu lassen. Geht's um Profit, dann macht man schon mal den unliebamen Weg zum — Arbeiter! Jetzt ist durch euren Spruch am Sonntag diese Manieren! Jetzt ist dem Schiefer Kapitalistischer Geschäftstätigkeit und wählt Kommunisten!

Rundfunk

Sonntag, den 13. November:
7,45—8,15 Uhr: Vortragsreihe: „Die deutsche Ril.-Kudoffen. Ruffa-Expedition." 1. Vortrag. Max Grübl: „Allgemeines Ueberblick."
8,15 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
8,30 Uhr: Vortragsreihe. Mitwirkende: Karl Köhler, Karl Cretz vom Allen Theater Leipzig und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
10,15—12 Uhr: Tanzmusik.

Voranschläge Witterung am 13. November (Sonntag):
Zeitweise heiter, vielfach wolkig, mild, etwas Regen.
Am 14. November (Sonntag): Frühnebel und sehr mild. Später wolkig und dann aufhellend und mild. Sonnig im Verlauf.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Gewerblich-Industrielle Dresden Verlags- und Vertriebsunternehmen Wilo Schneider, Freital

Eine Bierzimmerwohnung gefällig?

Der stillgelegte Konsumvereinsbau, oder wie Herr Heilbutt zu einer neuen Bierzimmerwohnung kam!

Seine Antwort an die „Freitaler Volkszeitung“

Verlogenheit und Kommunismenge ist immer der besondere Briefling der „Freitaler Volkszeitung“ gewesen. Denn hat sie Ihre „Vinscheln“ schon immer bewiesen. In den letzten Tagen vor dem Gemeindevahltag leistet sich die „Freitaler Volkszeitung“ auf diesem Gebiet geradezu Unglaubliches. Ihre schäblichste Art in der Argumentation gegen die Kommunisten ist durch die niedrigste Kampfesweise der Lüge und Verleumdung weltgemacht werden. Die Schwandbelein, die Herr Heilbutt als Redakteur der „Freitaler Volkszeitung“ seinen Lesern vorzuführen sich erlaubt, sind so toll, daß selbst alle sozialdemokratischen Arbeiter Widerstand erheben. So erklärte ein sozialdemokratisches Parteimitglied in der Tagesrede, daß er sich nicht die „Dresdner Volkszeitung“ bestellt, um nicht mehr Gerüchten zu sein, den „Heilbuttschen Quatsch“ zu lesen. So war selbst sozialdemokratische Arbeiter den Inhalt dieser „stinken“ Zeitung ein. Doch Herr Heilbutt scheint derartig von Kommunismenge befallen zu sein, daß er schon nicht mehr anders kann. Jedes Mittel scheint ihm recht, um den Kommunisten eins auszuwaschen. In den letzten Tagen vor dem Wahlkampf operiert Herr Heilbutt mit derartigsten Unwahrheiten, daß es uns doch notwendig erscheint, nunmehr wenigstens auf der allergrößten Schwandbelein eine Antwort zu erteilen. Unter der Überschrift:

„Alle Maurer stehen still, wenn der Kommunist es will!“

beringt Herr Heilbutt am vergangenen Sonnabend noch einmal das alte Märchen, die Kommunisten hätten durch ihre Verleumdungen den Konsumvereinsbau stillgelegt und damit die Erwerbslosigkeit von 15 Maurern verursacht und den Bau von acht Wohnungen verhindert. Wir sind der festen Überzeugung, daß dieser aufgemähte Schwand kein Hund mehr hinter dem Ofen vorfinden wird, halten es jedoch für angebracht, die Dreistigkeit dieser Lüge zu beantworten mit der Darstellung des wirklichen Sachverhalts.

Was hat es mit der Stilllegung des Konsumvereinsneubaus auf sich?

Bekanntlich errichtete der Konsumverein „Vorwärts“ an der Ecke Untere Dresdener Straße, Ecke Niederpfeiferer Straße ein neues Gebäude. Zu diesem Zweck mußten die zwei dort befindlichen alten Häuser, in denen sich u. a. auch die Konsumvereinsverkaufsstelle befand, abgebrochen werden. Um Ersatz für die abgebrochenen Wohnungen zu schaffen, wurde an das Konsumvereinsgebäude an der Niederpfeiferer Straße ein Seitenflügel angebaut. Dort hinein zogen die Mieter der jetzt abgebrochenen Häuser. Herr Heilbutt, der im Konsumvereinsgebäude an der Niederpfeiferer Straße eine Parterrewohnung innehat, verlangte vom Wohnungsausschuh eine Bierzimmerwohnung. Als Begründung dafür wurde angegeben, daß in seine Wohnung die provisorische Verkaufsstelle des Konsumvereins verlegt werden sollte.

Diese Begründung entsprach nicht den Tatsachen,

wenn der Konsumverein hätte bereits mit dem Bau einer selbstständigen Verkaufsstelle an der Richard-Wagner-Straße begonnen. Der Wohnungsausschuh lehnte deshalb das Gesuch Heilbutts ab, zumal Heilbutt auch in die Wohnungsliste nicht eingetragen war, und zum anderen stellte sich der Wohnungsausschuh auf den Standpunkt, daß der Konsumverein gegen acht Wohnungen erbauden würde und auch erstellt hat, um die Mieter der zu räumenden Wohnungen aufzunehmen.

Tatsächlich war auch für Herrn Heilbutt im Seitenflügel eine Wohnung bereitgestellt. Diese lehnte Herr Heilbutt ab.

Die Wohnung wurde darauf von einem Mieter von der Pöschky bewohnt. In Wirklichkeit war es nur die Absicht des Herrn Heilbutt eine neue, schöne und geräumige Wohnung zu erhalten, um höchsten in einem künftigen Grundstück.

Herr Heilbutt sagte es schon lange nicht, daß seine Wohnung an einer so verkehrreichen Straße lag. Sollten seine übrigen Parterrewohnungen, erinnert sei an Herrn Bensch, an Herrn Köchel und verchiedene andere, solche Wohnungen in günstiger Lage erhalten, so wollte Herr Heilbutt nicht zurückstehen.

Für die Wohnungsausschuh die erste Begründung ablehnte, wurde ein neuer Schwandel gefunden werden. Das hat Herr Heilbutt nicht schmerzt. Und so wurde in einem erneuten Versuch an den Wohnungsausschuh erklärt, die Zusammenführung einer Bierzimmerwohnung an Herrn Heilbutt sei deswegen notwendig, weil durch die alte Wohnung ein Durchgang gebrochen werden müsse, und die übrigen Räume müssten zu einer Frühkitchen für die Bauarbeiter eingerichtet werden.

Das sollte selbstverständlich der Wohnungsausschuh mit Zustimmung der Mietervertreter ab, weil er es nicht verantworten konnte, daß eine große Wohnung zu solchen Zwecken verwandt

werde. In vorerwähnter Lage dazu auch keine Notwendigkeit vor. Daraufhin kam der Konsumvereinsbau durch irgendwelche Ursachen auf acht Tage zum Stillstand. Schuld war daran nicht etwa der Wohnungsausschuh, der Herrn Heilbutt die Wohnung ablehnte, sondern die Ursachen waren andere. Die beiden Kommunisten, die auf dem Bau beschäftigt waren, wurden nicht wieder eingestellt, im übrigen waren die Bauarbeiter hinreichend mit Abrucharbeiten bei den alten Grundstücken beschäftigt. Doch Herr Heilbutt wollte unter allen Umständen zu einer Wohnung kommen. Da nahm der in seiner Mehrheit sozialdemokratisch zusammengesetzte Rat Herrn Heilbutts Wünsche auf, in der Anliegerschen Offizierskaserne zugewiesen.

Es wurde ihm durch den Rat eine Bierzimmerwohnung. Was machte man aber erleben? Herr Heilbutt lehnte diese geräumige Bierzimmerwohnung ab. Was war seine Begründung? Er erklärte,

die Wohnung sei nicht gut vorgerichtet und die Lage gegenüber der Glasfabrik gefalle ihm nicht.

Damit ist erwiesen, daß es Herrn Heilbutt nicht darauf ankam, nur eine Wohnung zu erhalten, um dem Konsumverein Parterrewohnungen zu schaffen, sondern seine Absicht war, eine schöne Wohnung in besserer Lage zu erhalten. Herr Heilbutt bewies auch damit, daß er es besser versteht, Kommunismenge zu machen, als den Kampf gegen einen Hausbesitzer aufzunehmen, der seine Wohnungen nicht verleiht. Und dieser traurige Held wagt es, in der „Freitaler Volkszeitung“ in so wüster Weise gegen die Kommunisten zu hetzen, wenn die SPD-Genossen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Wohnungsoverteilung nicht bevorzugt an einen sozialdemokratischen Parteimitgliedem geschehen kann. Aber der Rat der Stadt hielt es für notwendig, Herrn Heilbutt die Wünsche zu erfüllen.

In dem von der Stadt vor kurzem angekauften Grundstück der früheren Detraffiererei wurden aus den Mitteln der Heizkosten der Wohnungen ausgebaut. Davon erhielt Herr Heilbutt als erste eine große, an lässliche Kosten gut vorgerichtete Bierzimmerwohnung.

Dort hat Herr Heilbutt seine Ruhe und kann u. gestört seine glückliche Heide gegen die Kommunisten fabricieren.

Das ist der Sachverhalt, wie er sich in Wirklichkeit abgespielt hat. Um das Manöver zu verurteilen, mußten die Kommunisten herhalten. Deswegen die Heide vom stillgelegten Konsumvereinsbau“. Herr Heilbutt hat das eine Ziel erreicht. Er hat keine Bierzimmerwohnung. Für die Protesten sind die Lächer, die Herrn Heilbutt nicht mehr passierten. Die anderen können sich mit Herrn Anieling herumschlagen. Herr Heilbutt braucht das nicht. In Anerkennung seiner vorzüglichen Kommunismenge hat er sich diese Wohnung, die ihm der Rat bereitwillig zugestanden hat, wirklich „verdient“. Die Freitaler Arbeiter aber müssen jetzt entscheiden. Wir sind überzeugt, daß alle demokratischen Wähler der „Freitaler Volkszeitung“ sie nicht davon überzeugen werden, daß die Tätigkeit der Kommunisten nicht im Interesse der Wohnungsverhältnisse und der breiten Schichten der Arbeiter gelegen hat. Selbst wenn Herrn Heilbutt bei der Ergrüblerung einer schönen Bierzimmerwohnung einige Schwierigkeiten bereitet worden sind. Das zweite Ziel des Herrn Heilbutt, mit diesem Schwand eine Propagandakampagne gegen die Kommunisten zu schaffen, dürfte nicht gelingen.

Wahlfahrtsblase in Freital

Die Wahlfahrtsysteme der Stadt Freital ist muntergütig. Wer wollte das wohl bezweifeln? Das kann nur einer aus Posheit tun, der absolut nicht begreifen will, daß es doch mit der Wahlfahrtsysteme besonders gut sein muß, zumal das Dersicht für Wahlfahrtsysteme noch von einem sozialdemokratischen Gefeier wird. Sogar eine eigene Wahlfahrtsystem gibt es in Freital, dort steht es schwarz auf weiß, daß in Freital die Wahlfahrtsysteme „demokratisch“ und nun alles schön und gut ist. Nur fürger, wie das die Kommunisten sind können sagen, an der Realität der Worte zu zweifeln. Doch das sind die ewig langwierigen, denen es selbst der Bürgermeister Klimpel, der doch eine „Autorität“ für sozialdemokratische Gemeindeväter ist, nicht recht machen kann. Herr Klimpel leitet die Wahlfahrtsysteme nach den Grundsätzen der „Gerechtigkeit“. Die Wahlfahrtsysteme muß „individuell“ gehandhabt werden, und darüber, was bei der Handhabung der Wahlfahrtsysteme „Gerechtigkeit“ ist, informiert folgender Vorgang, der sich in einer Sitzung des gemeinsamen Beirats des Stadtschulrates des Wahlfahrtsystems abspielte:

Selbmann's Haferkakao Pund Grenadierstraße 60 Pl. - und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Treffel

(57. Fortsetzung)

Die Gabeln und Löffel sind aus solchem Gold, und die Schüsseln aus Silber. Die Blumen, die auf den Tischen stehen und von der Decke herabhängen, kosten 2000 Pfund Sterling, und für dieses eine Fest mußte der Mann 30000 Pfund Sterling zahlen.

Nach ein paar Kurbeldrehungen, und wir sehen ein Abendessen beim Oberbürgermeister im Ranken Hause. All die hohen Männer an den Tischen da sind liberale und konservative Mitglieder des Parlaments.

Nun kommt ein ganz grobartiges Bild: Bierfähige Arbeiter. Hier sehen Sie Frau Winkelwirts Zwergkinder, die auf Stühlen um ihren Speisetisch herumstehen. Sie haben weiße Servietten um den Hals gebunden und essen wie Menschen von silbernen Tellern. Richtige gebende Kellner im Smoking bedienen sie. Frau Winkelwirts liebt ihre kleinen Viehlinge sehr, und sie dürfen nur die beste Nahrung bekommen. Sie kriegen Lammbraten, Rumpsteak, Hammelfleisch, Kalbshoden und Vanillesauce.

Hier sehen wir noch eine Arbeitslosendemonstration“, fuhr Herr Jort und drehte ein anderes Bild hervor. „200000 kräftige Männer erhalten keine Erlaubnis zum Arbeiten“.

„Seht sehen wir in das Innere eines industriellen Heims“, Rinde und verhehlte Kinder arbeiten für ihren Lebensunterhalt.“

Unter nächstes Bild heißt: Billige Arbeit. Wir sehen eine Schar Jungen zwischen 12 und 13 Jahren denen Arbeitslosene ausbeutend werden. Nun können sie arbeiten gehen und ihren arbeitslosen Vätern helfen, die Miete für ihre Wohnhöfen zu zahlen.

Wir drehen die Kurbel nochmals und bringen eines unserer besten Bilder zum Vorschein. Dieses entzündende Bild nennt sich: „Ein Engel der Varmherzigkeit“, und zeigt die rechts Wes. Winkelwirts am Tisch in einem folgen Winkel ihres Saubers, wie sie einen kleinen Scheck ausreißt zur Unterstützung der Armen in Winkelstadt.

„Nächstes Bild heißt: Die rivalisierenden Kandidaten“, oder „Ein Bild von den Wahlen“. Auf der linken bemerken Sie in einem Auto einen gutgehabten Herrn mit Monatel und Lederzieher mit diesem Pelztragen und Stuhl

pen, der zur Menge spricht. Dies ist der ehrenwerte Augustus Winkelwirts, der konservative Kandidat. An der anderen Seite der Straße sehen wir ein anderes Auto und einen anderen gutgehabten Herrn mit Monatel und Lederzieher mit diesem Pelztragen und Stühlen, der zur Menge spricht. Dies ist Mr. Antreiber, der liberale Kandidat. Die Menge schäbig gekleideter Geleuten, die um die Autos herumsteht, die Hüte schwenkt und hoch ruft, sind Arbeiter. Beide Kandidaten erzählen dieselbe alte Geschichte: sie verlangen von den Arbeitern, daß sie ins Parlament schreiten sollen und verprechen das Blaue vom Himmel, um für die unteren Schichten die Lage besser zu machen.“

Zu diesem Bild spielte Bert die Melodie eines volkstümlichen Liedes. Die Kinder sangen enthusiastisch mit, klatschten in die Hände und stampften den Takt mit den Füßen:

Wir waren beide schon früher da,
Manchmal, ja manchmal,
Wir waren beide schon früher da,
So manches liebe Mal.
Wir tranken so manche Ranne Bier,
Und der Schädel wurde uns taub,
Wir waren beide schon früher da,
So manches liebe Mal.“

Als der Gesang zu Ende war, drehte Bert ein anderes Bild hervor.

Hier haben wir ein anderes Wahlbild. Die Kandidaten sind noch da wie im letzten Bild. Witten auf der Landstraße steht aber ein Mann am Boden, der mit Blut bedeckt ist. Ein Pauke Liberaler und Torn-?Arbeiter hilft ihn, springt auf ihm herum und tritt mit den gepolsterten Schuhen ihm ins Gesicht. Der Pauke am Boden ist ein Sozialist. Sie misshandeln ihn, weil er gesagt hat, der einzige Unterschied zwischen Winkelwirts und Antreiber sei der, daß sie sich beide aliden.“

Während die Zuschauer noch in Bewunderung des Bildes verunken waren, spielte Bert eine andere Melodie, und die Kinder sangen dazu die Worte:

Wo halt du denn das schöne blaue Auge her ...?
So drehte Bert die Kurbel immer weiter, und eine lange Reihe von Bildern rollte über die Bühne zum Entzücken der Kinder, die Beifall, Klatschen und langen, wie es die Gelegenheit erforderte. Doch den begeistertsten Ausdruck rief das Schlußbild hervor, das ein Porträt des Königs war.“ Sobald die Bild hervor, das ein Porträt des Königs war.“

*) Konservativ.
Am Schluß jeder Bildvorführung erscheint das Bild des Königs mit der Nationalflagge, und die Kapelle spielt die Nationalhymne.

Auf der Südtrohe in Freital-Deutschmanns eine alte Rentnerin H. Infolge ihres Alters hat ihr Augenlicht stark gelitten, so daß sie keine Arbeit mehr verrichten kann. Von ihrer künftigen Rente muß sie selbst für die Unterhaltung, Wohnung und Heizung sorgen. Beträgt die alte Rentnerin nicht von ihrer Tochter, die selbst Mutter und Erzieherin zweier Kinder ist, wird mit ihr ihre Ehen, dann wäre es für sie bis zum Tode nicht mehr möglich. Ihre Tochter, eine Frau K., ist in der Glasfabrik von Wally beschäftigt und verdient dort bei schwerer Arbeit den horrenden Lohn von 20 Mark pro Woche. Eine Tochter ist im Konsumverein beschäftigt und erhält dort monatlich 40 Mark (vierzig Mark!), die natürlich nicht ausreichen, um auch nur Kleidung, Wäsche und Schuhwerk zu beschaffen. Ein Sohn der Frau K. arbeitet im gleichen Betrieb wie die Mutter und erhält wöchentlich für seine Arbeitskraft etwa 20 bis 25 Mark. Von diesem riesigen Einkommen leben nun die drei Rentnerin und gewahren ihrer alten Mutter und Großmutter ein warmes Mittagbrot ...

Das ist für die Freitaler Wohlfahrtspflege vom Standpunkt der „Gerechtigkeit“ aus Veranlassung, der alten Mutter H. von ihrer Rente 10,00 Mark pro Monat in Abzug zu bringen. Als Begründung für diese Art individuelle Wohlfahrtspflege erklärte die Stadtschulrätin Frau Träger im Beiratsverhandlung, daß die Tochter, wenn sie ihre Mutter nicht hätte, sich eine Aufwartefrau halten müßte und deshalb die Kühlung der Unterstützung „gerechtfertigt“ sei. Wie die Frau Träger sich das vorstellt und wie eine Arbeiterin mit 20 Mark Wochenlohn, von dem sie den gesamten Lebensunterhalt für sich und ihre Tochter bestreiten muß und von dem sie noch ihre Mutter mit unterhalten, eine Aufwartung bezahlen soll — das verschweig Frau Träger, und so wurde trotz aller Versuche der kommunikativen Vertreter, der Rentnerin ihre volle Unterstützung zu erhalten, gegen die Stimmen der Kommunisten und des Vorsitzers der Kriegshinterbliebenen beschlossen, die Unterstützung um den oben genannten Betrag zu kürzen.

Das ist die Freitaler Wohlfahrtspflege, auf die Herr Klimpel nicht wenig stolz ist, in der Praxis. Für eine solche Art „Gerechtigkeit“ haben die Kommunisten allerdings kein Verständnis. Deswegen werden sie auch im neuen Stadtparlament rücksichtslos die Interessen der Armen vertreten und ihre Forderungen aufs tatkräftigste unterstützen. Das aber ist eine Frage der Gegenseitigkeit. Wer von den Arbeitern und Kriegsovalden, wer von den Opfern der Arbeit und der Inflation eine wirkliche Betreuung seines Interesses im Stadtparlament haben will, unterstütze die Kommunisten und gebe für sie die Stimme ab.

Zum Streit der Jollierer

Seit dem 25. Oktober befinden sich in Dresden die Jollierer im Lohnkampf. Der Tariflohn betrug vor Ausbruch des Kampfes 1,19 Mark pro Stunde. Der Arbeitgeberverband hatte mit dem Bauergewerksbund einen Tarifvertrag abgeschlossen, wonach ab 1. August der Tariflohn um 2 Prozent = 3 Pf. reduziert werden sollte. Neben diesem Lohnabzug sollten noch weitere Verschlechterungen in der Ferienfrage und den übrigen betrieblichen Bedingungen eintreten. Die Gruppe der Freien Vereinigung der Jollierer lehnte diese Vereinbarung ab. Der Bauergewerksbund hat diese Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband, die auf Grund eines Schiedspruches zustande kam, unterzeichnet, obwohl die Kollegenschaft im ganzen Reich, mit Ausnahme Berlin, den Schiedspruch ablehnte. Die Freie Vereinigung hatte, bevor sie zur Abwehr der Verschlechterungen in den Streit trat, sich mit dem Sektionsleiter der Jollierer des Bauergewerksbundes in Verbindung gesetzt, und es wurde ihnen von dort aus drücklich empfohlen, als auch mündlich die Kritik Zustimmung gegeben, daß der Bauergewerksbund, im Falle des Kampfes, Anweisungen geben würde, keine Streikbrücherei zu verrichten. Trotz alledem wird von den Jollierern des Bauergewerksbundes bei den streikenden Firmen Streikbrücherei verrichtet. Obwohl die Freie Vereinigung der Jollierer mit allen Kräften bemüht gewesen ist, die Differenzen zwischen dem Bauergewerksbund und der Freien Vereinigung zu beseitigen und die gemeinsame Kampfkraft der Jollierer in diesem Streit herzustellen, scheiterte das an dem Verhalten der Bauergewerksbundes Bauergewerksbundes. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, wie ernst es die Reformisten mit der Wahrung der Interessen der Arbeiter meinen, und wie viel ihnen daran gelegen ist, die Front der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet zu schließen. Der Bauergewerksbund hat überhaupt kein Interesse daran, eine Wiedervereinigung mit der Freien Vereinigung herbeizuführen, weil er fürchtet, damit ihm künftige Kritiker zu erhalten, die nicht gemillt sind, jede Verschlechterung ihrer Lebens-, Lohn- und Arbeitsbedingungen kampflos huzunehmen. Die Freie Vereinigung wird sich trotz alledem nicht abhalten lassen, den ihr von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf bis zum feierlichen Ende zu führen. Den kassenbewußten Arbeitern aber sei gegenüber: Hebt Solidarität! Verrichtet keine Streikbrücherei!

Kinder es nur haben, brachen sie in ein Hoch aus und sangen, ohne auf die Kapelle zu warten, die Nationalhymne. Stürmischer Applaus für Bert beschloß die Voranmarschvorführung, der andere Spiele folgten, wie z. B. „Blinde Kuh“, und eine Kriegsgemeinde, bei der Philpot in einem furchtbaren Gemisch befestigt wurde.

Als sie von alledem müde waren, mußte jedes Kind etwas aussagen oder ein Lied singen, das speziell für diese Gelegenheit einstudiert war. Nur die kleine Kasse Neumann, die erst drei Jahre alt war, war nicht darauf vorbereitet, doch wollte auch sie es den anderen gleichtun und das einzige Gedicht auflesen, das sie kannte. Sie kniete auf den Kamintisch nieder, faltete die Hände, schloß fest die Augen und wiederholte den Vers, den sie jede Nacht vorm Schlafengehen aufsaugte:

Ich bin klein,
Mein Herz ist rein,
Soll niemand drin wohnen
Als Jesus allein.

Dann hand sie auf und läste alle der Reihe nach, und Philpot ging hinter aus Fenster und sah hinaus, kuckte und schaute sich die Nase. Offenbar war ihm eine Kuh in die falsche Reihe geraten.

Die meisten waren mittlerweile völlig erschöpft, und nach einem kleinen Imbiss brach die ganze Gesellschaft auf Bert übernehm es, für Esse und Charitz zu sorgen, und Philpot war gern bereit, Kellner und Tommy Neumann nach Hause zu bringen und Koffi zu tragen, die so müde war, daß sie auf seiner Schulter einstapel, bevor sie noch aus dem Haus waren.

Während sie die Treppe hinuntergingen, hatte Franko noch eine eilige Besprechung mit seiner Mutter, mit dem Ergebnis, daß er ihnen eine Einladung für die nächste Weihnacht nachschreiben konnte.

20. Kapitel

Der Veteran.

Der alte Jock Linden versuchte überall, Arbeit zu bekommen, irgendeine Arbeit, aber niemand brauchte ihn, und, um die Sohle noch höher zu machen, wurden keine Arbeiter, die schon seit langem sehr schlecht waren, vollends schlimm. Endlich fand er eine Stellung bei einer großen Lebensmittelfirma. Er hatte eine Kellnerstellung durch die Straßen zu tragen. Der bisherige Träger, ein alter Soldat, hatte am Tage vorher seine Papiere erhalten, weil er sich bei der Arbeit betrunken hatte. Die Kellnerstellung war kein gewöhnliches Doppelbett, sondern eine Art Kasten ohne Boden und Deckel. Es war ein mit Beinwand überspannter Holzrahmen, der mit Margarineangeboten bedeckt war.

(Fortsetzung folgt.)

